

April 2026

FIW-Jahresgutachten Die österreichische Außenwirtschaft 2026



Autor:innen:

Harald Oberhofer (Koordination), Elisabeth Christen (WIFO)
Vasily Astrov, Robert Stehrer (wiiw)
Martin Ertl, Adrian Wende, Klaus Weyerstraß (IHS)

Wissenschaftliche Assistenz:

Nadya Heger (wiiw)
Irene Fröhlich, Alexander Hudetz, Anna Strauss-Kolin (WIFO)

Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW).

Das FIW bietet eine Forschungsplattform, Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen sowie den Zugang zu volkswirtschaftlichen Datenbanken. Das Kompetenzzentrum FIW ist ein Kooperationsprojekt der Wirtschaftsuniversität Wien mit der Universität Wien, der Johannes-Kepler-Universität Linz, der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche und des Instituts für Höhere Studien (IHS).

Es wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) finanziert.

Das Jahresgutachten wurde aus Mitteln des BMWET gefördert. Alle Rechte vorbehalten. Jeder Teil des Inhalts dieses Gutachtens kann unter Bezugnahme auf die Quelle zitiert werden.

Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

FIW-Jahresgutachten 2026

Inhaltsverzeichnis	Seite
Executive Summary	I
1. Einleitung	1
2. Internationale Rahmenbedingungen	7
2.1 Konjunkturentwicklung.....	7
2.1.1 Globale Konjunkturentwicklung.....	7
2.1.2 Konjunkturentwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner.....	10
2.2 Wechselkurse und FDI	11
2.2.1 Geldpolitik und Wechselkurse	11
2.2.2 FDI-Entwicklungen	13
2.3 Entwicklung des Außenhandels	15
3. Lage der österreichischen Außenwirtschaft im Jahr 2025	19
3.1 Überblick.....	19
3.2 Warenaußenhandel	23
3.3 Dienstleistungsaußenhandel	30
4. Österreichischer Außenhandel: Erwartungen und kurzfristige Prognose 2026 bis 2027	36
4.1 Kurzfristige Prognose des Waren- und Dienstleistungsaußenhandels	36
4.2 Prognoserisiken.....	48
5. Monetäre Entwicklungen	50
5.1 Geldpolitik	50
5.2 Geldmarktzinsen und Rentenmärkte	52
5.3 Kreditmarkt	53
5.4 Effektive Wechselkurse und ihre Determinanten	55
5.5 Globale Unsicherheit, Finanzmarktstress und Verschuldungspositionen	58
6. Mittelfristige Entwicklungen im globalen Handel	66
6.1 Geopolitik treibt die wirtschaftliche Entwicklung.....	66
6.1.1 Wachstumsaussichten für den Welthandel	66
6.1.2 Globale handelspolitische Entwicklungen.....	67
6.2 Unabsehbare Auswirkungen des Kriegs im Nahen Osten	70
6.3 EU-Handels- und Industriepolitik als Herausforderung	71
6.3.1 Die EU als wichtiger globaler Player	71
6.3.2 Die Handels- und Industriepolitik der EU werden sukzessive neu ausgerichtet	72
6.3.3 Energiewende als strategische und umweltpolitische Notwendigkeit	74
6.4 Zusammenfassung.....	75
7. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	77
8. Literatur	81

FIW-Jahresgutachten 2026

Abbildungsverzeichnis	Seite
Abbildung 2.1: Geopolitical Risk (GPR) Index	8
Abbildung 2.2: Entwicklung des globalen Rohstoffpreisindex.....	12
Abbildung 2.3: Nominelle Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber wesentlichen Weltwährungen	13
Abbildung 2.4: FDI-Flüsse in die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer.....	14
Abbildung 2.5: FDI-Bestände in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern	15
Abbildung 2.6: Entwicklung des Welthandels (real) und der globalen Industrieproduktion.....	16
Abbildung 2.7: Entwicklung der Warenimporte (real) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern.....	17
Abbildung 2.8: Einkommenselastizität des Handels.....	18
Abbildung 3.1: Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in der Sachgütererzeugung	20
Abbildung 3.2: Entwicklung der realen Warenexporte Österreichs und des Euro-Raums.....	21
Abbildung 3.3: Unternehmenseinschätzung zur eigenen Wettbewerbsposition in den letzten 3 Monaten in der Sachgütererzeugung	22
Abbildung 3.4: Entwicklung der österreichischen Warenexporte und -importe	24
Abbildung 3.5: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Regionen und Top-5-Exportmärkten.....	26
Abbildung 3.6: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Warengruppen (SITC)	29
Abbildung 3.7: Entwicklung der Dienstleistungsexporte und -importe Österreichs laut VGR	30
Abbildung 3.8: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-5-Exportmärkten.....	32
Abbildung 3.9: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienst- leistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten.....	35
Abbildung 4.1: Beurteilung und Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung.....	38
Abbildung 4.2: Die Entwicklung des wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex	39
Abbildung 4.3: Wachstum der österreichischen Exportmärkte – 2025 und Prognose 2026 bis 2027 nach Regionen und den Top-Exportmärkten	41
Abbildung 4.4: Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungssektor	43
Abbildung 4.5: Entwicklung und Prognose der realen Waren- und Dienstleistungs- exporte Österreichs, 2013 bis 2027	44
Abbildung 4.6: Veränderung der Terms-of-Trade und die Handelsbilanzquote, 1995 bis 2026	45

FIW-Jahresgutachten 2026

Abbildung 4.7:	Beitrag der Mengen- und Preiskomponente des Warenaußenhandels zur Veränderung der Handelsbilanz 2025 bis 2027	46
Abbildung 4.8:	Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real	47
Abbildung 5.1:	Inflation	51
Abbildung 5.2:	Renditen 10-jähriger Staatsanleihen	53
Abbildung 5.3:	Finanzierungskosten für Unternehmenskredite	54
Abbildung 5.4:	Finanzierungskosten für Immobilienkredite.....	54
Abbildung 5.5:	Nominell-effektiver Wechselkurs gegenüber 37 Handelspartnern.....	55
Abbildung 5.6:	Veränderung des Euro-Wechselkurses gegenüber wichtigen Währungen	56
Abbildung 5.7:	Real-effektiver Wechselkurs auf Basis der Verbraucherpreise	56
Abbildung 5.8:	Real-effektiver Wechselkurs auf Basis der Lohnstückkosten.....	57
Abbildung 5.9:	Entwicklung der Lohnstückkosten	57
Abbildung 5.10:	Geo- und handelspolitische Unsicherheit	58
Abbildung 5.11:	Finanzmarktstress in den USA und Europa	60
Abbildung 5.12:	Entwicklung der staatlichen Haushaltssalden in Europa	61
Abbildung 5.13:	Schuldenquote und erwartete Haushaltssalden.....	62
Abbildung 5.14:	Verschuldung privater Haushalte und Unternehmen in Europa und den USA	64
Abbildung 6.1:	World Uncertainty Index	67
Abbildung 6.2:	Auswirkungen eines Rückgangs der US-Importe um 10% auf das BSP in %.....	68
Abbildung 6.3:	Von neuen handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen (Importe), 2015/2016 – 2024/2025	69
Abbildung 6.4:	Von handelsrelevanten kumulativen Maßnahmen erfasste Handelsvolumen, 2015 – 2025.....	70
Abbildung 6.5:	Status der EU-Handelsabkommen, 2026.....	73

FIW-Jahresgutachten 2026

Übersichtsverzeichnis	Seite
Übersicht E.1: Prognoseszenarien im Vergleich	II
Übersicht 2.1: Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten Volkswirtschaften.....	7
Übersicht 2.2: Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner	10
Übersicht 3.1: Österreichs Warenaußenhandel im Überblick.....	23
Übersicht 3.2: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Regionen und Top-10-Exportmärkten, 2025.....	25
Übersicht 3.3: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Warengruppen, 2025.....	29
Übersicht 3.4: Österreichs Dienstleistungsaußenhandel lt. VGR im Überblick	31
Übersicht 3.5: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-10-Exportmärkten, 2025	33
Übersicht 3.6: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten, 2025	34
Übersicht 4.1: Prognose des österreichischen Außenhandels und weiterer Kennzahlen	39
Übersicht 4.2: Zahlungsbilanzprognose.....	47
Übersicht 5.1: Leitzinsen wichtiger Zentralbanken	50

Executive Summary

Das Jahr 2025 war von Donald Trumps Handelspolitik und der damit einhergehenden handelspolitischen Unsicherheit geprägt. Mit dem Ausbruch des Kriegs zwischen den USA und Israel auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite rückte Ende Februar dieses Jahres der Nahe Osten in den Fokus der weltwirtschaftlichen Entwicklungen. Die Weltwirtschaft durchlebt turbulente Zeiten. Eine protektionistische Handelspolitik dominierte die internationalen Handelsbeziehungen im letzten Jahr, die eingeschränkte Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern, durch die in Folge des Nahost-Konflikts gesperrte Straße von Hormus, belastet die Entwicklung der Weltwirtschaft und führt im Frühjahr 2026 zu einem Energiepreisschock auf den Weltmärkten und zu Versorgungsengpässen vor allem im asiatischen Raum.

Das 7. FIW-Jahresgutachten widmet sich der Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft vor dem Hintergrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen. Wie in den Vorgängergutachten wird ein besonderer Schwerpunkt auf den Waren- und Dienstleistungshandel Österreichs gelegt. Das Gutachten liefert sowohl einen Rückblick auf das abgelaufene Kalenderjahr 2025 als auch auf die kurz- und mittelfristige Entwicklung. Die Prognose der kurzfristigen Entwicklung ist von großer Unsicherheit durch die wirtschaftlichen Folgen des Nahost-Konflikts geprägt. Dieser Unsicherheit wird durch zwei unterschiedliche Szenarien in Bezug auf Preisentwicklung für Erdöl sowie Erdgas im Prognosezeitraum 2026 und 2027 Rechnung getragen.

Kapitel 2 des Jahresgutachtens analysiert die aktuelle globale Wirtschafts- und Handelsentwicklung sowie deren kurzfristige Perspektiven vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen. Die Weltwirtschaft wuchs 2025 real um 3,4% und zeigt sich damit stabil, wenngleich die Prognosen für 2026 und 2027 mit 3,1% bzw. 3,2% eine leichte Abschwächung der Dynamik erwarten lassen, die unter anderem auf die Auswirkungen des Nahost-Konflikts zurückzuführen ist. Während die USA weiterhin ein vergleichsweise dynamisches Wachstum von 2,1% verzeichnen, bleibt die Europäische Union mit 1,2% (2026) und 1,3% (2027) deutlich zurück, was insbesondere auf strukturelle Schwächen und eine geringere außenwirtschaftliche Dynamik hinweist. China wächst zwar weiterhin robust, verliert jedoch ebenfalls leicht an Tempo, während Deutschland mit nur 0,2% Wachstum im Jahr 2025 und weiterhin schwachen Perspektiven nur geringe Impulse für den europäischen Außenhandel liefert. **Parallel dazu nahm der globale Waren- und Dienstleistungshandel 2025 um 5,1% zu, getragen vor allem von den Importen der Industrieländer, insbesondere der USA, deren Importwachstum trotz handelspolitischer Maßnahmen vergleichsweise hoch blieb.** Für die kommenden Jahre wird zunächst eine temporäre Abschwächung des Welthandels erwartet, bevor sich die Dynamik ab 2027 wieder leicht erhöht. Insgesamt verdeutlichen diese Entwicklungen eine zunehmende geopolitische Einflussnahme auf wirtschaftliche Zyklen bei gleichzeitig fortbestehenden strukturellen Wachstumsunterschieden zwischen den großen Wirtschaftsregionen.

Das 3. Kapitel analysiert die österreichische Außenwirtschaft im Jahr 2025 vor dem Hintergrund einer schwachen internationalen Konjunktur und zunehmender geopolitischer Unsicherheiten. Die Warenexporte entwickelten sich insgesamt rückläufig und verzeichneten ein Minus von 0,5% nominell bzw. 1,1% real. Ausschlaggebend war insbesondere die geringe Nachfrage aus zentralen Absatzmärkten wie Deutschland und dem übrigen Euro-Raum, insbesondere im Investitionsgüterbereich. Zusätzlich belasteten geo- und handelspolitische Unsicherheiten sowie der verschärfte internationale Wettbewerb, unter anderem durch China, die Exportentwicklung. Gegen Jahresende zeigten sich zwar erste Wachstumstendenzen, diese reichten jedoch nicht aus, um den Jahresrückgang auszugleichen.



Die Warenimporte entwickelten sich im Gegensatz dazu deutlich dynamischer und stiegen real um 4,8%. Wachstumstreiber waren vor allem Investitions- und Konsumgüter sowie pharmazeutische Produkte und Edelmetalle. Besonders hohe Zuwächse verzeichneten Lieferungen aus der Schweiz und aus China. Letzteres dokumentiert zugleich den zunehmenden Wettbewerbsdruck, der von der chinesischen Konkurrenz ausgeht. **Infolge der gegenläufigen Entwicklung von Exporten und Importen verschlechterte sich die Handelsbilanz deutlich und wies ein Defizit von 6,6 Mrd. € auf, wobei ein negativer Mengeneffekt nur teilweise durch günstige Terms-of-Trade-Effekte kompensiert wurde.**

Kapitel 4 liefert eine kurzfristige Prognose für die Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft in den Jahren 2026 und 2027 und unterscheidet vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts zwischen einem Hauptszenario und einem pessimistischen Alternativszenario. Im Zentrum der Differenzierung stehen die angenommenen Energiepreisentwicklungen, insbesondere für Erdöl und Erdgas, die maßgeblich von der Dauer möglicher Einschränkungen der Straße von Hormus sowie dem Ausmaß der zerstörten Produktionskapazitäten abhängen. Im pessimistischen Szenario steigen die Energiepreise deutlich stärker und länger an (Erdöl bis 120 \$/Barrel bis September 2026, Erdgas bis 70 €/MWh bis Februar 2027), während das Hauptszenario von einer moderateren Preisentwicklung ausgeht (Erdöl 88 \$/Barrel 2026 bzw. 76 \$/Barrel 2027; Erdgas 64 €/MWh 2026 bzw. 58 €/MWh 2027). Diese Unterschiede wirken sich unmittelbar auf Kostenstrukturen, Nachfrage und internationale Wettbewerbsfähigkeit aus und bilden die zentrale Unsicherheitsachse der Prognose.

Im Hauptszenario wird für die österreichischen Warenexporte ein moderates Wachstum von 0,7% im Jahr 2026 und 1,8% im Jahr 2027 erwartet, während sich auch die Importe nur verhalten entwickeln. Die zentralen Ergebnisse und Unterschiede zwischen Hauptszenario und pessimistischer Variante sind in Übersicht E.1 zusammengefasst. Während im Basisszenario eine schrittweise Stabilisierung der Außenwirtschaft angenommen wird, führen die verschärften Annahmen im pessimistischen Szenario zu einer deutlich schwächeren Dynamik. Das Exportwachstum fällt 2026 mit 0,3% erheblich geringer aus, und die Importe könnten sogar leicht schrumpfen (-0,3%). Gleichzeitig verschlechtert sich die Handelsbilanz unter dem Druck höherer Energiepreise stärker und nachhaltiger. Insgesamt verdeutlicht der Szenarienvergleich die hohe Sensitivität der österreichischen Außenwirtschaftsentwicklung gegenüber einem Energiepreisschock, wie er durch den Nahost-Konflikt ausgelöst wurde.

Übersicht E.1: Prognoseszenarien im Vergleich

		Hauptszenario 2026	Hauptszenario 2027	Pessimistisch 2026	Pessimistisch 2027
Exporte real ¹⁾	Veränd. g.d. Vorjahr in %	1,5	2,2	0,3	1,1
Importe real ¹⁾	Veränd. g.d. Vorjahr in %	1,0	2,0	-0,3	1,1
Rohöl, Brent	\$ je Barrel	88	76	106	80
Erdgas, Dutch TTF	€ je MWh	49	37	64	58

Quelle: WIFO-Prognose vom April 2026. – ¹⁾ Referenzjahr 2015, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Kapitel 5 widmet sich erstmals den monetären Außenwirtschaftsbeziehungen und analysiert insbesondere die Inflationsentwicklung, geldpolitische Strategien sowie Wechselkursdynamiken in den wichtigsten globalen Volkswirtschaften. Im Fokus stehen dabei die Transmissionsmechanismen der Geldpolitik, der Einfluss geopolitischer Unsicherheiten auf Geld- und Kreditmärkte sowie die Entwicklung real-effektiver Wechselkurse als Indikator für preisliche Wettbewerbsfähigkeit. **Die geldpolitische Lage im Jahr 2025 war durch ein Spannungsfeld aus rückläufiger Inflation, moderatem Wirtschaftswachstum und anhaltenden geoökonomischen Unsicherheiten geprägt, wobei insbesondere die US-Handelspolitik zusätzlichen Inflationsdruck erzeugte. Mit dem Energiepreisschock infolge des Nahost-Konflikts rückte die Geldpolitik Anfang**

2026 erneut stärker in den Fokus. Für Österreich zeigt sich beim real-effektiven Wechselkurs eine geringere Aufwertung als im Euro-Raum-Durchschnitt auf Basis der Lohnstückkosten, was auf eine leichte Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit hindeutet, jedoch im Kontext der deutlichen inflationsbedingten Aufwertung in den Vorjahren zu relativieren ist.

Kapitel 6 analysiert die mittelfristig zu erwartenden globalen Trends und beleuchtet, wie die Europäische Union auf zunehmende geopolitische Spannungen und die fortschreitende Fragmentierung des Welthandels reagiert. Im Zentrum stehen die wachsende handelspolitische Unsicherheit seit 2025, die Zunahme protektionistischer Maßnahmen sowie die strukturellen Auswirkungen geopolitischer Konflikte, insbesondere des Nahost-Konflikts, auf die globale Wirtschaftsentwicklung. Diese Dynamiken befördern eine Reorganisation internationaler Lieferketten im Sinne von „Friendshoring“ und verstärken die Blockbildung im Welthandel.

Kapitel 7 fasst die Hauptidee des Jahresgutachtens prägnant zusammen und formuliert wirtschafts- und handelspolitische Schlussfolgerungen. Im Zentrum des Kapitels stehen die möglichen Folgen des Nahost-Konflikts auf die kurz- und mittelfristige Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft. Das Kapitel diskutiert mögliche handels- und industriepolitische Folgen und Instrumentarien, die die negativen Effekte des Konflikts für Europa und Österreich abschwächen könnten.

Geopolitische Spannungen prägen zunehmend die Rahmenbedingungen der globalen Wirtschaft und unterminieren ein regelbasiertes kooperatives Handelssystem. Großmachtlogiken, protektionistische Maßnahmen und strategische Eingriffe entlang globaler Wertschöpfungsketten, etwa durch Subventionen oder Exportkontrollen, verschärfen die Fragmentierung des Welthandels und stellen die Europäische Union vor grundlegende Herausforderungen. **Die EU reagiert darauf einerseits mit neuen defensiven Instrumenten wie Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen sowie gezielten handelspolitischen Schutzmechanismen. Andererseits zeigen jüngste Abkommen, insbesondere mit den USA, auch Spannungen zwischen politischem Pragmatismus und regelbasierter Ordnung, da sie teils nicht mit den Prinzipien der Welt Handelsorganisation (WTO) vereinbar sind und damit langfristig die Glaubwürdigkeit der EU in internationalen Handelsfragen beeinträchtigen könnten.** Gleichzeitig bleibt die Vertiefung von Handelsbeziehungen mit regelorientierten Partnern ein zentrales Element zur Stabilisierung wirtschaftlicher Kooperationen.

Parallel dazu rücken strukturelle Verwundbarkeiten der europäischen und österreichischen Wirtschaft stärker in den Fokus, insbesondere im Energie- und Rohstoffbereich. **Die starke Abhängigkeit von fossilen Energieimporten sowie deren Konzentration auf wenige Lieferwege erhöhen die Anfälligkeit gegenüber externen Schocks erheblich und verschärfen Zielkonflikte zwischen Versorgungssicherheit und Preisstabilität.** Der jüngste Energiepreisschock zeigt zudem das Risiko erneuter inflationsbedingter Wettbewerbsverluste, insbesondere durch mögliche Zweitrundeneffekte. Darüber hinaus bestehen weiterhin kritische Abhängigkeiten von China bei Rohstoffen sowie von den USA im Bereich digitaler Technologien, die in geopolitischen Konflikten als Druckmittel eingesetzt werden können. **Vor diesem Hintergrund gewinnen Strategien zur Risikoreduktion an Bedeutung, insbesondere durch Diversifizierung, den Ausbau erneuerbarer Energien sowie durch Konzepte wie „Friendshoring“ und eine breit angelegte Industriestrategie, die sowohl Resilienz als auch langfristige Wettbewerbsfähigkeit stärkt.**

1. Einleitung

Harald Oberhofer

Die Weltwirtschaft durchlebt erneut turbulente Zeiten. Das Jahr 2025 war vor allem von der protektionistischen und aggressiven Handelspolitik der USA gegenüber allen maßgeblichen Handelspartnern geprägt. Der am 28. Februar 2026 begonnene Krieg der USA und Israels gegen den Iran hat die globale Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus der Golfregion und die resultierende Angebotsverknappung ins Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit gerückt.

In der ersten Jahreshälfte des vergangenen Jahres hat Donald Trumps erratische Zollpolitik für große wirtschaftspolitische Unsicherheit gesorgt. Der gängige Economic Policy Uncertainty Index (EPU) erreichte nach der Ankündigung von länderspezifischen Zollsätzen am selbsternannten „Liberation Day“ sein historisches Maximum und übertraf den Höchstwert während der COVID-19-Pandemie um rund 50% (Oberhofer, 2026). Die historisch betrachtet hohe handelspolitische Unsicherheit hat im 1. Quartal 2025 und insbesondere im März zu einer kurzfristig stark ausgeprägten Zunahme der US-Importe geführt. Mit der Inkraftsetzung erster länderspezifischer Zölle haben die Importe der USA bereits im 2. Quartal des Vorjahres begonnen abzunehmen.

Das monatliche US-Handelsbilanzdefizit (Waren und Dienstleistungen, saisonbereinigt) reduzierte sich ab April 2025 kontinuierlich, erreichte im Oktober ein Minimum von rund 31 Mrd. \$, stieg im weiteren Verlauf jedoch wieder an. So stiegen etwa im Februar 2026 die US-Exporte um 4,2% (saisonbereinigt) auf einen neuen Rekordwert von 314,8 Mrd. \$, angeführt von nichtmonetärem Gold und Erdgas¹⁾. Die Importe der USA erhöhten sich jedoch um 4,3% auf 372,1 Mrd. \$, den höchsten Stand seit 11 Monaten. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass Donald Trump das selbstdefinierte Ziel einer Reduktion des US-Handelsbilanzdefizits bisher durch die Zollpolitik nicht nachhaltig erreichen konnte. Vertragliche Vereinbarungen mit Partnerländern ab der zweiten Jahreshälfte 2025 sowie die Ausnahmen für USMCA-konforme Importe haben die effektive Zollbelastung für US-Importe reduziert (Oberhofer, 2026) und damit die größten negativen Folgen der protektionistischen Handelspolitik abgefedert.

Die globale Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2026 steht unter dem Eindruck des Ende Februar begonnenen militärischen Konflikts im Nahen Osten. In Folge des Angriffs Israels und der USA auf den Iran sperrte dieser die Straße von Hormus, ein strategisch wichtiges Nadelöhr im globalen Seehandel, vor allem für fossile Energieträger. Rund 20% der weltweiten Erdöllieferungen und 25% der Flüssiggaslieferungen passierten vor dem Krieg die Straße von Hormus. Die Sperre löste einen Energiepreisschock aus, der durch die Zerstörung von Förder- und Produktionskapazitäten in den arabischen Nachbarstaaten des Irans noch weiter verstärkt wurde.

Europa und Österreich sind von der Angebotsverknappung für fossile Energieträger direkt (noch) nicht stark betroffen, spüren aber die Preissteigerungen in Folge des Nahost-Konflikts. Ein Großteil der Exporte von fossilen Energieträgern aus der Golfregion ist für den asiatischen Markt bestimmt. In einigen dieser Länder mussten mit März 2026 erste Energielenkungsmaßnahmen in Kraft gesetzt werden. In einer konzertierten Aktion gaben die Mitgliedsländer der Internationalen Energiebehörde einen Teil der staatlichen Ölreserven für den Markt frei. Auch

¹⁾ <https://tradingeconomics.com/united-states/balance-of-trade>.

Österreich beteiligte sich an dieser Aktion. Mitte April hat die OMV erste Mengen aus der strategischen Reserve für die Raffinerie in Schwechat angefordert. Zur Eindämmung der Inflationseffekte des aktuellen Energiepreisschocks setzen viele europäische Staaten auf wirtschaftspolitische Maßnahmen, um den Anstieg der Treibstoffpreise (vor allem für Benzin und Diesel) zu beschränken. Österreich kombiniert eine Steuersenkung auf Treibstoffe mit einer Margenbeschränkung für die Unternehmensgewinne. **Die weitere Entwicklung ist unsicher und hängt davon ab, ob zwischen dem Iran und den USA zeitnah eine Vereinbarung zur Öffnung der Straße von Hormus gefunden werden kann.** Die Internationale Energiebehörde geht jedoch davon aus, dass in den nächsten Wochen das Angebot an Kerosin und Diesel auch in Europa knapp werden könnte. Weitere Maßnahmen zur Senkung des Energiebedarfs und zu einer strategischen Bewirtschaftung der verfügbaren Mengen können aus heutiger Sicht nicht ausgeschlossen werden.

Das FIW-Jahresgutachten "Die österreichische Außenwirtschaft 2026" liefert eine ausführliche Analyse der österreichischen Außenwirtschaft vor dem Hintergrund handelspolitischer Unsicherheiten und aktueller geopolitischer Krisen. Das Jahresgutachten blickt auf die Entwicklung der österreichischen Waren- und Dienstleistungsexporte und -importe im abgelaufenen Kalenderjahr 2025 zurück, diskutiert die aktuellen Rahmenbedingungen und liefert eine Kurzfristprognose für die Jahre 2026 und 2027. Die aktuelle Entwicklung sowie der Prognosehorizont sind stark von den Geschehnissen im Nahen Osten sowie der Sperre der Straße von Hormus geprägt. Die Zerstörung von Produktionskapazitäten für die Öl- sowie Gasförderung und von Anlagen für die Weiterverarbeitung in den Golfstaaten erzeugt einen zusätzlichen Druck auf das Weltmarktangebot von fossilen Energieträgern. Der Kurzfristprognose wird eine Analyse der Entwicklung der monetären Außenwirtschaft mit einem Fokus auf geldpolitische Maßnahmen sowie die Wechselkursentwicklung angeschlossen. Der abschließende mittelfristige Ausblick geht über den kurzfristigen Prognosehorizont hinaus und stellt strukturelle Herausforderungen sowie die EU-Politik in handels- und industriebezogenen Fragen in das Zentrum der Analyse. Die möglichen ökonomischen Folgen des Nahost-Konflikts und dessen Einfluss für die österreichische Außenwirtschaft bilden das Schwerpunktthema des Jahresgutachtens und werden in allen Kapiteln aufgegriffen.

Kapitel 2 bietet einen Überblick über die globale Wirtschafts- und Handelsentwicklung. Im Fokus steht das abgelaufene Kalenderjahr 2025 sowie Prognosen bezüglich der kurzfristigen globalen Entwicklung. Das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2025 real um 3,4% und damit gleich schnell wie 2024. Für 2026 und 2027 rechnet der Internationale Währungsfonds mit einem realen Wachstum der Weltwirtschaft von 3,1% und 3,2%. Dieses Wachstum berücksichtigt bereits erste Folgen des Nahost-Konflikts, der die globale Konjunktur um -0,3% im Jahr 2026 einbremst. **Ohne den Krieg zwischen dem Iran auf der einen und den USA und Israel auf der anderen Seite wäre die Weltwirtschaft heuer laut Prognose um 3,4% (real) gewachsen. Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union (EU) wächst demnach deutlich weniger dynamisch. Das prognostizierte reale Wachstum erreicht 1,2% (2026) und 1,3% (2027).** Die US-Wirtschaft entwickelte sich mit einer Wachstumsrate von 2,1% dynamischer und dürfte auch im kurzfristigen Prognosezeitraum schneller als die EU-Wirtschaft wachsen. Die chinesische Wirtschaft wuchs 2025 real um 5,0%, der Internationale Währungsfonds geht für 2026 und 2027 von einem etwas schwächeren Wachstum von 4,4% bzw. 4,0% aus. **Die deutsche Volkswirtschaft wuchs 2025 um lediglich 0,2% und konnte demzufolge kaum spürbare Impulse für den österreichischen Außenhandel entfalten.** Für 2026 und 2027 geht der Internationale Währungsfonds zwar von einer dynamischeren Entwicklung von 0,8% und 1,1% in Deutschland aus, in ihrer Gemeinschaftsdiagnose prognostizieren führende Wirtschaftsforschungsinstitute jedoch auf Grund des

Energiepreisschocks in Folge des Nahost-Konflikts ein Wachstum von lediglich 0,6% im Jahr 2026 und 0,9% im Jahr 2027 (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2026).

Das Wachstum des globalen Waren- und Dienstleistungshandels gewann im Vorjahr an Schwung und erreichte 5,1%. Der Warenhandel wuchs 2025 um 4,2% und war vor allem von Importen der Industrieländer getragen, die um 4,3% wuchsen. Die Warenimporte durch Schwellenländer expandierten im Vergleich hierzu lediglich um 3,4%. Auf das Gesamtjahr 2025 betrachtet verzeichneten die USA ein Importwachstum von 4,4%, und damit ein wesentlich höheres Wachstum als der Euro-Raum (+1,3%; van 't Riet & Ligthart, 2026). Die Zollpolitik des US-Präsidenten Donald Trump zeigt somit in Bezug auf die Importentwicklung der USA eine überschaubare Wirkung. Dies lässt sich unter anderem auch damit erklären, dass die US-Zollbarrieren seit dem Höhepunkt im Mai 2025 auf Grund von Vereinbarungen mit den wichtigsten Handelspartnern sowie den Ausnahmen für USMCA-konforme Importe deutlich gesunken sind. **Für 2026 wird im internationalen Handel mit einer deutlichen Reduktion der Expansion auf 2,8% gerechnet, die sich jedoch 2027 mit einem Wachstum von 3,8% wiederum etwas beschleunigen sollte** (IMF, 2026b).

Vor dem Hintergrund der globalen Entwicklungen des Vorjahres diskutiert Kapitel 3 die Lage der österreichischen Außenwirtschaft im Jahr 2025. Die Ergebnisse beruhen zumeist auf vorläufigen Daten der Außenhandelsstatistik der Statistik Austria. Wesentliche Zielmärkte für österreichische Exporte, wie etwa Deutschland oder der Euro-Raum insgesamt entwickelten sich 2025 wenig dynamisch. Zudem belasteten geo- und handelspolitische Unsicherheiten sowie der zunehmende Wettbewerb mit China auf den Weltmärkten die europäischen wie auch österreichischen Industrieexporte.

Die österreichische Warenexportwirtschaft musste 2025 Verluste in Kauf nehmen. Das erste Halbjahr verlief für den österreichischen Export negativ. Nach einem nominellen Rückgang der Exporte um 3,1% im 1. Quartal schwächten sich mit der anhaltenden Konjunkturaufhellung die Rückgänge bis ins 3. Quartal 2025 ab. Das Jahresende ging mit einer positiven Wachstumsdynamik bei den Warenexporten einher. Diese reichte jedoch nicht aus, um das Gesamtjahresergebnis noch in den positiven Bereich zu drehen. **Die österreichischen Warenexporte schrumpften auf Basis der vorläufigen Daten der Statistik Austria im Gesamtjahr 2025 um 0,5% nominell und real um 1,1%.** Der Rückgang ist zu einem überwiegenden Teil auf die schlechte Auftragslage in den österreichischen Hauptmärkten, besonders in der Investitionsgüterbranche, zurückzuführen, wodurch vor allem die auf diese Länder- bzw. Warenstruktur spezialisierte heimische Exportwirtschaft massiv belastet wurde. Das sehr verhaltene Wirtschaftswachstum in Deutschland drückte die österreichischen Exporte zusätzlich. Gleichzeitig verlor Österreich mit den USA durch Donald Trumps Zollpolitik eine wichtige Wachstumsstütze der heimischen Exportwirtschaft, die 2025 mit einem Anteil von 6,8% an den österreichischen Gesamtexporten nur noch knapp vor Italien den zweitwichtigsten Exportmarkt darstellte. Unter den zehn wichtigsten Handelspartnern lieferten gegen Jahresende alle Länder mit Ausnahme der USA einen positiven Wachstumsbeitrag. Erstmals im 4. Quartal 2025 erreichten die österreichische Exportwirtschaft auch wieder positive Nachfrageimpulse aus Deutschland.

Im Gegensatz zu den Exporten entwickelten sich die österreichischen Warenimporte 2025 deutlich dynamischer. Nominell legten sie um 4,1% und real um 4,8% zu. Ähnlich wie bei den Exporten hat die Dynamik im Laufe des Kalenderjahres zugelegt. Im 4. Quartal 2025 expandierten diese nominell um 5,7% (real +7,2%). Das Wachstum der Wareneinfuhren wurde unter anderem durch die Ausrüstungsinvestitionen sowie dauerhafte Konsumgüter getragen. Zudem beflügelte die Importnachfrage nach pharmazeutischen Produkten sowie nach Gold diese

Dynamik. Geografisch betrachtet ist die Entwicklung der österreichischen Warenimporte breit gestreut, die stärksten Zugewinne verzeichneten jedoch Lieferungen aus der Schweiz sowie aus China. Letzteres dokumentiert den zunehmenden Wettbewerbsdruck, der von chinesischen Exporteuren ausgeht und durch die Zollpolitik der USA gesteigert wurde. Bisherige Forschungsergebnisse deuten jedoch nicht auf eine besonders breitflächige Handelsumlenkung der chinesischen Exporte, sondern eher auf eine punktuelle Entwicklung hin.

Auf Grund der unterschiedlichen Entwicklung der Warenexporte und Warenimporte verschlechterte sich laut vorläufigen Daten die Handelsbilanz um 8,8 Mrd. € und brachte für 2025 ein Handelsbilanzdefizit von 6,6 Mrd. €. Diese deutliche Verschlechterung der Handelsbilanz ist vorwiegend auf einen negativen Mengeneffekt zurückzuführen, während die Verbesserung der Terms-of-Trade (Verhältnis der Export- zu den Importpreisen) einen positiven Beitrag lieferte. Der positive Terms-of-Trade-Effekt ergab sich auf Grund des weiteren Rückgangs der Energiepreise (vor allem bei Erdgas). Konkret zeigen die Daten der Statistik Austria einen Rückgang der Importpreise um 0,7% bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Exportpreise um 0,6%. Im Vergleich mit dem Euro-Raum-Durchschnitt fielen die Steigerungen der österreichischen Exportpreise moderat aus. Dies lässt sich mit dem Wettbewerbsdruck infolge der in den letzten Jahren stark gestiegenen relativen Lohnstückkosten und dem Inflationsdifferenzial zum Euro-Raum erklären.

Die österreichischen Dienstleistungsexporte standen 2025 auch unter dem Eindruck der trägen wirtschaftlichen Entwicklung, geopolitischer Unsicherheit sowie neuer handelsbeschränkender Maßnahmen, konnten sich jedoch positiver als die Warenexporte entwickeln. **Die preisbereinigten (realen) Dienstleistungsexporte wuchsen um 1,3%, während ein kräftiger Anstieg der nominellen Dienstleistungsexporte um 5,2% zu beobachten war.** Der wachsende Abstand zwischen nomineller und realer Entwicklung spiegelt das im Dienstleistungsaußenhandel weiterhin steigende österreichische Preisniveau wider. **Die Dynamik der preisbereinigten Importe von Dienstleistungen blieb 2025 moderat und führte zu einem Wachstum um 1,8%.** Insgesamt verbesserte sich der Dienstleistungssaldo um 0,7 Mrd. €.

Kapitel 4 liefert eine kurzfristige Prognose für die Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft für die Jahre 2026 und 2027. Die Prognose berücksichtigt die Folgen des Konflikts im Nahen Osten, indem neben einem Hauptszenario auch ein pessimistischeres Alternativszenario angenommen wird. Die Szenarien unterscheiden sich im Wesentlichen in Bezug auf die Dauer der Sperre der Straße von Hormus und die Folgen für die internationalen Preise von fossilen Energieträgern. Das pessimistische Szenario rechnet mit einem Erdölpreis von 120 \$ je Barrel bis September 2026, bevor dieser erst Anfang 2027 wieder die Marke von 90 \$ erreicht. Für den für Europa relevanten Erdgaspreis (Dutch TTF) wird eine Erhöhung auf 70 € je MWh bis Februar 2027 angenommen. Im Hauptszenario steigt der Erdölpreis auf 88 \$ je Barrel bzw. 76 \$ je Barrel in den beiden Jahren 2026 und 2027. Für Erdgas werden Preise von 64 € je MWh (2026) bzw. 58 € je MWh (2027) angenommen.

Das Hauptszenario prognostiziert für die Warenexporte 2026 und 2027 einen Zuwachs von 0,7% bzw. 1,8%. Der Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen könnte im selben Zeitraum um 1,5% bzw. 2,2% wachsen. Mit dem anhaltenden moderaten Aufschwung der globalen Konjunktur und Industrieproduktion im Hauptszenario dürften 2026 positive Impulse aus der Weltwirtschaft wirksam werden. Durch eine Belebung der Konjunktur in den Haupthandelspartnern dürfte der leichte Exportzuwachs im Jahr 2026 vorwiegend vom Intra-EU-Handel getragen werden. Der Konjunkturaufschwung in Deutschland 2026 wird vor allem von der Erhöhung der Rüstungsausgaben und der Ausweitung des öffentlichen Konsums profitieren, wovon für Österreich kaum Impulse für die heimischen exportorientierten Unternehmen zu erwarten sind. In

Österreich ist daher auch 2026 noch keine deutliche Belebung der Industriekonjunktur abzusehen. Negative Impulse zeichnen sich 2026 auch hinsichtlich Österreichs zweitwichtigstem Handelspartner den USA ab. Die handelspolitischen Hürden und die Unsicherheit über die weitere US-Zollpolitik belasten die transatlantischen Handelsbeziehungen. Wettbewerbsnachteile werden im Jahr 2026 weiterhin auch durch Umlenkungseffekte der Handelsströme aufgrund der industrie- und handelspolitischen Maßnahmen der USA gegenüber anderen Märkten wie China spürbar bleiben. Zusätzliche Unsicherheit geht auch von den militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten aus. Das unsichere Umfeld wird der wichtigste Bremsklotz für eine starke Erholung der Investitionstätigkeit sein. Die Dienstleistungsexporte könnten 2026 und 2027 laut Prognose wieder kräftiger wachsen.

Im Einklang mit der prognostizierten Exportentwicklung, als Nachfragekomponente mit besonders hohem ausländischen Wertschöpfungsanteil, wird für 2026 mit einer deutlichen Abflachung der Warenimporte gerechnet. **Die Importe steigen laut Prognose um 0,7% (real) im Jahr 2026 und 1,6% im Jahr 2027.** Die Importdynamik bleibt damit verhalten, unter anderem auch deshalb, weil die heimische Industrie nur langsam aus dem schwachen wirtschaftlichen Umfeld herauswächst. Das Handelsbilanzdefizit wird sich auf Grund eines negativen Terms-of-Trade-Effekts infolge der kräftigen Verteuerung der fossilen Energieträger im Jahr 2026 weiter verschlechtern und erst im Jahr 2027 wieder leicht verbessern. **Für die realen Gesamtimporte von Waren und Dienstleistungen laut VGR wird im Prognosehorizont ein Zuwachs von 1,0% (2026) und 2,0% (2027) erwartet.** Vor allem die Reiseverkehrsimporte werden aufgrund der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit infolge der relativen Preissteigerungen gegenüber anderen europäischen Ländern sowie der geopolitischen Unsicherheit zunehmend beeinträchtigt und in beiden Prognosejahren real mit je 0,1% de facto stagnieren.

Die Prognoserisiken sind nach unten gerichtet und beruhen im Wesentlichen auf der handelspolitischen Unsicherheit in den USA und dem Nahost-Konflikt. Die aktuell in Kraft befindlichen 10%-Zusatzzölle der USA laufen im Sommer aus. Welche Nachfolgeregelung in Kraft treten könnte, lässt sich bisher nicht abschätzen. Der Nahost-Konflikt drückt zusätzlich auf die globale Konjunktur und hat einen Energiepreisschock verursacht. **Im pessimistischen Szenario reduziert sich das reale Exportwachstum im Jahr 2026 auf lediglich 0,3%, während die preisbereinigten Importe sogar um 0,3% schrumpfen könnten.**

Das fünfte Kapitel des Jahresgutachtens widmet sich erstmalig der Entwicklung der monetären Außenwirtschaftsbeziehungen. Im Zentrum dieses Kapitels steht eine Gegenüberstellung der Inflationsentwicklung sowie der Geldpolitik der wichtigsten globalen Volkswirtschaften. Darüber hinaus werden Transmissionsmechanismen der Geldpolitik untersucht und der Einfluss von geopolitischen Unsicherheiten auf die Entwicklungen an den Geld- und Kreditmärkten diskutiert. Abschließend widmet sich das Kapitel den effektiven Wechselkursen und deren Bestimmungsfaktoren sowie dem Einfluss von geopolitischer Unsicherheit auf die Finanzmärkte. Die Entwicklung der real-effektiven Wechselkurse lässt unter anderem Rückschlüsse auf die Veränderung in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu.

Die geldpolitische Großwetterlage war 2025 durch ein Spannungsfeld zwischen anhaltender Disinflation und moderatem Wirtschaftswachstum sowie den Auswirkungen von geoökonomischen Unsicherheiten auf die Inflation geprägt. In den meisten Ländern der Welt ging die Inflation 2025 zurück, die US-Handelspolitik unter Donald Trump sorgte jedoch für Unsicherheit und Inflationsdruck. Mit dem Ausbruch des Nahost-Konflikts und dem Energiepreisschock rückte die Geldpolitik mit Ende Februar 2026 wieder vermehrt in den Fokus der Aufmerksamkeit. **Beim real-effektiven Wechselkurs verzeichnete Österreich im Jahr 2025 eine schwächere Aufwertung**

als der Euro-Raum-Durchschnitt, wenn man für die Berechnung die Lohnstückkosten heranzieht. Die österreichische Exportwirtschaft hat somit im Vorjahr leicht an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Euroländern gewonnen. Dies ist jedoch vor dem Hintergrund einer deutlich stärkeren inflationsbedingten Aufwertung in den Vorjahren zu betrachten.

Kapitel 6 widmet sich den mittelfristigen globalen Trends und untersucht, wie die EU den neuen Herausforderungen durch geopolitische Konflikte und eine zunehmende Fragmentierung des globalen Handelssystems begegnet. Neben den mittelfristigen Folgen einer protektionistischen Handelspolitik der USA liegt der Schwerpunkt auf geopolitischen Unsicherheiten und Risiken. Der aktuelle Nahost-Konflikt nimmt in diesem Kapitel ebenfalls einen breiten Stellenwert ein. Global betrachtet hat die handelspolitische Unsicherheit seit 2025 zugenommen, und es wurden verstärkt handelsbeschränkende Maßnahmen in Kraft gesetzt. Diese Entwicklungen beeinflussen die globale Wirtschaftsentwicklung und führen zu einer weiteren Fragmentierung der Handelsbeziehungen im Sinne des „Friendshoring“-Konzepts.

Die EU reagiert auf die neuen Herausforderungen mit der Etablierung neuer defensiver handelspolitischer Instrumente sowie einer Diversifizierung der Handelsbeziehungen durch neue Freihandelsabkommen. So konnte sich die Europäische Kommission in den letzten Monaten auf den Abschluss von Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, Indien und Australien einigen. Neben den handelspolitischen Initiativen setzt die EU auch verstärkt auf industriepolitische Programme, um strategisch relevante Wirtschaftszweige in Europa zu stärken. Die österreichische Industriestrategie wurde im Einklang mit den EU-Maßnahmen formuliert und fokussiert auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie.

Kapitel 7 fasst die Hauptergebnisse des Jahresgutachtens prägnant zusammen und formuliert wirtschafts- und handelspolitische Schlussfolgerungen. Im Zentrum des Kapitels stehen die möglichen Folgen des Nahost-Konflikts auf die kurz- und mittelfristige Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft. Das Kapitel diskutiert mögliche handels- und industriepolitische Folgen und Instrumentarien, die die negativen Effekte des Konflikts für Europa und Österreich abschwächen könnten.

2. Internationale Rahmenbedingungen

Vasily Astrov

2.1 Konjunktorentwicklung

2.1.1 Globale Konjunktorentwicklung

Das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs 2025 real um 3,4% und damit gleich schnell wie 2024 (IMF, 2026b und Übersicht 2.1)²⁾. Getrieben wurde das Wachstum durch eine robuste Konsum- und Investitionsnachfrage sowie die expansive Fiskal- und Geldpolitik in vielen Teilen der Welt. Auch die ersten zwei Monate des Jahres 2026 waren durch eine solide Wachstumsdynamik gekennzeichnet. Darauf deutete das generell optimistische Geschäftsklima sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch bei Dienstleistungen hin (OECD, 2026a).

Übersicht 2.1: Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten Volkswirtschaften

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024	2025	2026 Prognose	2027 Prognose
Welt	6,7	3,8	3,3	3,4	3,4	3,1	3,2
EU	6,4	3,5	0,4	1,1	1,5	1,2	1,3
USA	6,2	2,5	2,9	2,8	2,1	2,3	2,1
Japan	3,6	1,3	0,7	-0,2	1,2	0,7	0,6
EU 11	6,6	4,1	0,8	2,1	2,3	2,3	2,3
MOSOEL 23	7,0	0,9	3,5	3,7	2,3	2,1	2,5
China	8,6	3,1	5,4	5,0	5,0	4,4	4,0

Anmerkung: EU 11 umfasst Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Kroatien. MOSOEL 23 umfasst EU 11, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Belarus, Kasachstan, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Russland, Türkei, Ukraine, Kosovo.

Quelle: Welt, China, USA und Japan: IMF, World Economic Outlook Update, April 2026.

In den USA wuchs die Wirtschaft im Vorjahr um 2,1%, getrieben nicht zuletzt durch hohe Investitionen in die KI-Technologien. Gleichzeitig führten die von Präsident Trump verhängten hohen Importzölle zu höheren Konsumpreisen mit negativen Auswirkungen auf die Kaufkraft der Haushalte. Im 4. Quartal wurde das BIP-Wachstum um etwa 1 Prozentpunkt durch den längsten Shutdown der Regierung in der US-Geschichte gebremst, der einen Einbruch des öffentlichen Konsums zur Folge hatte³⁾.

In China wuchs die Wirtschaft 2025 nach offiziellen Angaben um 5%, ähnlich schnell wie in den beiden Jahren zuvor. Dieses Tempo ist deutlich niedriger als in den Jahren vor der COVID-19-Pandemie, erscheint jedoch angesichts des langsameren Produktivitätsfortschritts und der schrumpfenden Bevölkerung als wenig überraschend. Die Konsumstimmung blieb im Vorjahr in China weitgehend eingetrübt, nicht zuletzt wegen der anhaltenden Immobilienkrise. Die

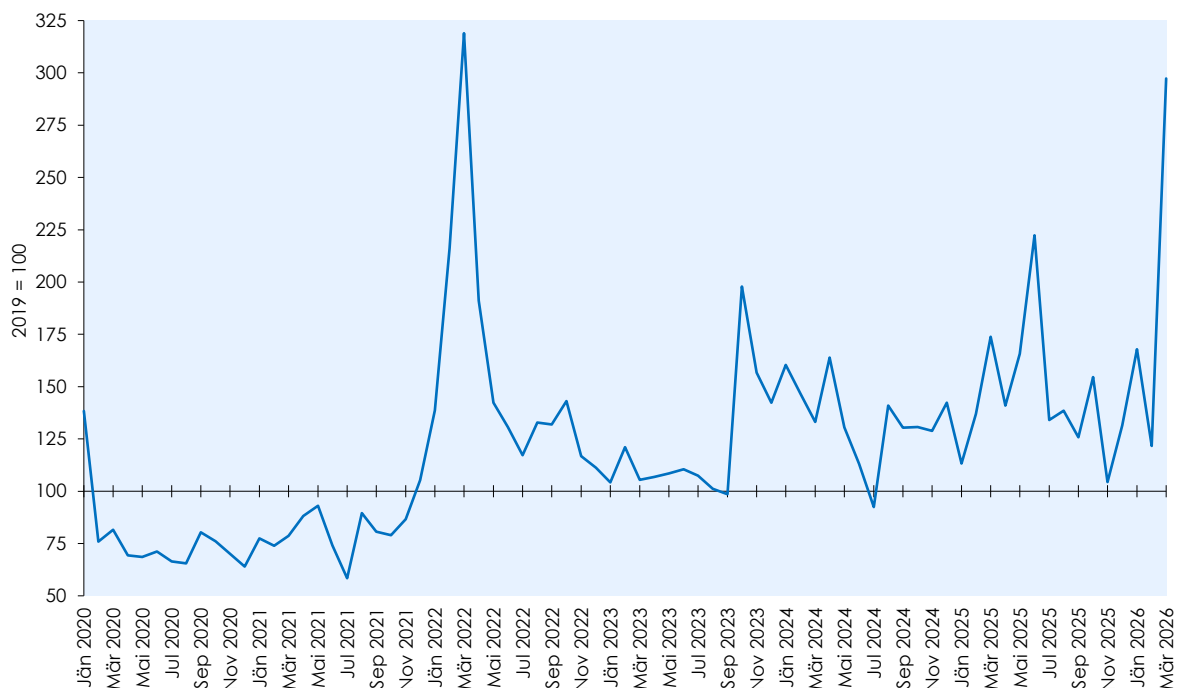
²⁾ Alle BIP-Wachstumsraten in Kapitel 2.1 sind als reale und somit preisbereinigte Werte angegeben.

³⁾ <https://www.bea.gov/news/2026/gdp-third-estimate-industries-corporate-profits-state-gdp-and-state-personal-income-4th>.

heimische Nachfrageschwäche wurde trotz des Handelsstreits mit den USA durch eine überraschend starke Exportentwicklung kompensiert. Die chinesische Wirtschaft konnte Exporte in andere asiatische Länder und zum Teil auch nach Europa umleiten. Der Handelsbilanzüberschuss Chinas (im Handel mit Gütern) 2025 belief sich auf 6% des BIP (IMF, 2026b).

Der Krieg im Nahen Osten, der am 28. Februar 2026 begonnen hat, wird weitreichende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben (siehe Kasten 2.1). Einerseits trug er zu einer markanten Zunahme der globalen Unsicherheit bei. So stieg beispielsweise der Geopolitical Risk (GPR) Index massiv an und erreichte im März 2026 den Höchststand seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im März 2022 (Caldara & Iacoviello, 2022, Abbildung 2.1 sowie Diskussion im Kapitel 6). Andererseits sind die Weltmarktpreise von Energie und einiger anderer Rohstoffe in Folge der Blockade der Straße von Hormus durch den Iran stark gestiegen. Mehrere Länder, vor allem in Asien, haben mittlerweile Energielenkungsmaßnahmen in Kraft gesetzt, die in manchen Fällen Rationierungen miteinbeziehen. All dies (und die erwartete geldpolitische Reaktion auf die höhere Inflation) wird negative Folgen für das globale BIP-Wachstum haben, insbesondere in den Ländern, deren Wirtschaft energieintensiv ausgerichtet ist und die auf Energieimporte angewiesen sind.

Abbildung 2.1: Geopolitical Risk (GPR) Index



Quelle: <https://www.matteoiacoviello.com/gpr.htm>.

Kasten 2.1: Die Transmissionskanäle des Kriegs im Nahen Osten auf die Weltwirtschaft⁴⁾

Energie. Die Straße von Hormus wurde im Laufe des Kriegs weitgehend blockiert und nicht unbeträchtliche Öl- und Gasproduktionskapazitäten in den Ländern am Persischen Golf durch Angriffe beschädigt. Die Exporte von Rohöl und Ölprodukten durch die Straße von Hormus machen rund 25% des weltweiten Seetransports von Erdöl aus, wobei es nur begrenzte Möglichkeiten für den Transport über alternative Routen und für die Zwischenlagerung in lokalen Lagerstätten gibt. Bei Flüssiggas (LNG) liegt der entsprechende Anteil bei fast 20%, mit keinen alternativen Transportrouten abseits der Straße von Hormus.

Düngemittel. Die Staaten am Persischen Golf sind für rund ein Drittel der weltweiten Harnstoffexporte sowie ein Fünftel der Exporte von Diammoniumphosphat und wasserfreiem Ammoniak verantwortlich. Außerdem ist LNG ein wichtiger Rohstoff für Stickstoffdünger. Schließlich produzieren die Golfstaaten etwa die Hälfte der weltweiten Schwefelexporte, die bei der Herstellung von Düngemitteln zum Einsatz kommen. Die Verknappung von Düngemitteln könnte zu markanten Einbußen für die Ernte im Jahr 2027 führen und einen verzögerten Anstieg der Lebensmittelpreise bewirken.

Globale Lieferketten. Die Länder am Persischen Golf machen etwa 8% der globalen Aluminiumproduktion aus. Außerdem decken sie mehr als ein Drittel des weltweiten Helium- und mehr als zwei Drittel des Brombedarfs. Beide Rohstoffe sind für industrielle Lieferketten, unter anderem für Halbleiter und Speicherchips, von großer Bedeutung.

Flugverkehr. Die Länder am Persischen Golf sind ein logistischer Knotenpunkt für zahlreiche Dienstleistungen. Die Fluggesellschaften mit Sitz in diesen Ländern machen 15% sowohl des internationalen Luftfrachts als auch des Luftpassagiermarktes aus. Die erhebliche Einschränkung des Flugverkehrs in der Region könnte sich spürbar auf die Preise von Flugtickets, insbesondere von Europa nach Ostasien, auswirken.

Aufgrund dieser Entwicklungen geht der IMF in seinem Basisszenario von einem Rückgang des globalen BIP-Wachstums 2026 um 0,3 Prozentpunkte auf 3,1%, aus (IMF, 2026b). Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Krieg im Nahen Osten nicht über mehrere Wochen hinausgeht und die Lage in Bezug auf die Produktion und Logistik sich bis Mitte des Jahres weitgehend normalisiert. Die Wirtschaft der EU, die auf Energieimporte stark angewiesen ist, wird durch den Energiepreisschock relativ stark getroffen sein und dürfte heuer um lediglich 1,2% wachsen. In China und Japan dürfte das BIP-Wachstum ebenfalls an Dynamik verlieren, und 4,6% bzw. 0,7% betragen. Dagegen wird für die USA mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf 2,3% gerechnet, nicht zuletzt dank der Steuerentlastungen im Rahmen des „One Big Beautiful Bill Act“ (OBBBA). Außerdem sind die USA, anders als die EU, ein Netto-Exporteur von fossilen Energieträgern. Für 2027 rechnet der IMF mit einer leichten Belebung des globalen BIP-Wachstums auf 3,2% (IMF, 2026b).

Die Prognoserisiken sind vor allem nach unten gerichtet. Einerseits könnten der Krieg im Nahen Osten und die Sperrung der Straße von Hormus länger anhalten als im Basisszenario angenommen. Dies würde eine höhere Inflation, restriktivere Geldpolitik und stärkere Einkommenseinbußen zur Folge haben. Unabhängig davon gibt es Sorgen um die enge sektorale Basis des jüngsten Investitionswachstums und die mögliche Bildung einer „KI-Blase“⁵⁾. Sollten sich die Erwartungen in Bezug auf das Produktivitätspotenzial der KI-Technologien als zu optimistisch erweisen, könnte die „KI-Blase“ platzen, mit negativen Auswirkungen auf die Gesamtinvestitionen und das BIP-Wachstum, vor allem in den USA (IMF, 2026a).

⁴⁾ Kasten 2.1 beruht weitgehend auf OECD (2026a).

⁵⁾ Tatsächlich hat sich die Marktbewertung von einigen wenigen US-Technologieunternehmen (die sogenannten „Magnificent 7“) in den letzten Jahren von der Marktbewertung der restlichen Unternehmen im S&P 500 Index stark entkoppelt.

2.1.2 Konjunktorentwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner

Mit einem BIP-Wachstum von nur 0,2% befand sich die Wirtschaft Deutschlands, des wichtigsten Handelspartners Österreichs, im Vorjahr de facto in einer Stagnation (Übersicht 2.2). In den beiden Jahren davor verzeichnete sie eine Rezession. Diese insgesamt schwache Dynamik hat viel mit dem sogenannten „zweiten China-Schock“ zu tun, der die deutsche Industrie massiv unter Druck setzte⁶⁾. Die Anhebung von US-Einfuhrzöllen, die Abkopplung von russischer Energie im Zuge des Ukraine-Kriegs und die ambitionierte EU-Klimapolitik setzten der deutschen Industrie zusätzlich zu. Für 2026 wird jedoch für Deutschland im Basisszenario mit einer Erholung um 0,6% gerechnet, die sich 2027 auf 0,9% beschleunigen dürfte⁷⁾. Ausschlaggebend dafür ist die expansive Fiskalpolitik, die vor allem dem Rüstungssektor und den Infrastrukturinvestitionen zugutekommen wird.

Übersicht 2.2: Reale BIP-Entwicklung der wichtigsten österreichischen Handelspartner
Veränderung gegen das Vorjahr in %

		2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
							Prognose	Prognose
1	Deutschland	3,9	1,8	-0,9	-0,5	0,2	0,6	0,9
2	USA	6,2	2,5	2,9	2,8	2,1	2,3	2,1
3	Italien	8,9	4,8	0,9	0,8	0,5	0,3	0,8
4	Schweiz	6,2	3,5	0,8	1,4	1,3	0,7	1,3
5	Polen	6,9	5,3	0,2	3,0	3,6	3,6	2,6
6	Tschechien	4,0	2,8	0,0	1,3	2,6	2,2	2,5
7	Ungarn	7,2	4,2	-0,8	0,7	0,5	1,6	1,8
8	Frankreich	6,9	2,7	1,4	1,2	0,8	0,7	0,9
9	Vereinigtes Königreich	8,5	5,2	0,3	1,1	1,3	0,5	1,0
10	China	8,6	3,1	5,4	5,0	5,0	4,6	4,2

Quelle: Deutschland, Italien, Schweiz und Frankreich: Eurostat, Prognosen: WIFO April 2026, außer Deutschland: ifo April 2026. USA: IMF, World Economic Outlook Update, April 2026.

Die Wirtschaft Italiens, Frankreichs und Großbritanniens entwickelte sich in den letzten Jahren etwas besser als die in Deutschland. Im Vorjahr verzeichneten diese Länder BIP-Wachstumsraten von 0,5%, 0,8% bzw. 1,3%. Im Vergleich zu Deutschland sind sie weniger der chinesischen Konkurrenz ausgesetzt, weil sie eine andere Industriespezialisierung verfolgen⁸⁾ und in einem größeren Ausmaß eine dienstleistungsdominierte Wirtschaftsstruktur aufweisen, die dem internationalen Wettbewerb oftmals weniger stark ausgesetzt ist. Im Gegensatz zu Deutschland wird jedoch für alle drei Länder für heuer mit einer Wachstumsverlangsamung gerechnet, die in Großbritannien besonders stark ausgeprägt sein wird (Übersicht 2.2).

⁶⁾ Anders als in den 2000er-Jahren (der „erste China-Schock“) brachte China zunehmend höherwertige Güter, wie (Elektro-)Autos, Maschinen und Ausrüstung, chemische Erzeugnisse und Umwelttechnologien, auf den globalen Markt. Das sind Güter, die in direkter Konkurrenz zu den deutschen Schlüsselindustrien stehen, oft mindestens die gleiche Qualität aufweisen, aber im Durchschnitt um 30% bis 40% niedrigere Preise aufweisen. Die Autoexporte aus China stiegen beispielsweise seit 2021 um das 8-fache und erreichten 8 Mio. Stück, während die deutschen Exporte bei ca. 3 Mio. stagnierten (Grjebine et al., 2026).

⁷⁾ <https://www.ifo.de/fakten/2026-04-01/gemeinschaftsdiagnose-fruehjahr-2026-energiepreisschock-ueberlagert-fiskalimpuls>.

⁸⁾ Die für Frankreich wichtige Luxusbranche ist beispielsweise kaum der chinesischen Konkurrenz ausgesetzt (Grjebine et al., 2026).

Die Wirtschaft der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer (EU 11 in Übersicht 2.1) wuchs 2025 im Durchschnitt um 2,3% und somit etwas schneller als 2024⁹⁾. Die Gruppe war jedoch von einer relativ großen Heterogenität in der Wachstumsdynamik geprägt. Von den drei für Österreich besonders wichtigen Handelspartnern der EU 11 wuchs die Wirtschaft in Polen um 3,6% und in Tschechien um 2,6%. Dagegen legte das BIP in Ungarn um lediglich 0,5% zu. Insgesamt befand sich die ungarische Wirtschaft das dritte Jahr in Folge nahezu in einer Stagnation (Übersicht 2.2), was vor allem auf niedrige Investitionen angesichts rechtlicher Unsicherheiten, ausgeprägter Korruption und angespannter Beziehungen der Orbán-Regierung zu den EU-Institutionen zurückgeführt werden kann. Während für Polen für heuer eine Beibehaltung von hohem BIP-Wachstum und für Tschechien eine Verlangsamung prognostiziert werden, dürfte das Wachstum in Ungarn an Dynamik gewinnen und 1,6% betragen. Dafür werden die fiskalische Expansion vor den Wahlen im April 2026 sowie die geplante Inbetriebnahme einiger großer FDI-Projekte ausschlaggebend sein; die erwarteten positiven Auswirkungen des jüngsten politischen Wechsels in Ungarn werden erst ab 2027 spürbar sein. Im EU-11-Durchschnitt dürfte die Wirtschaft heuer erneut um 2,3% expandieren, gleich schnell wie im Vorjahr (wiiv, 2026).

2.2 Wechselkurse und FDI

2.2.1 Geldpolitik und Wechselkurse

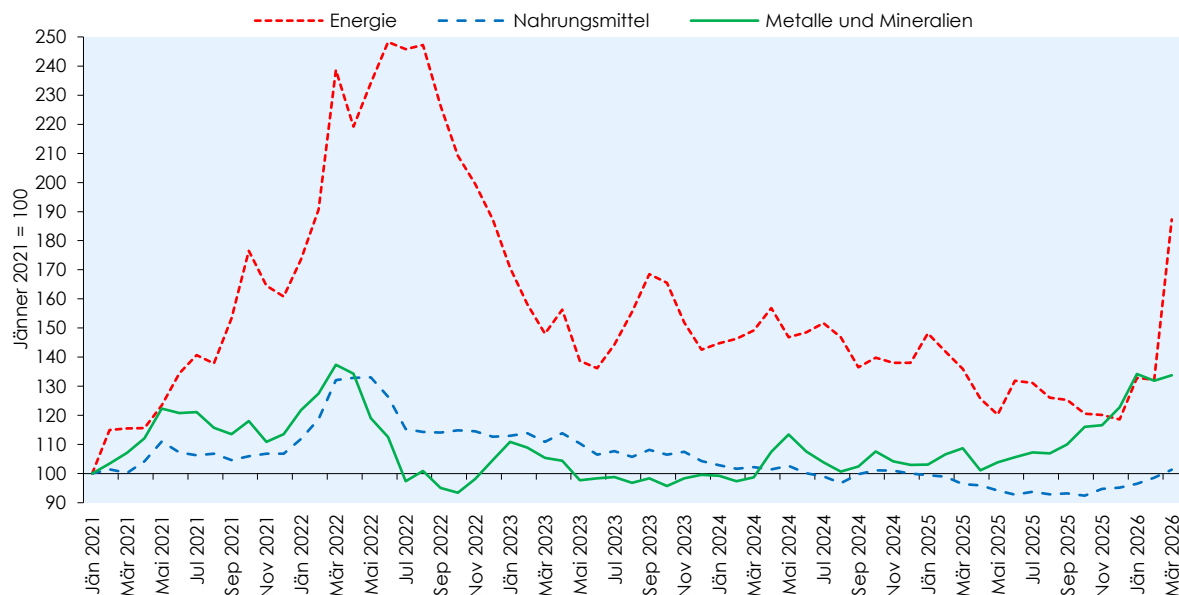
Die Weltwirtschaft war bis zum Ausbruch des Kriegs im Nahen Osten durch die generell sinkenden Rohstoffpreise gekennzeichnet (Abbildung 2.2). Im Jahresdurchschnitt 2025 sanken die Energiepreise um 11% und die Nahrungsmittelpreise um 6%. Die Ölpreise sanken im Durchschnitt um 14% (IMF, 2026b), nicht zuletzt aufgrund der sukzessiven Lockerung der Produktionsquoten durch die OPEC+, die darauf abzielte, die Konkurrenz seitens der US-Produzenten vom Markt zu drängen. Diese Faktoren begünstigten die Preisstabilität in vielen Teilen der Welt, die ihrerseits eine Lockerung der Geldpolitik (darunter auch im Euro-Raum) ermöglichten. Die globale Inflation sank im Jahresdurchschnitt 2025 auf 4,1% (IMF, 2026b).

Der Krieg im Nahen Osten sorgte jedoch für einen Anstieg der Energiepreise im März um 42% gegenüber Februar. Die Preise von Düngemitteln stiegen ebenfalls deutlich an, was die Ernte 2027 gefährden und höhere Lebensmittelpreise zur Folge haben könnte (OECD, 2026a). Sollte die Straße von Hormus über längere Zeit de facto gesperrt bleiben, dürfte dieses hohe Preisniveau anhalten bzw. weiter steigen, und selbst ihre Öffnung bietet keine Garantie für eine rasche Rückkehr zu den Preisen vor dem Krieg¹⁰⁾. Auch die Inflationserwartungen sind zuletzt deutlich gestiegen. Für den Jahresdurchschnitt 2026 erwartet der IMF in seinem Basisszenario einen Anstieg der Rohstoffpreise um 21% gegenüber dem Vorjahr und einen durchschnittlichen Ölpreis von 82 \$ pro Fass (IMF, 2026b).

⁹⁾ In der gesamten Region der mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten (MOSOEL 23 in Übersicht 2.1) ging das BIP-Wachstum jedoch deutlich zurück. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Wirtschaft Russlands, die größte in MOSOEL, um lediglich 1% expandierte.

¹⁰⁾ Die US Energy Information Administration (EIA) hielt in diesem Zusammenhang fest: "Just as we had never before seen the strait close, we've never seen it reopen. What exactly that looks like remains to be seen." (<https://www.eia.com/business/energy/fuel-prices-keep-rising-months-after-hormuz-reopens-us-eia-says-2026-04-07/>).

Abbildung 2.2: Entwicklung des globalen Rohstoffpreisindex



Quelle: Weltbank.

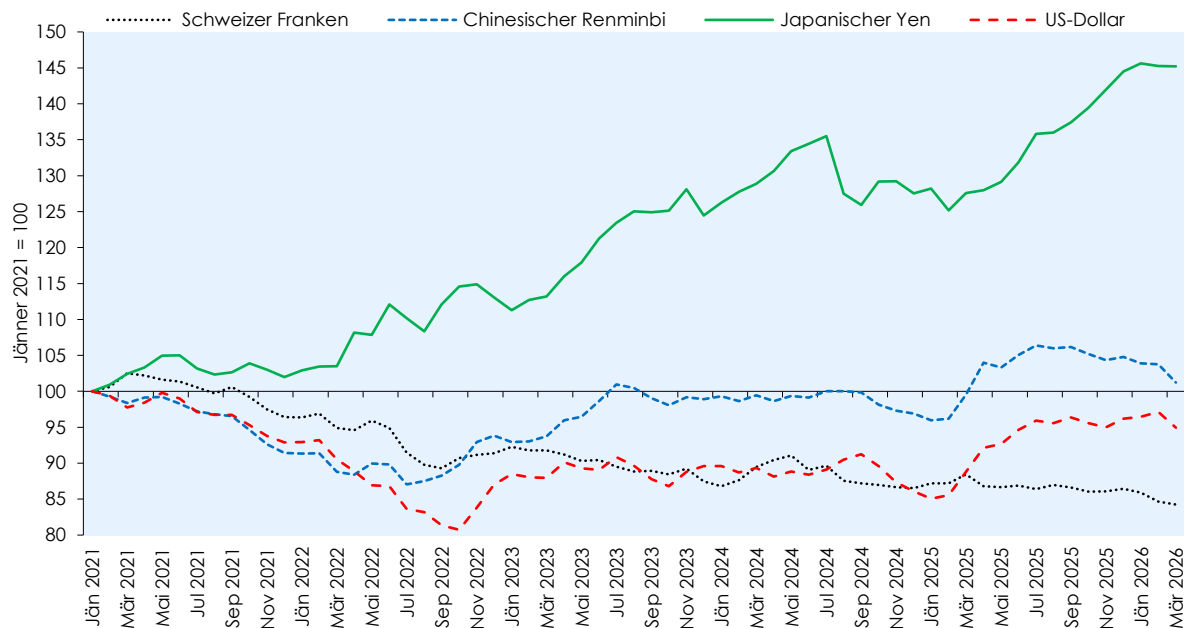
Für 2026 wird mit einer globalen Inflationsbeschleunigung um 0,3 Prozentpunkte auf 4,4% gerechnet (IMF, 2026b). Höhere Rohstoffpreise könnten auch auf die Kerninflation übergreifen. Dies würde viele Notenbanken dazu veranlassen, die Geldpolitik in den kommenden Monaten restriktiver zu gestalten als vor dem Krieg geplant war. In den USA beispielsweise werden Zinssenkungen bis zum Ende des Jahres kaum noch erwartet, während im Euro-Raum zunehmend mit Zinsanhebungen gerechnet wird¹¹⁾. 2027 dürfte die Inflation laut dem IMF auf 3,7% wieder sinken, vorausgesetzt der Energiepreisschock lässt ab Mitte 2026 allmählich nach.

Die Stärke des Euro gegenüber dem US-Dollar wurde durch den Krieg im Nahen Osten nur kurz unterbrochen. In den ersten zwei Märzwochen wertete der Euro nominell um etwa 5% gegenüber dem US-Dollar ab, der seinen früheren Status als „sicherer Hafen“ wieder erlangte. In vielen Teilen der Welt kam es zu Kapitalabflüssen, einer Verschlechterung von Finanzierungsbedingungen und höheren Anleiherenditen, darunter auch in mehreren europäischen Ländern¹²⁾. Gegen Mitte April beruhigte sich die Lage auf den Finanzmärkten zum Teil, und der Euro wertete gegenüber dem US-Dollar wieder leicht auf. Insgesamt wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar zwischen Jänner 2025 und März 2026 um 10,3% auf (Abbildung 2.3). Diese Entwicklung war umso erstaunlicher, weil die geldpolitische Lockerung im Euro-Raum in diesem Zeitraum schneller voranging als in den USA. Die EZB senkte ihren Leitzinssatz um insgesamt 1 Prozentpunkt (von 3% auf 2%), die US-Fed dagegen um nur 0,75 Prozentpunkte (von 4,25%-4,5% auf 3,5%-3,75%). Die Schwäche des US-Dollar kann vor allem mit der erratischen (Wirtschafts-)Politik von Donald Trump erklärt werden, die erhebliche Unsicherheiten mit sich brachte und die Attraktivität von US-amerikanischen Aktiva minderte.

¹¹⁾ <https://global.morningstar.com/en-gb/economy/despite-ceasefire-ecb-still-seen-hiking-interest-rates-this-year>.

¹²⁾ In Italien und Großbritannien betrug der Anstieg bis Mitte April etwa 50 Basispunkte (Bp), in Frankreich 45 Bp, in Deutschland 38 Bp (<https://www.ft.com/content/d2d32518-1622-4c45-9ada-569b67c8e4b6>).

Abbildung 2.3: Nominelle Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber wesentlichen Weltwährungen



Anmerkung: Wechselkurse ausgedrückt als jeweilige nationale Währung je Euro. Ein steigender (fallender) Index zeigt daher eine Aufwertung (Abwertung) des Euro an.

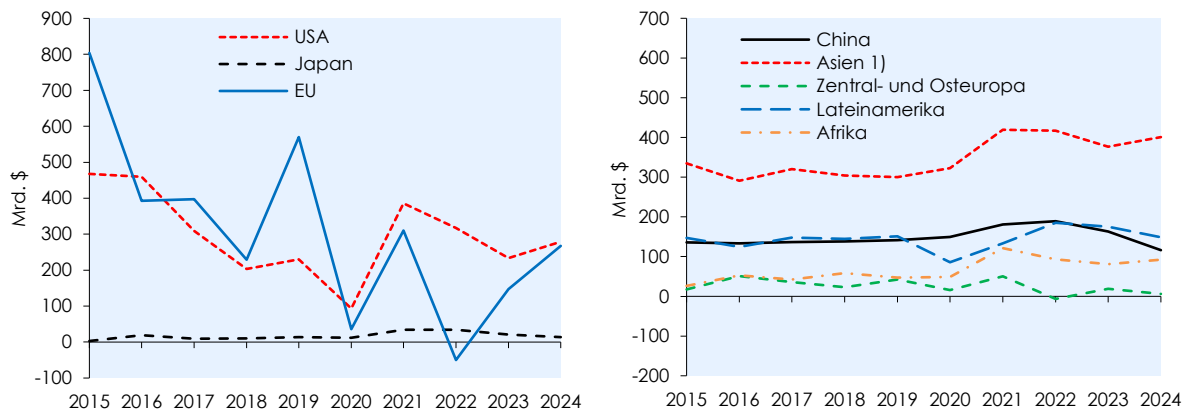
Quelle: Eurostat, wiiv-Berechnungen.

2.2.2 FDI-Entwicklungen

Die globale FDI-Aktivität nahm 2025 um 14% auf geschätzte 1,6 Bio. \$ zu (UNCTAD, 2026). Dieses Wachstum war allerdings in erster Linie den FDI-Flüssen durch die europäischen Conduit-Länder (wie Großbritannien, Luxemburg, die Schweiz und Irland) zu verdanken. Ohne die Letzteren ergäbe sich nur ein verhaltener Anstieg von etwa 5%. Außerdem konnte man große regionale Unterschiede beobachten. Die FDI-Zuflüsse in die Industrieländer legten um 43% zu, in die Europäische Union gar um 56%. Vor allem die FDI-Investitionen in Deutschland erholten sich nach dem Tief von 2024 deutlich¹³⁾. Dagegen gingen die FDI-Zuflüsse in die Schwellen- und Entwicklungsländer um 2% zurück. Trotzdem waren diese Länder immer noch für mehr als die Hälfte (55%) der globalen FDI-Aktivität verantwortlich.

¹³⁾ Der starke Anstieg der FDI-Flüsse nach Deutschland wurde in erster Linie durch die Übernahmen vom Speditionsunternehmen Schenker (durch die dänische DSV) und vom Plastikhersteller Covestro (durch die ADNOC aus den Vereinigten Arabischen Emiraten) getrieben.

Abbildung 2.4: FDI-Flüsse in die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer



Quelle: UNCTAD, wiw-Berechnungen.- 1) Mit Hongkong und Taiwan.

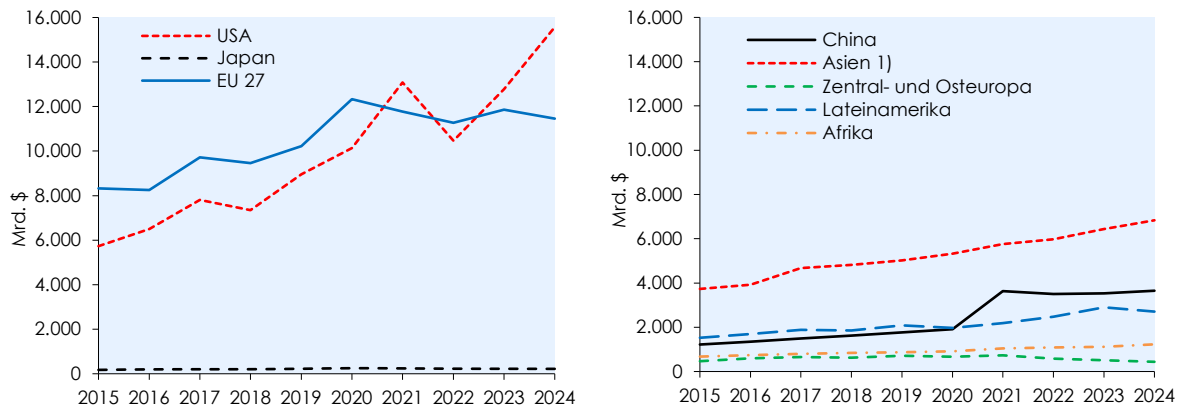
Der Wert der angekündigten Greenfield-Projekte blieb im Vorjahr auf dem hohen Niveau von 2024, mit einer zunehmenden Konzentration auf Rechenzentren sowie Halbleiterfertigung. Der Wert der Investitionsprojekte in Rechenzentren verdoppelte sich nahezu auf etwa 270 Mrd. \$, wobei ein Viertel davon nach Frankreich ging¹⁴). Insgesamt war dieser Sektor für mehr als 20% der angekündigten Greenfield-Projekte verantwortlich (auf Wertbasis). Damit eng verbunden war auch der erneute kräftige Anstieg (um 35% auf Wertbasis) der Projekte in die Halbleiterfertigung, da die KI-Rechenzentren Hochleistungschips benötigen¹⁵). Dagegen ging der Wert der Projekte in den wertschöpfungsintensiven Sektoren wie Textilien (-40%), Autoindustrie (-29%) und Maschinenbau (-18%) deutlich zurück. Diese Sektoren wurden im Vorjahr dem Schock der höheren Zollbarrieren in einem besonderen Ausmaß ausgesetzt. Die zunehmende Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen in die digitale Wirtschaft spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der 100 größten multinationalen Unternehmen wider. Technologieunternehmen erwirtschafteten mittlerweile mehr als 20% ihres gesamten Umsatzes (UNCTAD, 2025).

Die grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen (M&As) sowie die internationalen Projektfinanzierungen (vor allem Infrastrukturprojekte) waren im Vorjahr rückläufig. Deren Wert sank um jeweils 10% bzw. 16%. Bei den internationalen Projektfinanzierungen war es bereits das vierte rückläufige Jahr in Folge. Dies war nicht zuletzt der nachlassenden Dynamik im Sektor erneuerbarer Energien zuzuschreiben, der noch bis vor kurzem ein wichtiger Investitionstreiber war.

¹⁴) Die MGX aus den Vereinigten Arabischen Emiraten kündigte den Bau eines KI-Campus in Frankreich im Wert von 43 Mrd. \$ an.

¹⁵) Insbesondere die taiwanische TSMC kündigte mehrere Projekte im Rahmen eines großangelegten Ausbaus ihrer Kapazitäten in den USA im Gesamtwert von 97 Mrd. \$ an.

Abbildung 2.5: FDI-Bestände in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern



Quelle: UNCTAD, wiw-Berechnungen. – 1) Mit Hongkong und Taiwan.

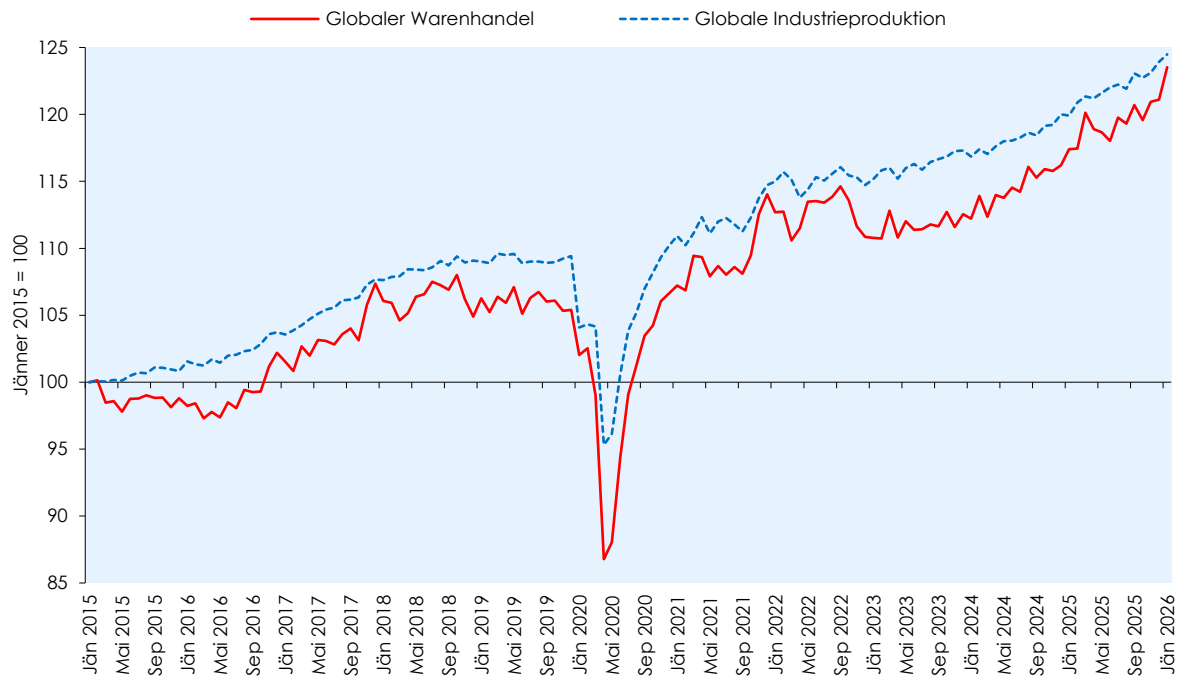
Für 2026 ist kaum mit einem Anstieg der globalen FDI-Aktivität zu rechnen. Zwar räumte die UNCTAD in ihrer im Jänner erschienen Analyse eine solche Möglichkeit ein, unter anderem mit Verweis auf die gesunkenen Finanzierungskosten (UNCTAD, 2026), gleichzeitig wurde jedoch betont, dass ein FDI-Anstieg nur den M&A-Deals sowie den Investitionsflüssen durch die Conduit-Länder zu verdanken wäre. Die Aussichten auf eine Expansion der realen Projektaktivität waren dagegen eher trübe, auch angesichts der Risiken durch die globale wirtschaftliche Fragmentierung und geopolitische Spannungen. Aus heutiger Sicht kann man davon ausgehen, dass diese Risiken durch den Krieg im Nahen Osten zum Teil realisiert wurden.

2.3 Entwicklung des Außenhandels

Die Erholung des globalen Außenhandels (mit Gütern und Dienstleistungen) gewann im Vorjahr an Schwung und erreichte 5,1% (IMF, 2026b)¹⁶. Der Handel mit Gütern stieg um 4,2% an, was im Einklang mit der Dynamik der globalen Industrieproduktion (+1,7%) steht (van 't Riet & Ligthart, 2026 und Abbildung 2.6). Vor allem die Importe in die Industrieländer legten um 4,3% zu, nicht zuletzt aufgrund der starken Investitionsnachfrage nach KI-Technologien, während die Importe der Schwellenländer um lediglich 3,4% wuchsen (Abbildung 2.7). Für heuer wird mit einer nahezu Halbierung der Außenhandelsexpansion auf 2,8% gerechnet, die sich 2027 auf 3,8% beschleunigen sollte (IMF, 2026b).

¹⁶) In diesem Kapitel entsprechen die Werte für die Entwicklung des Außenhandels den realen Handelsvolumen, d. h. sie sind um Preiseffekte bereinigt.

Abbildung 2.6: Entwicklung des Welthandels (real) und der globalen Industrieproduktion



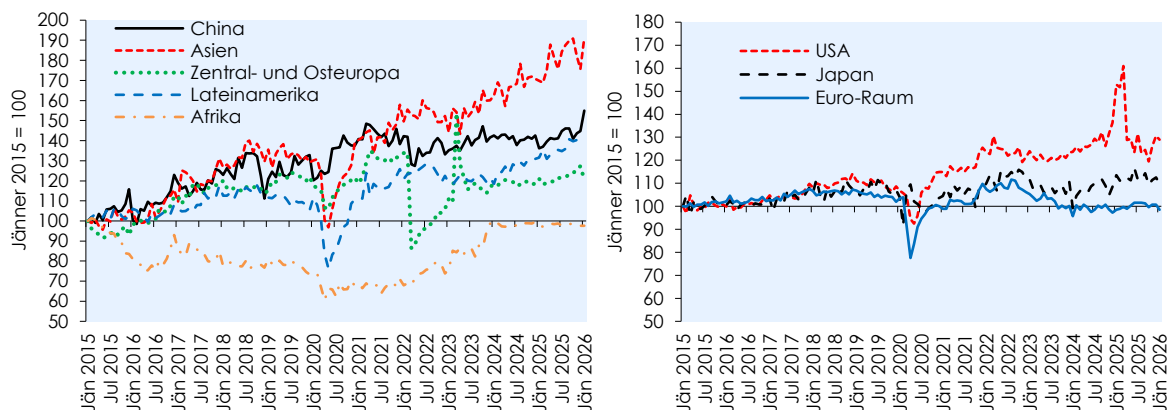
Anmerkung: Globale Industrieproduktion – Ländergewichtung nach Industrieproduktion.
 Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor.

Die von US-Präsident Donald Trump im April 2025 angekündigten Importzölle hatten eine beträchtliche Umorientierung der globalen Handelsflüsse zur Folge. Der globale Trade Policy Uncertainty (TPU) Index stieg unmittelbar nach der Ankündigung auf den historischen Höchststand an (Caldara et al., 2020)¹⁷⁾, und die US-Güterimporte brachen im 2. Quartal auf Quartalsbasis um 18,1% ein. Für das Gesamtjahr 2025 verzeichneten die USA jedoch ein Importwachstum von 4,4%, etwa gleich hoch wie der Durchschnitt der Industrieländer und wesentlich höher als der Euro-Raum (+1,3%; van 't Riet & Ligthart, 2026). Dies zeigt, dass die protektionistische US-Handelspolitik bislang nur wenig erfolgreich war. Stattdessen sind die direkten Auswirkungen der Zölle weitgehend auf die US-Importeure und US-Verbraucher in Form höherer Preise entfallen (Hinz et al., 2026a)¹⁸⁾. Allerdings kam es auch zu einer Neuorientierung der globalen Handelsflüsse. Die US-Importe aus China gingen stark zurück, diese Rückgänge wurden jedoch durch einen Anstieg der Importe vor allem aus Taiwan, Vietnam und Mexiko ausgeglichen. Gleichzeitig wurden die chinesischen Exporte von den USA auf asiatische Länder und vorübergehend auch auf Europa umgelenkt (IMF, 2026b).

¹⁷⁾ https://policyuncertainty.com/trade_cimpr.html.

¹⁸⁾ <https://libertystreeteconomics.newyorkfed.org/2026/02/who-is-paying-for-the-2025-u-s-tariffs/>.

Abbildung 2.7: Entwicklung der Warenimporte (real) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern



Quelle: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (CPB), World-trade monitor.

Die US-Zollbarrieren sind seit dem Höhepunkt im Mai 2025 deutlich gesunken, bleiben aber im historischen Vergleich hoch. Auf die Zollanhebung durch die USA reagierte China mit Exportbeschränkungen von Seltenen Erden, und die neue Pattsituation resultierte in einem Abkommen, das u. a. eine deutliche Senkung der bilateralen Zölle vorsah (IMF, 2026a). Außerdem entschied der Oberste Gerichtshof der USA am 20. Februar 2026 die von Präsident Trump verhängten länderspezifischen Zölle für rechtswidrig zu erklären¹⁹⁾. Zwar kündigte Trump nur wenige Stunden nach der Gerichtsentscheidung einen weltweiten Zollsatz von 10% an²⁰⁾, insgesamt sank der gewichtete (ex ante) US-Importzollsatz jedoch gegen März 2026 laut den OECD-Berechnungen auf 9,9% (von 21,8% im Mai 2025). Er bleibt aber weit über dem Durchschnittswert von 2,7% in den Jahren von 2020 bis 2024 (OECD, 2026a).

Der globale Trade Policy Uncertainty (TPU) Index sank im März 2026 auf den niedrigsten Wert seit Dezember 2024. Er bleibt jedoch weit über dem historischen Durchschnitt (Caldara et al., 2020)²¹⁾. Die neu eingeführten US-Zölle sind zwar eine vorübergehende Maßnahme mit einer maximalen Laufzeit von 150 Tagen und können danach nur durch eine Bestätigung des US-Kongresses verlängert werden, es gibt jedoch keine Garantie, dass selbst wenn sie nicht verlängert werden, keine neuen Handelsbarrieren von der Trump-Regierung mit einer anderen rechtlichen Begründung eingeführt werden. Auf der positiven Seite ist zu verbuchen, dass die protektionistischen Maßnahmen der USA Schwung in andere Integrationsprojekte gebracht haben. So wurden beispielsweise nach vielen Jahren der Verhandlungen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten sowie mit Indien und Australien abgeschlossen.

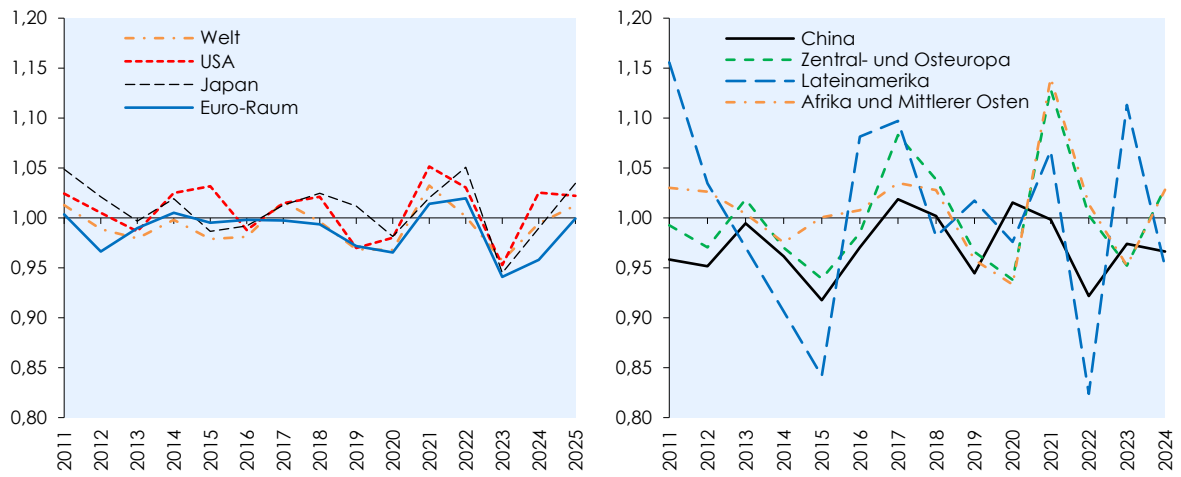
¹⁹⁾ <https://www.congress.gov/crs-product/LSB11398>.

²⁰⁾ Davon ausgenommen sind etwa viele Arzneimittel und Halbleiterprodukte sowie Waren, für die gesonderte branchenspezifische Zölle gelten. Auch ein Großteil der Warenimporte aus Kanada und Mexiko sind von Zöllen befreit.

²¹⁾ https://policyuncertainty.com/trade_cimpr.html.

Abbildung 2.8: Einkommenselastizität des Handels

Verhältnis des Wachstums der realen Güterimporte zum realen BIP-Wachstum



Quelle: Importe: Warenhandel: Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis - World-trade monitor (CPB). BIP: Weltbank, Global Economic Prospects, Jänner 2026; WDI; Eurostat; wiw-Berechnungen.

3. Lage der österreichischen Außenwirtschaft im Jahr 2025

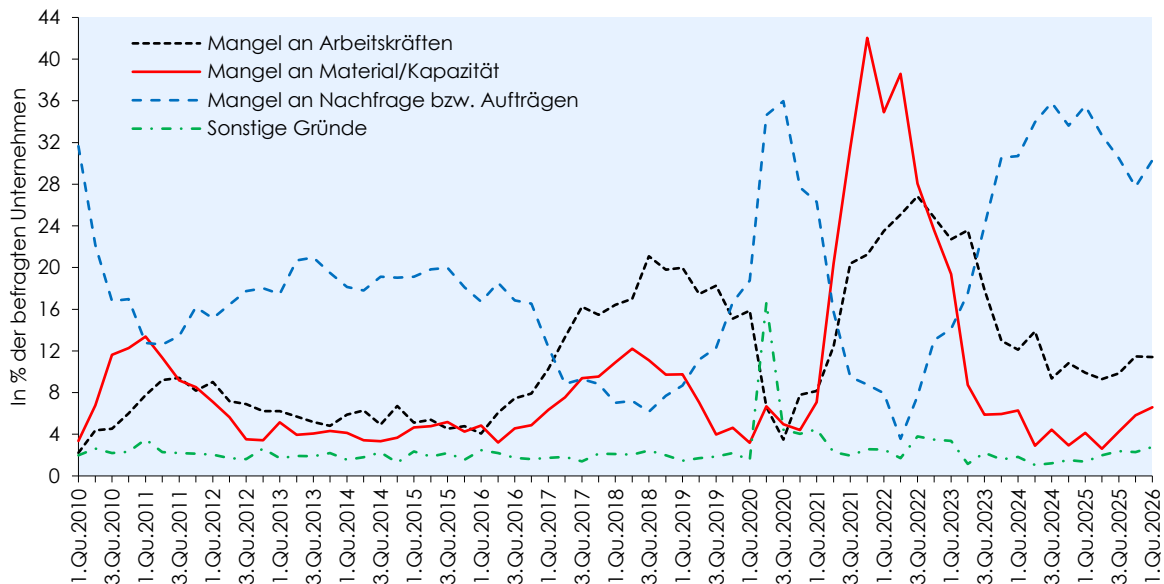
Elisabeth Christen

3.1 Überblick

Die träge wirtschaftliche Erholung prägte das internationale Umfeld der österreichischen Außenwirtschaft im Jahr 2025. Zudem belasten geo- und handelspolitische Unsicherheiten sowie der zunehmende Wettbewerb mit China auf den Weltmärkten die europäische wie auch österreichische Industrie. Die Weltwirtschaft und die globale Industrieproduktion blieben trotz der unsteten handelspolitischen Rahmenbedingungen im Jahresverlauf 2025 moderat aufwärtsgerichtet. Die Zollpolitik der USA scheint bislang vor allem Handelsumlenkungen zu bewirken, ein dämpfender Effekt der Zollerhöhungen der USA auf die Weltwirtschaft hat sich 2025 nicht manifestiert, unter anderem auch weil einige Zollankündigungen durch bilaterale Deals abgeschwächt werden konnten (Ederer & Schiman-Vukan, 2025). Angesichts kräftiger privater Konsumausgaben expandierte die Wirtschaftsleistung der USA, Österreichs zweitwichtigstem Exportmarkt, merklich, wenngleich der Stillstand in der Verwaltung ("Shutdown") im Oktober und November eine Verlangsamung der Konjunktur im 4. Quartal nach sich zog (Scheiblecker & Ederer, 2026). Auch in China wuchs die Wirtschaft im Jahresverlauf 2025 aufgrund einer robusten Exportdynamik kräftig, während die Binnennachfrage schwach blieb. Der Mangel an Binnennachfrage drückt die Preise im Inland und in der Folge die Exportpreise, was die Wettbewerbsfähigkeit im Ausland und die Ausfuhren begünstigt (Ederer & Schiman-Vukan, 2025). **Folglich wird das Wachstum der weltweiten Industrieproduktion zu einem überwiegenden Teil von China getragen, dessen Nettoexporte stark zulegten.** Auch die Konjunktur im Euro-Raum entwickelte sich 2025 moderat positiv, allerdings belastet der zunehmende Wettbewerb mit China die europäische Exportwirtschaft. Auch die weiter anhaltende Nachfrageflaute aus dem Ausland dämpft die Produktion im Euro-Raum und insbesondere die auf Industriegüter spezialisierte deutsche und österreichische exportorientierte Industrie, die angesichts abnehmender Wettbewerbsfähigkeit, hoher geopolitischer Unsicherheit und handelspolitischer Belastungen im Jahr 2025 kaum Tritt fassen konnte.

Nachfragezurückhaltung und mangelnde Neuaufräge blieben 2025 das wichtigste Produktionshindernis für österreichische Industrie- und Exportunternehmen. Belasteten 2023 noch Lieferprobleme infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie Unsicherheiten bezüglich der Verfügbarkeit von russischem Gas die Geschäftstätigkeit der österreichischen Industrie und Exportwirtschaft, leidet die heimische Wirtschaft, wie bereits im Jahr 2024, nach wie vor unter einer verhaltenen internationalen Nachfrage (Abbildung 3.1). Wenngleich der Mangel an Neuaufrägen im Jahresverlauf 2025 stetig nachließ, zeichnet sich zu Jahresbeginn 2026 wieder eine zunehmende Nachfrageschwäche ab. So nennen 30,3% der heimischen Industrieunternehmen den Nachfragemangel als wichtigstes Produktionshemmnis, der Mangel an Arbeitskräften (11,4%) und Lieferengpässe (6,6%) spielen zurzeit nur eine untergeordnete Rolle. Bei einer anhaltenden Krise im Nahen Osten könnte dies allerdings zu massiveren Beeinträchtigungen der globalen Lieferketten führen.

Abbildung 3.1: Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit in der Sachgütererzeugung



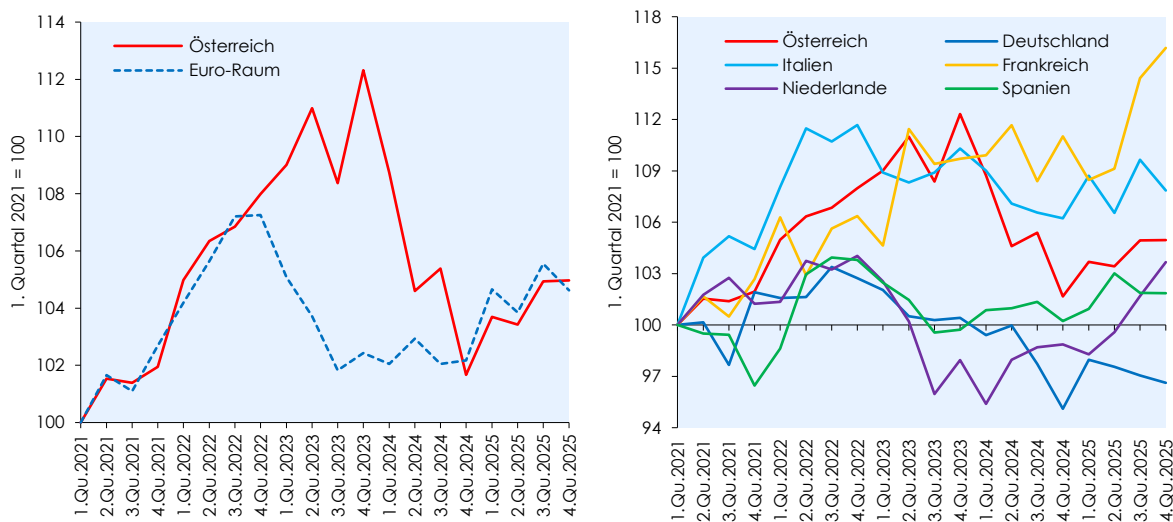
Quelle: WIFO-Konjunkturtest.

Kasten 3.1: Blockade der Straße von Hormus als neue Herausforderung für den Welthandel

Die Blockade der Straße von Hormus seit Ende Februar 2026 stellt eine neue Herausforderung für die Dynamik des Welthandels und die globalen Lieferketten dar. Mit Beginn der militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten kamen die Schifffahrten durch den zentralen Transportkorridor der globalen Energieversorgung nahezu zum Erliegen. Durch diese Blockade ist rund ein Fünftel des weltweiten Öls und ein Viertel des Flüssiggases (LNG) betroffen (Hinz et al., 2026b). Neben Energieexporten spielen allerdings auch andere Rohstoffe dieser Region eine bedeutende Rolle (siehe auch Kapitel 2), wie beispielsweise Harnstoff sowie Spezialgase für die Halbleiterproduktion (Klimek et al., 2026), wodurch sich infolge eines länger andauernden Konflikts die Problematik von Lieferengpässen erneut verschärfen und auch negative Auswirkungen für die österreichische Wirtschaftsentwicklung mit sich bringen könnten (siehe Kapitel 4).

Angesichts der trägen Konjunkturbelebung bei den wichtigsten Handelspartnern verzeichnen die saisonbereinigten österreichischen Warenexporte im Jahresverlauf 2025 ähnlich wie in anderen EU-Ländern lediglich eine moderate Erholung. Nach dem markanten Einbruch der Wachstumsdynamik der saisonbereinigten heimischen Ausfuhren im Jahresverlauf 2024 zeichnete sich im 1. Quartal 2025 eine Erholung ab, die sich zwar im Frühjahr 2025 abschwächte, aber im 3. Quartal 2025 wieder an Schwung gewann. Zuletzt ließ der Expansionskurs der österreichischen Warenexporte wieder deutlich nach, erwies sich im 4. Quartal 2025 allerdings robuster als die gesamten Euro-Raum-Exporte (Abbildung 3.2). Dadurch gelang es den saisonbereinigten österreichischen Warenexporten wieder an die Dynamik des Euro-Raums aufzuschließen und diese zum Jahresende sogar leicht zu übertreffen. Doch auch im Euro-Raum zeigt sich ein sehr heterogenes Bild. Während die Wachstumsdynamik in Frankreich während des Jahres 2025 überaus lebhaft blieb, und auch die preis- und saisonbereinigten Exporte der Niederlande markant zulegen, entwickelten sich die deutschen Ausfuhren, Österreichs wichtigster Handelspartner, nach dem Aufschwung im 1. Quartal 2025 auch im weiteren Jahresverlauf rückläufig. Dies ist besonders auf die anhaltend schwache Investitionsgüternachfrage zurückzuführen. Die Erholung der deutschen Wirtschaft war maßgeblich von der Binnenwirtschaft, insbesondere dem privaten und öffentlichen Konsum, getragen. Von der exportorientierten Industrie gingen kaum Impulse aus (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2026).

Abbildung 3.2: Entwicklung der realen Warenexporte Österreichs und des Euro-Raums
Saisonbereinigt



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte Exportwerte.
Quelle: Statistik Austria, Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Die negative Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und die Belastungen der österreichischen Industrie in den Vorjahren wirken weiter nach. Das Inflationsdifferential zwischen Österreich und dem Euro-Raum hat sich im Jahresverlauf 2024 zwar weitgehend geschlossen, stieg aber mit Auslaufen der staatlichen Unterstützungsleistungen (Strompreisbremse, Netzentgelte) ab dem Jahresbeginn 2025 wieder an und lag im 4. Quartal 2025 bei rund 1,9 Prozentpunkten. Zusätzlich belasteten der zunehmende Wettbewerb mit China sowie die Aufwertung des Euro im Jahresverlauf 2025 die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportwirtschaft. So ist der real-effektive Wechselkurs für Industriewaren nach 0,9% im Jahr 2024 um 2,2% im Jahr 2025 angestiegen. Diese Verschlechterung in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und ein negativer Warenstruktureffekt durch die schwache Investitionsnachfrage bei den wichtigsten Handelspartnern brachten für 2025 deutliche Marktanteilsverluste mit sich.

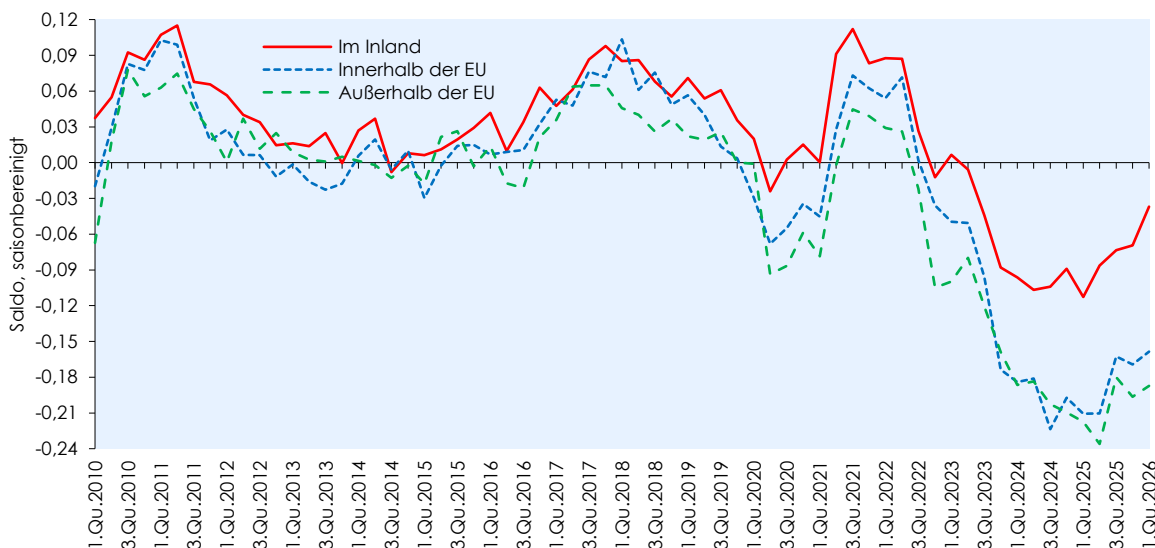
Die (nominelle) Marktanteilsentwicklung zeigt für das Jahr 2025 einen Verlust von 2,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum, vor allem aufgrund der rückläufigen Ausfuhren nach Deutschland. Zudem führte auch der markante Einbruch der Warenexporte in die USA, der sich im zweiten Halbjahr noch weiter beschleunigte, für deutliche Verluste bei den Marktanteilen. Auch bei den Ausfuhren in die Schweiz verzeichneten die heimischen Exporteure Positionsverluste. Aufgrund der hohen Nachfrage nach chemischen Erzeugnissen sowie Maschinen und Fahrzeugen konnten die heimischen Exporteure ihre Marktposition in Italien (+5,5%) und Tschechien (+3,8%) allerdings ausweiten. Gemessen an den Exporten des Euro-Raums verringerte sich der Marktanteil Österreichs 2025 um 2,5%²²⁾.

Diesem Bild entsprechend schätzen die heimischen Industrieunternehmen im WIFO-Konjunkturtest vom März 2026 ihre internationale Wettbewerbsposition im Vergleich zu den

²²⁾ Die Entwicklung nomineller Marktanteile reflektiert auch Preis- und Wechselkursveränderungen. Wird der Marktanteil für Länder im gleichen Währungsraum berechnet, gehen die Marktanteilsveränderungen ausschließlich auf die Preisveränderungen zurück.

Mitbewerbern in der EU, aber insbesondere im Vergleich zur Konkurrenz außerhalb der EU, weiterhin sehr negativ ein (Abbildung 3.3). Allerdings scheint im Vergleich zur Konkurrenz im Ausland der Tiefpunkt mit Ende des 2. Quartals 2025 überschritten zu sein, denn im weiteren Jahresverlauf zeichnete sich eine deutliche Verbesserung bei der Einschätzung der Unternehmen ab. Gegen Jahresende erlitten die Unternehmenseinschätzungen zur Wettbewerbsposition zwar wieder einen leichten Dämpfer, doch die Zuversicht stieg erneut im 1. Quartal 2026, wobei hier der Krieg im Nahen Osten und der damit verbundene Energiepreisschock noch nicht berücksichtigt sind. Vermutlich wird dies die Zuversicht der Unternehmen hinsichtlich ihrer Wettbewerbsposition erneut negativ beeinflussen. Während sich bei den Vorprodukten die Einschätzungen zur Wettbewerbsposition im Vergleich zu den Mitbewerbern aufhellte, zeichnet sich bei der für Österreich bedeutsamen Investitionsgüterproduktion noch keine markante Trendwende ab.

Abbildung 3.3: Unternehmenseinschätzung zur eigenen Wettbewerbsposition in den letzten 3 Monaten in der Sachgütererzeugung



Anmerkung: Saldo errechnet aus dem Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten eine steigende Wettbewerbsposition erwarten minus dem Anteil der Unternehmen, die in den kommenden 3 Monaten eine sinkende Wettbewerbsposition erwarten.

Quelle: WIFO-Konjunkturtest.

Die verhaltene Konjunkturbelebung und das von geopolitischer Unsicherheit geprägte Umfeld dämpften auch die Wachstumsdynamik des preisbereinigten Dienstleistungshandels. Zusätzlich belastete der relative Preisauftrieb im Tourismus die Ausgabenbereitschaft ausländischer Gäste. Der wachsende Abstand zwischen nomineller und realer Entwicklung spiegelt das im Dienstleistungsaußenhandel weiterhin steigende Preisniveau wider. Während im 1. Quartal 2025 die Entwicklung noch rückläufig war, setzte ab März und über die Sommermonate eine deutliche Erholung ein, die vom starken Sommertourismus getragen wurde, aber zuletzt wieder abebbte. Im Jahresverlauf 2025 verzeichneten die preisbereinigten Dienstleistungsexporte einen Anstieg um 1,3%. Damit zeigte sich der Dienstleistungshandel allerdings robuster als der österreichische Warenexport, der real um 1,1% zurückging. Zusätzlich belastete das positive Preisdifferential im Vergleich zu europäischen Mitbewerbern die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Dienstleistungssektors.

3.2 Warenaußenhandel

Die österreichischen Warenexporte schrumpften nach vorläufigen Daten der Statistik Austria im Gesamtjahr 2025 um 0,5% nominell und real (preisbereinigt) um 1,1% (Übersicht 3.1). Das träge wirtschaftliche Umfeld und die flauere Industrieproduktion, insbesondere die schwache Konjunktur in Deutschland, ließen die Konjunkturerholung in den österreichischen Hauptmärkten 2025 moderat ausfallen. Dies ist zu einem überwiegenden Teil auf die schlechte Auftragslage, besonders in der Investitionsgüterbranche, zurückzuführen, wodurch vor allem die auf diese Länder- bzw. Warenstruktur spezialisierte heimische Exportwirtschaft massiv belastet wird.

Besonders negativ für den österreichischen Export verlief die Entwicklung im ersten Halbjahr 2025. Nach einem nominellen Rückgang der Ausfuhren um 3,1% im 1. Quartal, schwächten sich mit der anhaltenden Konjunkturaufhellung die Exportrückgänge bis Ende September 2025 stetig ab. Während im 3. Quartal die heimischen Exporte noch einen leichten Rückgang um 0,3% (nominell) bzw. um 0,4% (real) verzeichneten, setzte mit Jahresende eine positive Wachstumsdynamik bei den Warenexporten ein. Folglich expandierten die nominellen Ausfuhren um 2,8% (real +3,2%) im 4. Quartal 2025. Unter den zehn wichtigsten Handelspartnern lieferten alle Länder mit Ausnahme der USA gegen Jahresende einen positiven Wachstumsbeitrag. Erstmals im 4. Quartal 2025 kamen auch wieder positive Nachfrageimpulse aus Deutschland (nominell +1,6%). Die anhaltende Schwäche der deutschen Industrie wirkte trotz steigender Maschinenexporte sowie Exporte sonstiger Waren (insbesondere Gold) dämpfend auf die Ausfuhren nach Deutschland im Gesamtjahr 2025.

Übersicht 3.1: Österreichs Warenaußenhandel im Überblick

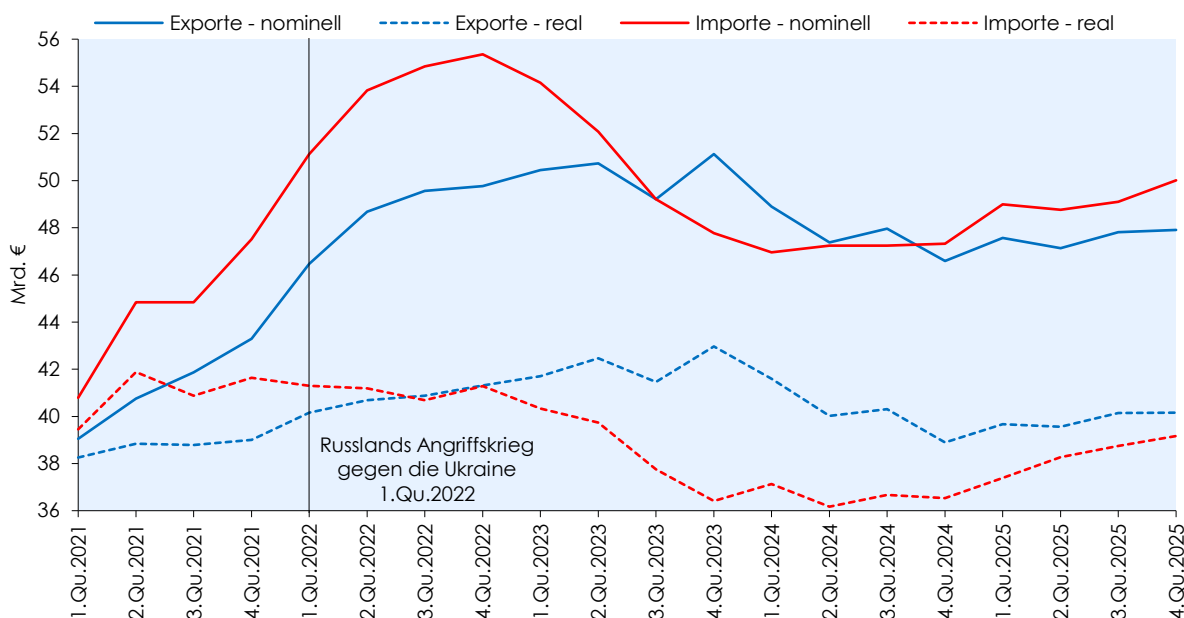
	Ex- port	Ex- port	Ex- port	Ex- port	Im- port	Im- port	Im- port	Im- port	Han- dels- bilanz	Han- dels- bilanz	ToT ¹⁾
	Nom. Mrd. €	Nom. Ver- änd. in %	Real Ver- änd. in %	Preise ¹⁾ Ver- änd. in %	Nom. Mrd. €	Nom. Ver- änd. in %	Real Ver- änd. in %	Preise ¹⁾ Ver- änd. in %	Mrd. €	Ver- änd. in Mrd. €	Ver- änd. in %
2024	191,2	-4,8	-4,0	-0,7	189,0	-6,8	-5,0	-1,8	2,2	4,2	1,1
2025	190,1	-0,5	-1,1	0,6	196,7	4,1	4,8	-0,7	-6,6	-8,8	1,3
1. Qu. 2024	49,4	-4,7	-1,9	-2,9	47,2	-14,3	-9,5	-5,3	2,1	5,4	2,6
2. Qu. 2024	47,8	-5,8	-5,0	-0,9	47,5	-8,7	-7,4	-1,4	0,3	1,6	0,5
3. Qu. 2024	46,7	-1,4	-1,6	0,2	46,3	-3,4	-2,9	-0,5	0,4	0,9	0,7
4. Qu. 2024	47,3	-6,9	-7,5	0,7	48,0	0,4	0,3	0,1	-0,6	-3,7	0,5
1. Qu. 2025	47,8	-3,1	-5,1	2,1	49,2	4,2	2,5	1,7	-1,4	-3,5	0,4
2. Qu. 2025	47,1	-1,5	-2,1	0,6	48,7	2,5	4,0	-1,4	-1,6	-1,9	2,0
3. Qu. 2025	46,5	-0,3	-0,4	0,1	48,1	3,9	5,7	-1,7	-1,5	-1,9	1,8
4. Qu. 2025	48,7	2,8	3,2	-0,4	50,7	5,7	7,2	-1,4	-2,0	-1,4	1,0

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Preise laut VGR.

Dynamisch entwickelten sich die österreichischen Warenimporte, die im Jahr 2025 nominell um 4,1% und real um 4,8% zulegten. Die Wachstumsdynamik laut saisonbereinigter Werte verlief 2025 sehr lebhaft und legte im Jahresverlauf deutlich zu. Folglich expandierten die nominellen Einfuhren um 5,7% (real +7,2%) im 4. Quartal 2025. Diese positive Entwicklung der österreichischen Wareneinfuhr im Jahresverlauf 2025 wird auch durch die markante Erholung bei den

Ausrüstungsinvestitionen (real +5,0%) sowie dauerhaften Konsumgütern²³⁾ (real +2,9%) gestützt, die sich vor allem in dynamischen Pkw-Importen widerspiegeln. Zudem beflügelte auch die rege Importnachfrage nach pharmazeutischen Erzeugnissen die Dynamik. Darüber hinaus überlagerte weiters eine überaus starke Importnachfrage nach Gold, die im gesamten Jahresverlauf hoch geblieben ist, die Importdynamik. Dieser Sondereffekt von österreichischen Goldimporten wurde vor allem von der Schweiz (1. bis 3. Quartal 2025) und Deutschland (4. Quartal 2025) getragen.

Abbildung 3.4: Entwicklung der österreichischen Warenexporte und -importe
Saisonbereinigt



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte Export- und Importwerte.
Quelle: WIFO-Berechnungen.

Die Warenhandelsbilanz verschlechterte sich laut vorläufigen Daten im Jahresverlauf um 8,8 Mrd. € und brachte für 2025 ein Handelsbilanzdefizit von 6,6 Mrd. €. Allerdings wird diese Verschlechterung von einem positiven Terms-of-Trade-Effekt begleitet. Der Rückgang der Exporte gepaart mit einem robusten Wachstum der Importe resultierte in einem Defizit der Warenhandelsbilanz im Gesamtjahr 2025 von 6,6 Mrd. €. Diese deutliche Verschlechterung der Handelsbilanz um 8,8 Mrd. € ist vorwiegend auf einen negativen Mengeneffekt aufgrund der unterschiedlichen Dynamik von Exporten und Importen zurückzuführen, während die Verbesserung der Terms-of-Trade (Verhältnis der Export- zu den Importpreisen) einen positiven Beitrag lieferte. Diese Gegenbewegung in den Außenhandelspreisen für Waren wurde durch den weiteren Rückgang der Energiepreise (vor allem bei Erdgas) im Jahr 2025 ausgelöst. **Gemäß Daten der Statistik Austria brachte das Gesamtjahr 2025 eine Terms-of-Trade-Verbesserung um 1,3%, die neben abnehmenden Importpreisen (-0,7%) eine Zunahme der Exportpreise (+0,6%) widerspiegelt.** Allerdings haben sich die österreichischen Exportpreise im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raums nur moderat angepasst, um dem Wettbewerbsdruck infolge der in den letzten

²³⁾ Zu den dauerhaften Konsumgütern zählen z. B. Möbel, Sportgeräte, Fahrräder, Kühlschränke oder Waschmaschinen.

Jahren stark gestiegenen relativen Lohnstückkosten und dem Inflationsdifferenzial zu begegnen.

Übersicht 3.2: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Regionen und Top-10-Exportmärkten, 2025

Nominell

	Export Anteile in %	Export Veränd. in %	Import Anteile in %	Import Veränd. in %	Handelsbilanz Mrd. €	Handelsbilanz Veränd. in Mrd. €
Intra-EU 27	67,8	0,6	65,4	2,6	0,22	-2,46
Euro-Raum 21	53,0	0,1	53,1	3,1	-3,62	-2,98
EU Rest	14,7	2,5	12,3	0,5	3,72	0,55
MOEL 5	15,5	2,0	13,0	0,9	3,92	0,34
Extra-EU 27	32,2	-2,9	34,6	7,1	-6,80	-6,31
Westbalkan	1,2	4,7	1,0	-0,1	0,33	0,11
Schwarzmeerraum	1,5	2,1	2,0	-1,2	-1,05	0,11
NAFTA	8,6	-16,5	4,5	1,2	7,40	-3,33
6 dyn. Länder Asiens	2,1	1,5	2,2	10,9	-0,44	-0,37
BRICS	4,9	-1,1	10,2	-1,2	-10,17	0,25
Deutschland	29,5	-1,2	32,2	4,1	-7,26	-3,17
USA	6,8	-20,4	3,9	0,1	5,19	-3,32
Italien	6,6	7,3	6,3	0,8	0,17	0,76
Schweiz	5,2	4,6	5,6	55,2	-1,14	-3,49
Polen	3,8	-2,0	3,1	-0,7	1,19	-0,10
Tschechien	3,8	6,4	4,1	0,1	-0,94	0,42
Ungarn	3,7	2,4	2,4	0,4	2,20	0,14
Frankreich	3,5	-4,5	2,5	-5,7	1,81	-0,02
Vereinigtes Königreich	2,8	6,9	1,2	0,4	2,94	0,33
China	2,7	-4,4	9,0	13,8	-12,54	-2,38
Insgesamt	100,0	-0,5	100,0	4,1	-6,58	-8,78

Anmerkung: EU Rest = Dänemark, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn; MOEL 5 = Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; Westbalkan = Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien; Schwarzmeerraum = Armenien, Aserbaidzhan, Georgien, Moldawien, Türkei, Ukraine; 6 dynamische Länder Asiens = Hongkong, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand; BRICS = Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

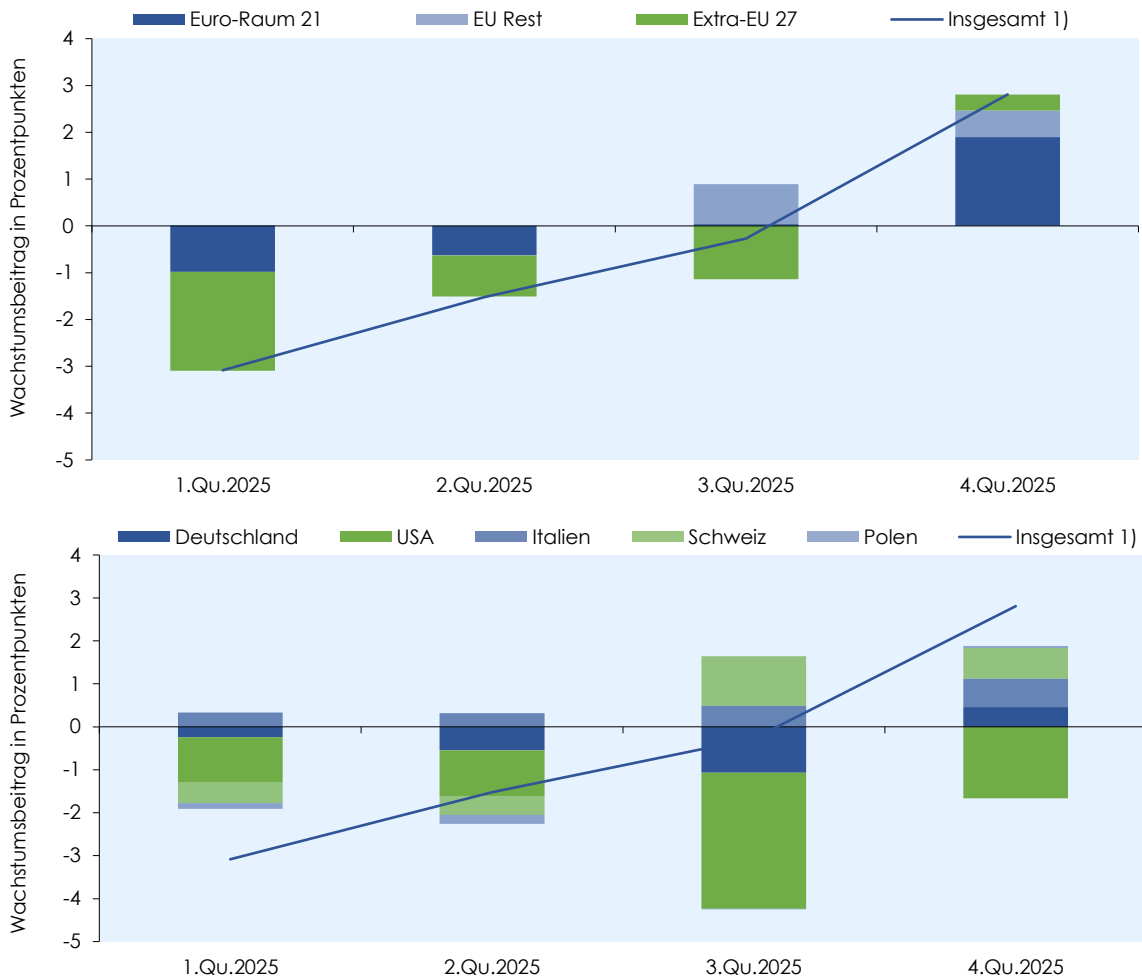
Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die schwache Auslandsnachfrage dämpfte vor allem im ersten Halbjahr 2025 die Entwicklung der Warenexporte in nahezu allen Exportmärkten. Mit der moderaten Konjunkturbelebung in den wichtigsten Handelspartnerländern setzte ab dem Sommer eine zaghafte Erholung der österreichischen Warenexporte ein, die im 4. Quartal ein mäßiges, aber regional breit gestütztes Exportwachstum brachte. Dagegen verliert die heimische Exportwirtschaft aufgrund der Zollpolitik der USA eine wichtige Wachstumsstütze der letzten Jahre. Während in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2025 weder von Exporten in EU-Länder noch von Ausfuhren in die Extra-EU-Länder positive Beiträge zum Exportwachstum ausgingen, zeichnete sich über den Sommer 2025 bei den Ausfuhren in die EU eine Kehrtwende ab. Zur positiven Entwicklung der österreichischen Ausfuhren in den Intra-EU-Raum im 3. Quartal trugen vor allem die Lieferungen in europäische Partnerländer außerhalb des Euro-Raums bei, und hier insbesondere die Ausfuhren nach Tschechien (+12,7%), Rumänien (+9,8%) und Ungarn (+8,3%). Dagegen lieferten die heimischen Exporte in den Euro-Raum, vor allem getrieben durch die Rückgänge nach Deutschland, und außerhalb der EU durchwegs negative Wachstumsbeiträge (Abbildung 3.5). Die Erholung der österreichischen Warenexporte gewann im 4. Quartal allerdings an Schwung und zeigt sich regional breit gestreut, wobei diese positive Dynamik erstmals auch wieder durch Nachfrageimpulse aus Deutschland gestützt wurde.

Insgesamt legten die österreichischen Intra-EU-Exporte im Jahr 2025 um 0,6% zu, während österreichische Extra-EU-Exporte im Vorjahresvergleich um 2,9% zurückgingen. Zu dieser negativen Entwicklung der österreichischen Ausfuhren außerhalb der EU trug maßgeblich der

Einbruch der Exporte in die USA bei, die in allen vier Quartalen des Jahres 2025 negative Wachstumsbeiträge lieferten (Abbildung 3.5) und über das Gesamtjahr betrachtet um 20,4% zurückgingen (Übersicht 3.2).

Abbildung 3.5: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Regionen und Top-5-Exportmärkten



Anmerkung: EU Rest = Dänemark, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn.
 Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

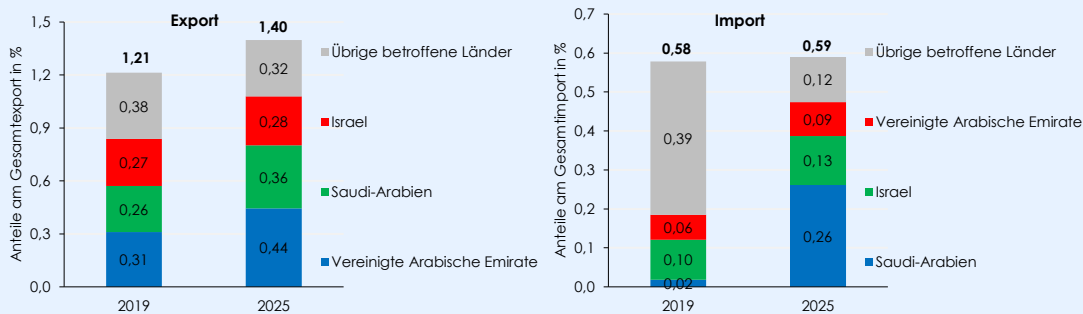
Mit der unsteady Zollpolitik der USA verliert eine wichtige Wachstumsstütze der heimischen Exportwirtschaft der letzten Jahre an Bedeutung, die 2025 mit einem Anteil von 6,8% an den österreichischen Gesamtexporten nur noch knapp vor Italien den zweitwichtigsten Handelspartner darstellte. Der markante Einbruch der Ausfuhren in die USA, der sich im zweiten Halbjahr nochmals verstärkte (erstes Halbjahr: -13,4%, zweites Halbjahr: -26,8%), konzentrierte sich vor allem auf die Chemieindustrie, allen voran medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, sowie auch auf Maschinenexporte, wenngleich diese im 4. Quartal wie auch die Autozulieferindustrie wieder positive Zuwachsraten verzeichneten. Auch die Ausfuhren nach China, an 10. Stelle im Exportmarktranking mit einem Anteil von 2,7%, schrumpften im Jahresverlauf 2025 um 4,4%, wobei sich hier im 4. Quartal eine Rückkehr zum Wachstum abzeichnete und diese zuletzt wieder um 12,0% zulegten. Im zweitwichtigsten Extra-EU-Exportmarkt, der Schweiz, expandierten die Warenexporte im Vergleich zum Vorjahr um 4,6%, obwohl in der ersten Jahreshälfte die Exportdynamik noch überaus stark zurückging (-8,4%) und einen negativen Wachstumsbeitrag lieferte. Die Belebung der Lieferungen in die Schweiz war ab dem Sommer 2025 mit 21,0%

(3. Quartal: +27,0%; 4. Quartal: +15,5%) überaus kräftig und betraf vorwiegend österreichische Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen, insbesondere medizinische und pharmazeutische Produkte.

Kasten 3.2: Österreichs Handelsbeziehungen mit den betroffenen Ländern des Nahost-Konflikts

Österreichs Handelsbeziehungen mit den vom Nahost-Konflikt betroffenen Ländern spielen im österreichischen Außenhandel nur eine untergeordnete Rolle, wie Abbildung K3.1 zeigt. Alle 11 Länder, die aufgrund der geografischen Lage und der militärischen Auseinandersetzungen unmittelbar tangiert und in ihrer Wirtschaftstätigkeit eingeschränkt sind, verzeichnen einen Anteil von rund 1,4% an den österreichischen Gesamtexporten, wobei die bilateralen Handelsbeziehungen vor allem mit Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie mit Israel am stärksten ausgeprägt sind. Importseitig nehmen diese 11 Länder einen Anteil von rund 0,6% an den österreichischen Gesamtimporten ein, wobei sich die österreichischen Handelsbeziehungen wie bei den Warenexporten vor allem auf Saudi-Arabien, Israel und die Vereinigten Arabischen Emirate konzentrieren. Zu den wichtigsten Warengruppen im Export zählen elektrische Geräte, Fernsprechapparate, Pkw sowie medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse. Dagegen bezieht Österreich aus Saudi-Arabien vorwiegend Erdöl, während aus den beiden anderen Ländern medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, Flugzeuge, elektrische Leiter sowie Aluminium importiert werden.

Abbildung K3.1: Österreichs Außenhandel mit betroffenen Ländern des Nahost-Konflikts



Anmerkung: Gereiht nach dem Jahr 2025. Übrige betroffene Länder: Bahrain, Irak, Iran, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon und Oman. Quelle: Statistik Austria; IWF, IMTS; WDS - WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Entwicklung der heimischen Warenex- bzw. -importe verlief im Jahr 2025 in einer ähnlichen Dynamik wie die der Gesamtex- bzw. -import Österreichs. Während die Ausfuhren 2025 um 0,5% zurückgingen, wuchsen die Importe aus den Ländern im Nahen Osten um 4,1%, wobei die Außenhandelsentwicklung Österreichs mit den einzelnen betroffenen Ländern im Jahresverlauf 2025 sehr unterschiedlich verlief.

Innerhalb der EU blieb die Entwicklung der Warenexporte vor allem im ersten Halbjahr 2025 (-1,2%) sehr gedämpft, eine Erholung zeichnete sich erst im zweiten Halbjahr ab (+2,5%). Die wichtigste Stütze der heimischen Exportwirtschaft blieb über den gesamten Jahresverlauf 2025 Italien, Österreichs drittwichtigster Handelspartner. Die positive Entwicklung der Ausfuhren nach Italien, die in allen vier Quartalen des Jahres positive Wachstumsbeiträge lieferten, ist einer anhaltend starken Nachfrage nach österreichischen Produkten aus der Chemieindustrie, allen voran medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, sowie nach bearbeiteten Waren und Maschinen zuzuschreiben. Insgesamt entwickelte sich das 4. Quartal 2025 günstiger als die Vorquartale, sodass zuletzt wieder alle wichtigen EU-Handelspartner positive Wachstumsbeiträge lieferten. Zur positiven Entwicklung der österreichischen Ausfuhren innerhalb der EU trugen vor allem im zweiten Halbjahr 2025 verstärkt die Exporte in die Nicht-Euroländer bei, insbesondere nach Tschechien, Rumänien sowie auch nach Ungarn (Abbildung 3.5).

Dagegen wirkte die anhaltende Schwäche der deutschen Industrie trotz steigender Maschinenexporte sowie Exporte sonstiger Waren (insbesondere Gold) dämpfend auf die Ausfuhren

nach Deutschland, die im Jahresverlauf 2025 um 1,2% schrumpften. Erst mit dem 4. Quartal kamen auch wieder aus Deutschland positive Nachfrageimpulse, die vor allem durch Exporte von Maschinen sowie Gold getrieben waren. Auch die Ausfuhren nach Frankreich (-4,5%) und Polen (-2,0%) verzeichneten im Gesamtjahr 2025 Einbußen, wobei nach Rückgängen im ersten Halbjahr 2025 die heimische Exportwirtschaft auch in diesen Märkten in der zweiten Jahreshälfte wieder Zuwächse (Frankreich: +3,4%; Polen: +1,2%) verzeichnete.

Die deutliche Expansion der österreichischen Warenimporte ist regional breit gestreut, die stärksten Zugewinne verzeichneten die Lieferungen aus der Schweiz sowie aus China. Wenngleich sich aus der verhaltenen Industriekonjunktur im Jahr 2025 nur geringe Wachstumsimpulse für die heimischen Importe abzeichneten, stützt die überaus starke Erholung der Ausrüstungsinvestitionen sowie der dauerhaften Konsumgüter die lebhaftere Expansion der Warenimporte, die im Jahr 2025 um 4,1% über dem Vorjahresniveau lagen. Starke Zuwächse verzeichneten die österreichischen Einfuhren aus den Extra-EU-Märkten (+7,1%), allen voran aus der Schweiz (+55,2%). Dies ist vorwiegend auf chemische Erzeugnisse sowie sonstige Waren, insbesondere Gold, zurückzuführen. Auch die Importe aus China legten 2025 aufgrund einer deutlichen Ausweitung der Maschinen- und Fahrzeuglieferungen deutlich zu (+13,8%) und könnten ein Indiz für die erfolgreiche Handelsumlenkung Chinas sein. Empirische Befunde finden dazu bislang nur Effekte in einem sehr beschränkten Rahmen, für gewisse Produkte bzw. gewisse Ländergruppen (Le Roux & Spital, 2026; Schulte et al., 2026). Insgesamt scheinen derzeit die makroökonomischen Auswirkungen der Handelsverlagerung aus China noch begrenzt zu sein und deuten auf keine breit angelegte „Überschwemmung“ hin. Darüber hinaus hat auch die Abwertung der chinesischen Währung gegenüber dem Euro im Jahr 2025 chinesische Produkte in Europa noch konkurrenzfähiger gemacht und den Wettbewerbsdruck auf europäische wie auch österreichische Industrien besonders in Technologiesektoren erhöht. Kräftig expandierten auch die Importe aus den sechs dynamischen Ländern Asiens (+10,9%), während die Lieferungen aus den BRICS um 1,2% unter dem Vorjahresniveau lagen.

Auch im Intra-EU-Handel sind 2025 deutliche Steigerungen (+2,6%) bei den österreichischen Wareneinfuhren zu verzeichnen, die sich ab der Jahresmitte merklich beschleunigten. Insbesondere die Lieferungen aus Deutschland (+4,1%), die für die österreichischen Wertschöpfungsverflechtungen zentral sind, expandierten ab der Jahresmitte (+6,7%) nochmals deutlich kräftiger als im ersten Halbjahr 2025 (+1,6%) und lieferten überaus positive Wachstumsbeiträge. Die lebhaftere Dynamik im zweiten Halbjahr 2025 lässt sich vorwiegend auf einen markanten Anstieg der Importe von Maschinen und Fahrzeugen sowie von Gold und auch von Roh- und Brennstoffen zurückführen. Mit anderen wichtigen EU-Handelspartnern, wie beispielsweise Italien, verbesserte sich die heimische Importdynamik erst ab der Jahresmitte.

Die schwache Industriekonjunktur dämpfte in der ersten Jahreshälfte die für die heimische Exportwirtschaft wichtigste Branche der Maschinen und Fahrzeuge, die sich aber im zweiten Halbjahr sichtlich erholte und positiv zum Wachstum beitrug. Einen starken Rückgang verzeichneten im gesamten Jahresverlauf die Exporte von chemischen Erzeugnissen, während sonstige Waren, insbesondere Gold, die österreichischen Warenexporte in allen vier Quartalen des Jahres 2025 stützen und positive Wachstumsbeiträge erzielten (Übersicht 3.3, Abbildung 3.6). Aufgrund des schwachen wirtschaftlichen Umfelds in der europäischen Industrie lagen die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen im Jahr 2025 um 0,2% unter dem Vorjahresniveau, die österreichischen Lieferungen chemischer Erzeugnisse gingen im gleichen Zeitraum um 9,0% zurück. Dies ist vor allem dem starken Exporteinbruch von medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen in die USA zuzuschreiben. Mit der aufwärtsgerichteten Konjunkturentwicklung in Europa erholten sich ab dem Sommer 2025 auch die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen und

stützten besonders im 4. Quartal 2025 das heimische Exportwachstum (Abbildung 3.6). Auch bei den industriellen Vorprodukten blieb die Entwicklung bis zur Jahresmitte rückläufig und diese lieferten erst gegen Jahresende positive Wachstumsbeiträge. Dagegen stützten Pkw-Exporte bereits ab dem Frühjahr 2025 das Exportwachstum.

Übersicht 3.3: Entwicklung des österreichischen Warenaußenhandels nach Warengruppen, 2025

Nominell

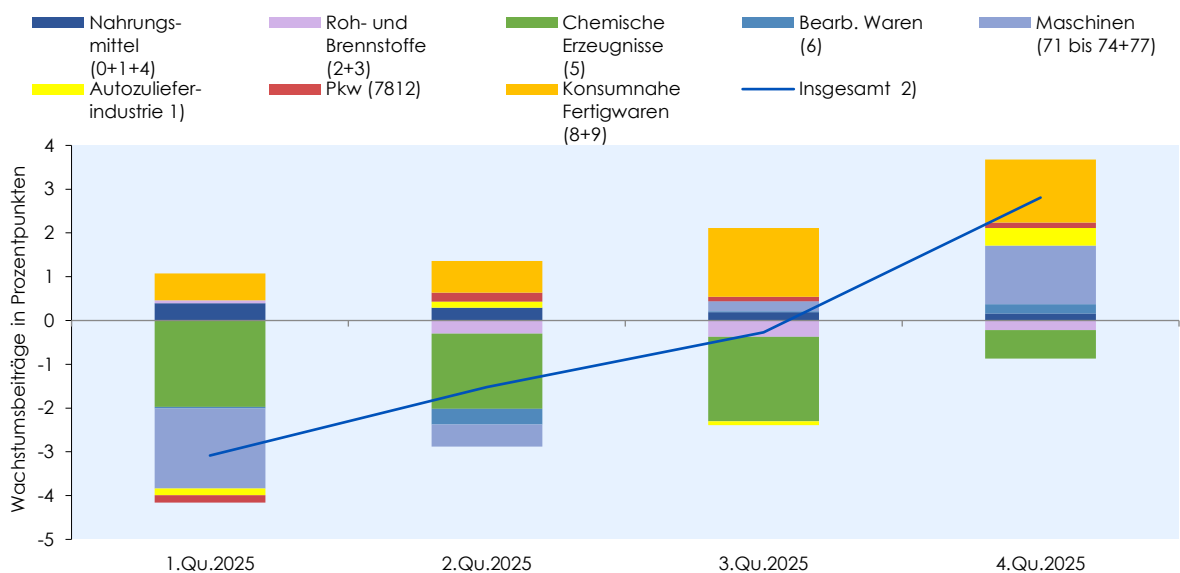
	Export Anteile in %	Export Veränd. in %	Import Anteile in %	Import Veränd. in %	Handelsbilanz Mrd. €	Handelsbilanz Veränd. in Mrd. €
Nahrungsmittel	8,7	3,2	9,5	6,7	-2,09	-0,67
Rohstoffe	3,2	5,9	3,6	-2,5	-0,86	0,52
Holz	1,2	17,8	0,8	3,0	0,73	0,31
Brennstoffe	2,6	-13,0	6,4	-10,7	-7,63	0,77
Chemische Erzeugnisse	15,9	-9,0	14,7	8,2	1,33	-5,19
Bearbeitete Waren	19,9	-0,2	14,5	1,9	9,39	-0,60
Papier	2,3	-3,9	1,2	-1,5	2,12	-0,14
Textilien	0,9	-2,6	1,0	-1,6	-0,26	-0,01
Eisen, Stahl	5,0	-4,3	2,3	-0,6	4,90	-0,40
Maschinen, Fahrzeuge	37,2	-0,2	34,5	3,4	2,90	-2,37
Maschinen	24,7	0,5	18,3	1,1	11,08	-0,13
Autozulieferindustrie	5,1	1,5	3,7	-1,5	2,33	0,25
Pkw	4,0	1,6	6,1	11,1	-4,32	-1,08
Konsumnahe Fertigwaren	12,4	9,6	16,9	11,0	-9,63	-1,24
Insgesamt	100,0	-0,5	100,0	4,1	-6,58	-8,78

Anmerkung: Maschinen (SITC 71 bis 74+77); Autozulieferindustrie (SITC 7132+7139+781-7812+784); Pkw (SITC 7812).

Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Importseitig entwickelten sich die Einfuhren sonstiger Waren und chemischer Erzeugnisse sowie Pkw-Importe im Jahresverlauf 2025 dynamisch. Auch Nahrungsmittelimporte legten deutlich zu. Die markante Verschlechterung der Handelsbilanz ist zum überwiegenden Teil auf den Außenhandel mit medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen (-4,5 Mrd. €) zurückzuführen. Zusätzlich verschlechterte sich auch der Saldo im Außenhandel mit Maschinen und Fahrzeugen um 2,4 Mrd. €, während sich die Energiebilanz um 0,8 Mrd. € leicht verbesserte.

Abbildung 3.6: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Warenexporte nach Warengruppen (SITC)

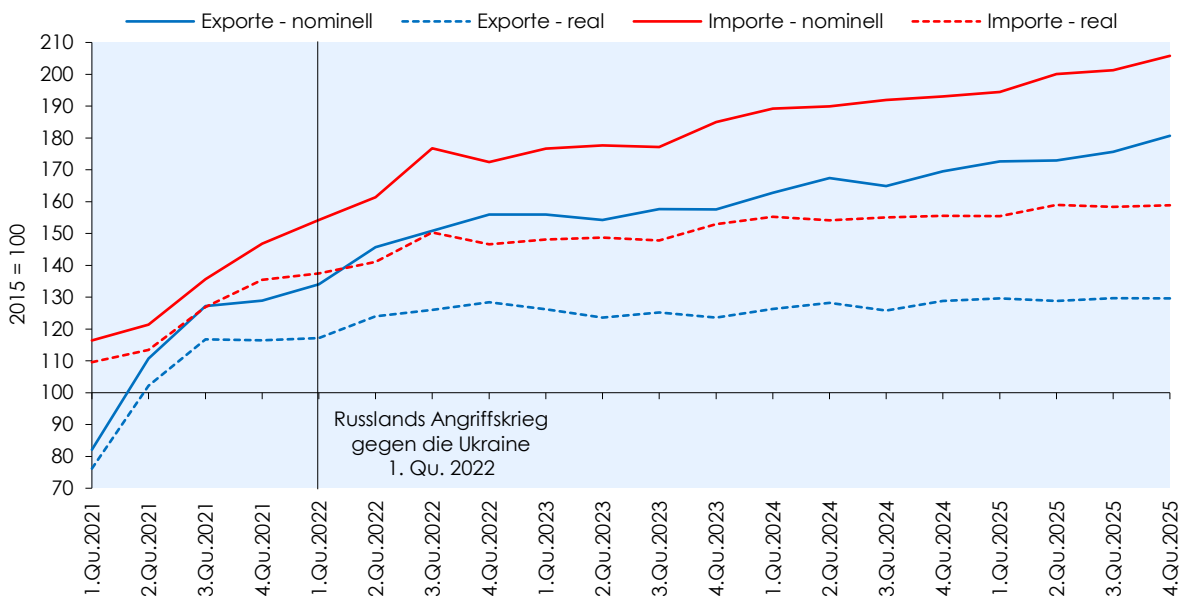


Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) SITC 7132+7139+781-7812+784. – 2) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

3.3 Dienstleistungsausßenhandel

Das träge wirtschaftliche und von geopolitischer Unsicherheit geprägte Umfeld sowie der relative Preisauftrieb im Tourismus dämpften die Wachstumsdynamik des preisbereinigten österreichischen Dienstleistungsausßenhandels im Jahr 2025. Die Entwicklung der preis- und saisonbereinigten Quartalsdaten zeigt eine überaus verhaltene Dynamik der Dienstleistungsexporte im Jahr 2025, die im gesamten Jahresverlauf kaum an Schwung gewann (Abbildung 3.7).

Abbildung 3.7: Entwicklung der Dienstleistungsexporte und -importe Österreichs laut VGR
Saisonbereinigt



Anmerkung: Um Saisoneffekte und Arbeitstage bereinigte reale Export- und Importwerte.

Quelle: Berechnungen der Statistik Austria.

Getrieben durch die globalen wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen dämpften auch die Hemmnisse im Dienstleistungshandel die aktuelle Wachstumsdynamik. So stiegen in der EU auf Grundlage der Meistbegünstigungsklausel die Handelsbeschränkungen im Dienstleistungshandel mit Drittländern um mehr als 5,7% (OECD, 2026b). Viele Volkswirtschaften, darunter auch die EU-Mitgliedsländer, setzen neue Instrumente in Kraft, wie Screening-Mechanismen für ausländische Direktinvestitionen, die unmittelbar auch die Erbringung von Dienstleistungen erschweren und somit mittelfristig die Entwicklung des Dienstleistungshandels belasten.

Das positive Preisdifferential gegenüber anderen bedeutenden Tourismusländern in Europa belastete im Jahr 2025 den heimischen Tourismus, der, wie auch der österreichische Warenexport, mit einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu kämpfen hatte. Der wachsende Abstand zwischen nomineller und realer Entwicklung spiegelt das im Dienstleistungsausßenhandel weiterhin steigende Preisniveau wider. So wurde die heimische Inflation im Jahr 2025 maßgeblich vom Tourismus getrieben. Die im Vergleich zu europäischen Mitbewerbern sinkende preisliche Wettbewerbsfähigkeit kann zudem auch nicht immer über Qualitätsvorsprünge ausgeglichen werden (Fritz, 2025). Im Jahr 2025 führte diese Entwicklung im Vorjahresvergleich laut den vorläufigen Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) der Statistik Austria zu einem kräftigen Anstieg der nominellen Dienstleistungsexporte um 5,2%, während die preisbereinigten (realen) Dienstleistungsexporte lediglich um 1,3% wuchsen (Übersicht 3.4). Diese positive reale Entwicklung in den Frühjahrs- und Sommermonaten 2025 ist vor

allem auf die starken Zuwächse bei den Reiseverkehrsexporten zurückzuführen, wenngleich sich die Dynamik im 4. Quartal 2025 wieder markant abschwächte (+0,4%). Insgesamt erwiesen sich die Dienstleistungsexporte allerdings robuster als die Warenexporte, die 2025 einen Wachstumseinbruch verzeichneten (real: -1,1%).

Übersicht 3.4: Österreichs Dienstleistungsaußenhandel lt. VGR im Überblick

	Export Nom. Mrd. €	Export Nom. Veränd. in %	Export Real Veränd. in %	Export Preise Veränd. in %	Import Nom. Mrd. €	Import Nom. Veränd. in %	Import Real Veränd. in %	Import Preise Veränd. in %	Handels- bilanz Nom. Mrd. €	Handels- bilanz Nom. Veränd. In Mrd. €	ToT Veränd. in %
2024	89,0	7,1	2,9	4,1	82,6	7,1	4,2	2,8	6,5	0,4	1,2
2025	93,7	5,2	1,3	3,9	86,5	4,8	1,8	3,0	7,2	0,7	0,9
1.Qu.2024	23,9	7,7	3,3	4,3	18,6	6,8	4,4	2,3	5,3	0,5	2,0
2.Qu.2024	19,6	6,0	1,3	4,7	20,4	7,3	4,1	3,1	-0,9	-0,3	1,5
3.Qu.2024	22,2	4,7	0,5	4,1	22,4	8,7	5,4	3,2	-0,2	-0,8	0,9
4.Qu.2024	23,3	9,8	6,4	3,2	21,2	5,5	2,8	2,6	2,1	1,0	0,6
1.Qu.2025	24,4	2,2	-1,1	3,3	18,9	1,8	-0,9	2,6	5,5	0,2	0,6
2.Qu.2025	20,8	6,1	3,3	2,8	21,6	5,7	3,5	2,1	-0,8	0,0	0,6
3.Qu.2025	23,7	6,5	3,1	3,3	23,5	4,9	2,2	2,6	0,2	0,3	0,7
4.Qu.2025	24,8	6,4	0,4	6,0	22,5	6,5	2,0	4,4	2,3	0,1	1,5

Anmerkung: Abweichungen zu den Daten laut Zahlungsbilanz ergeben sich aus Abgrenzungsunterschieden.

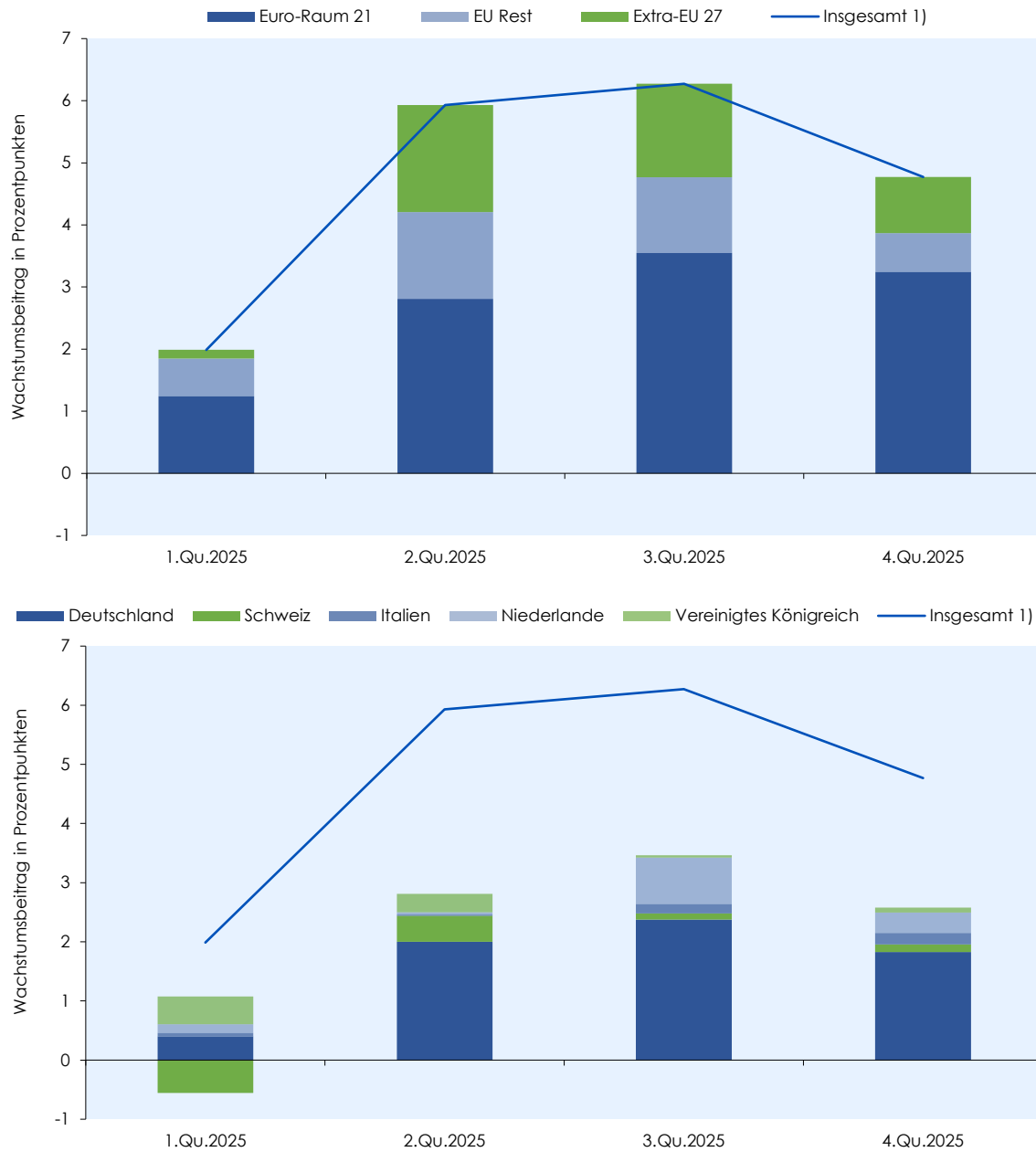
Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Auch die Dynamik der preisbereinigten Importe von Dienstleistungen blieb 2025 moderat und führte zu einem Anstieg der Einfuhren um real 1,8%. Insgesamt verbesserte sich der Dienstleistungssaldo um 0,7 Mrd. €. Nach den vorläufigen VGR-Daten der Statistik Austria haben sich die österreichischen Dienstleistungsimpporte real nach einem Rückgang im 1. Quartal 2025 (-0,9%) im weiteren Jahresverlauf erholt, wenngleich die Dynamik ab der Jahresmitte leicht an Schwung verlor. Getrieben wurde das Wachstum durch die Zunahme der importierten Unternehmensdienstleistungen sowie auch den starken Anstieg der Auslandsreisen von Österreicher:innen, besonders im 2. Quartal 2025. Wie bereits im Vorjahr spiegelt sich in der Verbesserung der Terms-of-Trade um 0,9% die Inflationsdifferenz zum Ausland, die vor allem im Tourismus zu höheren Preisen im Inland (Reiseverkehrsexport) als im Ausland (Reiseverkehrsimport) führte, wider. Die Dienstleistungshandelsbilanz verbesserte sich in Jahr 2025 um 0,7 Mrd. € auf +7,2 Mrd. € (Übersicht 3.4).

Das starke nominelle Wachstum der Dienstleistungsexporte im Jahr 2025 (+4,7%) laut Zahlungsbilanz war regional breit gestreut, die stärksten Wachstumsbeiträge kamen vom Intra-EU-Raum. Nach vorläufigen Daten der Zahlungsbilanzstatistik der OeNB (Übersicht 3.5) wuchsen die österreichischen nominellen Intra-EU-Dienstleistungsexporte im Jahr 2025 um 4,8%, die Extra-EU-Exporte expandierten im gleichen Zeitraum um 4,2%²⁴⁾. Die Nachfrage aus der EU entwickelte sich im gesamten Jahresverlauf sehr positiv, belebte sich allerdings ab dem 2. Quartal 2025 merklich. **Innerhalb der EU trugen vor allem Dienstleistungsexporte in die Euroländer, allen voran nach Deutschland, zum Gesamtwachstum bei (Abbildung 3.8).**

²⁴⁾ Detaillierte Auswertungen des Dienstleistungsaußenhandels nach Partnerregionen bzw. -ländern oder nach Dienstleistungsarten sind ausschließlich auf Basis der Zahlungsbilanzstatistik der OeNB und nur zu laufenden Preisen (nominell) möglich. Unterschiede zum Dienstleistungsverkehr laut VGR (Übersicht 3.4) sind vor allem auf Abgrenzungsunterschiede im Reiseverkehr zurückzuführen.

Abbildung 3.8: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-5-Exportmärkten



Anmerkung: EU Rest = Dänemark, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn.
 Quelle: OeNB, Statistik Austria. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Positive Wachstumsbeiträge lieferten auch die Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Länder sowie in der zweiten Jahreshälfte auch nach Italien und die Niederlande. Ausschlaggebend dafür war neben dem Wintertourismus, der traditionell von Gästen aus Deutschland, Italien, den Niederlanden sowie Ost- und Mitteleuropa getragen wird, auch die lebhaftere Auslandsnachfrage im Sommertourismus.

Übersicht 3.5: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Regionen und Top-10-Exportmärkten, 2025

Nominell

	Export Anteile in %	Export Veränd. in %	Import Anteile in %	Import Veränd. in %	Saldo Mio. €	Saldo Veränd. in Mio. €
Intra-EU 27	75,5	4,8	75,0	4,1	5.456	682
Euro-Raum 21	64,0	4,2	61,9	4,4	6.046	141
EU-Rest	11,5	8,5	13,1	2,7	-590	541
MOEL 5	9,8	8,7	12,7	0,3	-1.862	701
Extra-EU 27	24,5	4,2	25,0	2,6	1.232	367
BRICS	1,7	1,0	2,3	-6,3	-448	150
Deutschland	40,9	3,9	28,2	3,2	13.699	697
Schweiz	6,5	0,1	4,2	-4,2	2.460	164
Italien	4,7	2,3	5,4	4,3	-273	-91
Niederlande	4,4	7,7	3,5	8,9	1.114	50
Vereinigtes Königreich	4,0	5,7	4,6	4,6	-225	27
USA	4,0	4,5	5,0	7,3	-573	-135
Tschechien	2,7	9,6	2,4	2,2	432	179
Ungarn	2,4	5,1	2,8	-0,5	-140	121
Frankreich	2,2	7,0	2,3	1,9	59	96
Polen	2,1	12,7	3,2	-1,9	-818	271
Insgesamt	100,0	4,7	100,0	3,7	6.688	1.049

Anmerkung: Daten laut Zahlungsbilanz; Abweichung zu den Daten laut VGR ergeben sich aus Abgrenzungsunterschieden.

EU Rest = Dänemark, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn; MOEL 5 = Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn;

BRICS = Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika.

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die Nachfrage aus den Extra-EU-Ländern legte ab dem Frühjahr 2025 deutlich zu. Dies wurde vom starken Sommertourismus gestützt und war regional breit gestreut. Während im 1. Quartal 2025 vom heimischen Extra-EU-Dienstleistungsexport nur geringe positive Impulse ausgingen, die lediglich von dem Vereinigten Königreich stammten, zeichnete sich mit dem Frühjahr 2025 eine spürbare Erholung ab, sodass auch die österreichische Dienstleistungserbringung in anderen außereuropäischen Ländern einen positiven Wachstumsbeitrag verzeichnete. Der Gesamtzuwachs der Dienstleistungsexporte war regional breit verankert, wobei sich die Wachstumsbeiträge in den einzelnen Quartalen sehr unterschiedlich zusammensetzten. Während im 2. Quartal 2025 neben dem Vereinigten Königreich auch positive Beiträge von den Dienstleistungsexporten in die Schweiz und die USA kamen, trugen im zweiten Halbjahr auch weitere Extra-EU-Länder zum Gesamtzuwachs der Dienstleistungsexporte bei. Diese Entwicklung wurde maßgeblich von der lebhaften Auslandsnachfrage im Sommertourismus gestützt. Die österreichischen Intra-EU-Dienstleistungsimporte (+4,1%) wuchsen 2025 dynamischer als die Extra-EU-Importe (+2,6%). Insgesamt blieb die Dynamik der Dienstleistungsimporte allerdings hinter jener der Exporte zurück, sodass sich der Dienstleistungssaldo um 1 Mrd. € verbesserte.

Nach einem verhaltenen Wachstum im 1. Quartal 2025 belebte sich der Reiseverkehr ab dem Frühjahr 2025 deutlich, die relative Preisentwicklung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern schwächte allerdings zunehmend die österreichische Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem die starken heimischen Preissteigerungen im Beherbergungs- und Gaststättenwesen führten im Jahresverlauf 2025 zu einer zunehmenden Zurückhaltung bei den Ausgaben ausländischer Gäste (Fritz, 2025). Das Wachstum der Reiseverkehrsexporte betrug im Jahr 2025 6,6% (Übersicht 3.6). Der Reiseverkehr erreichte damit einen Anteil an den gesamten Exporteinnahmen des Dienstleistungssektors von rund 28%. Der traditionelle Überschuss im Außenhandel mit Reiseverkehrsdienstleistungen verbesserte sich um rund 0,9 Mrd. € auf einen Saldo von +9,8 Mrd. €.

Übersicht 3.6: Entwicklung des österreichischen Dienstleistungsaußenhandels laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten, 2025

Nominell

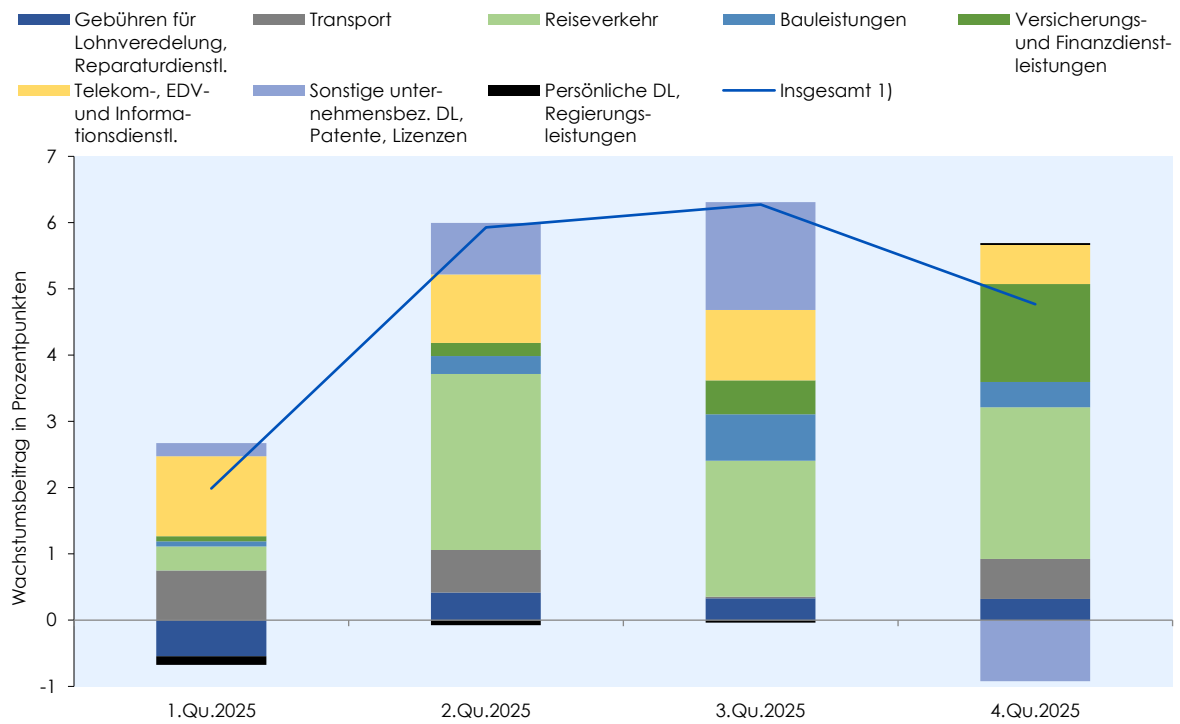
	Export Anteile in %	Export Veränd. in %	Import Anteile in %	Import Veränd. in %	Saldo Mio. €	Saldo Veränd. in Mio. €
Gebühren für Lohnveredelung, Reparaturdienstleistungen	3,7	3,0	5,9	3,3	-1.611	-61
Transport	22,3	2,2	23,1	-0,1	811	480
Reiseverkehr	27,7	6,6	18,6	4,5	9.771	902
Bauleistungen	1,6	26,0	1,4	28,7	332	46
Versicherungs- und Finanzdienst- leistungen	4,0	16,0	4,3	-7,2	29	804
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	12,9	7,7	14,0	6,6	-76	121
Sonst. Unternehmensdienstleistungen, Patente, Lizenzen	26,0	1,5	29,5	6,0	-1.352	-1.108
Persönliche Dienstleistungen, Regierungs- leistungen	1,7	-2,9	3,2	3,2	-1.216	-135
Insgesamt	100,0	4,7	100,0	3,7	6.688	1.049

Quelle: OeNB, Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die Exporte von Transportdienstleistungen wuchsen um 2,2%. Transportdienstleistungen sind eng mit dem grenzüberschreitenden Warenhandel verbunden. Auf die Exporte der Transportdienstleistungen entfielen 2025 rund 22% der Einnahmen aus dem Dienstleistungsexport. Transporte werden dabei zum Großteil im Straßenverkehr erbracht. Der Export von Transportdienstleistungen wuchs um insgesamt 2,2% gegenüber dem Vorjahr, wobei der Wachstumsbeitrag im 3. Quartal 2025 abebbte, zuletzt aber wieder deutlich positiv ausfiel (Abbildung 3.9). Der Saldo erreichte einen Überschuss von rund 0,8 Mrd. € (Übersicht 3.6).

Die Exporte von unternehmensbezogenen Dienstleistungen lieferten bis zum 3. Quartal 2025 einen positiven Wachstumsbeitrag und stiegen um 1,5% gegenüber dem Vorjahr. Wie Transportdienstleistungen sind die unternehmensbezogenen Dienstleistungen eng mit den internationalen Warenlieferungen verwoben. Während der Export von unternehmensbezogenen Dienstleistungen bis Ende September 2025 noch positiv zum Wachstum beitrug, fiel der Wachstumsbeitrag im 4. Quartal negativ aus. Der Anteil der unternehmensbezogenen Dienstleistungen an den Dienstleistungsexporten, zu denen technische Dienstleistungen, Rechts- und Unternehmensdienstleistungen sowie Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen gehören, lag 2025 bei 26,0%. Die Importe in diesem Bereich expandierten deutlich stärker (+6,0%), sodass der Saldo ein Defizit von rund 1,4 Mrd. € erreichte.

Abbildung 3.9: Wachstumsbeiträge zur Entwicklung der österreichischen Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz nach Dienstleistungsarten



Quelle: OeNB, Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

4. Österreichischer Außenhandel: Erwartungen und kurzfristige Prognose 2026 bis 2027

Elisabeth Christen

4.1 Kurzfristige Prognose des Waren- und Dienstleistungsaus- handels

Die kurzfristige Prognose stützt sich in Bezug auf die Annahmen zu der internationalen Konjunktur, den Weltmarktpreisen für Rohstoffe, Energie und Vorleistungen sowie der Stimmungslage und den Einschätzungen der Unternehmen auf den Informationsstand von Mitte März 2026. Der Prognosezeitraum reicht vom 1. Quartal 2026 bis zum 4. Quartal 2027.

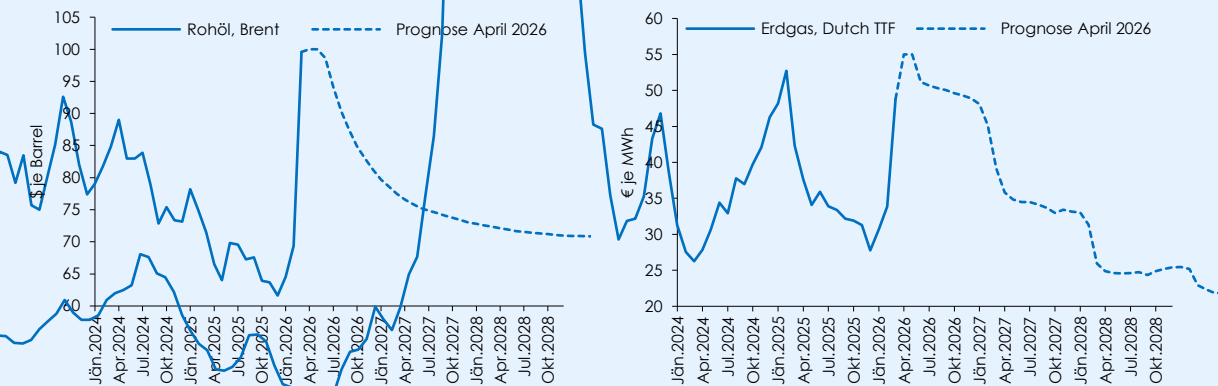
Nach der rückläufigen Entwicklung des österreichischen Warenexports im Jahr 2025 (real -1,1%), wird für 2026 und 2027 ein Zuwachs von 0,7% bzw. 1,8% prognostiziert. Der Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen verzeichnete 2025 einen Anstieg von 0,3%, im Jahr 2026 und 2027 könnte ein Wachstum um 1,5% bzw. 2,2% erzielt werden. Der österreichische Warenexport verzeichnete angesichts der moderaten Konjunkturerholung und anhaltenden Schwäche der Investitionsgüternachfrage besonders im ersten Halbjahr 2025 deutliche Einbußen. Allerdings schwächten sich mit Fortsetzung der moderaten wirtschaftlichen Expansion in den wichtigsten Handelspartnern die Exporteinbußen stetig ab und drehten im 4. Quartal 2025 in einen Zuwachs der österreichischen Warenexporte real um 3,2% (vgl. Übersicht 3.1 im Kapitel 3). **Auch gegen Jahresende 2025 zeigten sich die globale Industriekonjunktur und der weltweite Warenhandel aufwärtsgerichtet und die Weltwirtschaft befand sich, trotz der unstillen handelspolitischen Rahmenbedingungen und vor dem Ausbruch der militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, auf einem moderaten Expansionskurs.** Die Unsicherheit über die Dauer und den weiteren Verlauf des Konflikts dämpft allerdings das Investitionsklima und die Konjunkturerholung (Scheiblecker & Ederer, 2026). Insgesamt belasten der zunehmende Protektionismus und die träge Industriekonjunktur, vor allem aufgrund hoher Energiekosten, auch in den kommenden Jahren den Warenhandel stärker als den Handel mit Dienstleistungen (Sultan, 2026).

Auch die Zollpolitik der USA bleibt im Jahr 2026 mit hoher Unsicherheit behaftet. Wenngleich der Oberste Gerichtshof der USA am 20. Februar 2026 die meisten – auf Basis des "International Emergency Economic Powers Act" (IEEPA) – im Laufe des Vorjahres eingeführten „reziproken“ Zölle für verfassungswidrig erklärte und rückwirkend aufhob, verhängte die US-Regierung auf Basis einer anderen Rechtsgrundlage (Section 122 des Trade Act) einen neuen Ad-valorem-Zollsatz in Höhe von 10%, der vorerst bis zu 150 Tage lang für alle Handelspartner angewendet wird. Diese neuen Zölle traten am 24. Februar 2026 in Kraft. Die weitere Ausgestaltung der Zölle nach Ablauf dieser Frist bleibt offen und bringt eine weitere erhebliche Unsicherheit für den Welthandel und die österreichischen Warenausfuhren mit sich.

Kasten 4.1: Energiepreissteigerungen infolge der geopolitischen Konflikte im Nahen Osten

Als unmittelbare Folgen des Iran-Kriegs verteuerten sich Rohöl und Erdgas stark. Wenngleich sich durch die Blockade der Straße von Hormus für Österreich unmittelbar keine Versorgungsengpässe abzeichnen, belasten die steigenden Energiepreise die österreichische Industrie und Konjunkturerholung. Abbildung K4.1 zeigt die Energiepreisentwicklung seit 2021 und den sprunghaften Anstieg der Rohöl- und Erdgaspreise mit Ausbruch der militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten. So stieg der Rohölpreis der Sorte Brent von durchschnittlich rund 68 \$ je Barrel im Jahr 2025 auf rund 110 \$ im März 2026. Der Preis verweilte trotz einiger Schwankungen bedingt durch die volatile Situation bis Anfang April 2026 über der 100 \$-Marke. Auch der internationale Erdgaspreis (Dutch TTF) schnellte von durchschnittlich 36 € je MWh im Jahr 2025 auf rund 50 € je MWh im März 2026. Wenngleich die aktuellen Future-Preise eine rückläufige Entwicklung der Energiepreise ab den Sommermonaten 2026 erwarten lassen, bleiben die Energiepreise doch über den gesamten Prognosezeitraum deutlich über dem Vorkriegsniveau und werden laut WIFO-Prognose vom April 2026 die Konjunkturerholung im Euro-Raum sowie auch in Österreich dämpfen und einen vorübergehenden Anstieg der Inflation hervorrufen (Scheiblecker & Ederer, 2026). In der WIFO-Frühjahrsprognose wird unter den im Hauptszenario unterstellten Rahmenbedingungen zur Energiepreisentwicklung eine Inflationsrate von 2,7% im Jahresdurchschnitt 2026 erwartet. Für 2027 wird unter der Annahme einer Verbilligung von Erdöl (-14%) und Erdgas (-24%) von einem Rückgang der Inflation auf 2,3% ausgegangen.

Abbildung K4.1: Realisierte und prognostizierte Entwicklung der Energiepreise



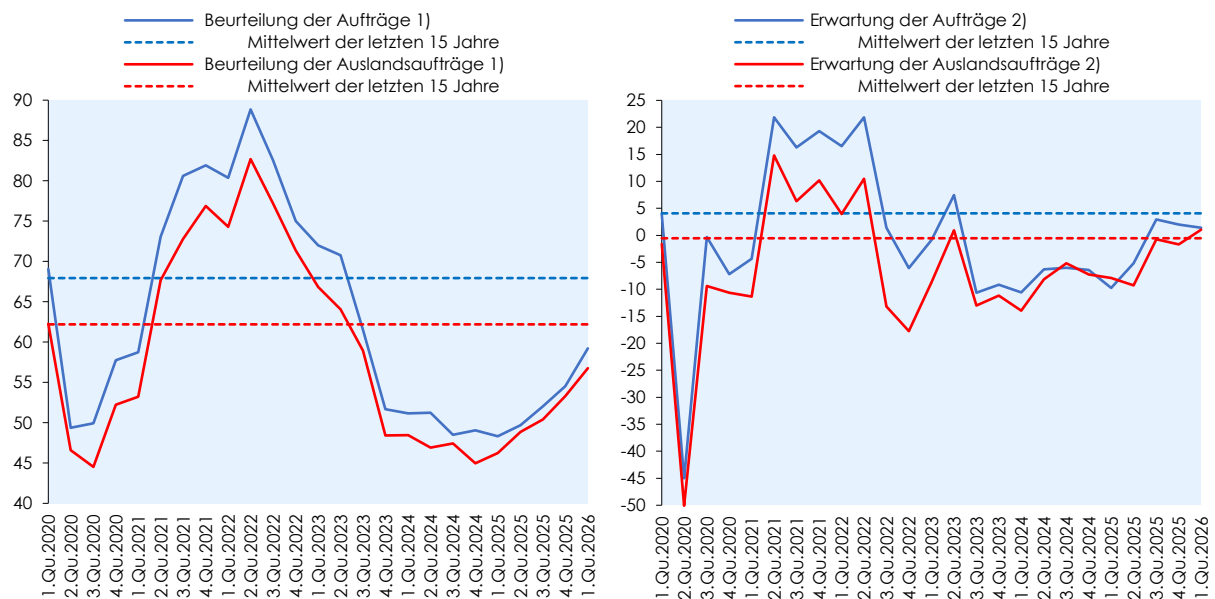
Quelle: HWWI, Intercontinental Exchange, Nymex, Macrobond, OeNB, WIFO-Berechnungen.

Im Hauptszenario der WIFO-Prognose vom April 2026 wird eine kurze Dauer des Nahost-Konflikts unterstellt, die aber zu einer deutlichen Steigerung der Preise für fossile Energieträger in den Prognosejahren 2026 und 2027 führt. Die Annahmen zum Erdölpreis gehen von einem Anstieg von 68,2 \$ je Barrel im Jahr 2025 auf 88 \$ je Barrel bzw. 76 \$ je Barrel in den beiden Jahren 2026 und 2027 aus. Auch beim Erdgas zeichnet sich nach 36,7 € je MWh im Jahr 2025 eine Verteuerung auf 64 € je MWh bzw. 58 € je MWh über den Prognosezeitraum ab (siehe Übersicht 4.1). Die hohen Preise für fossile Energieträger werden sich über die Produktions- und Lieferketten auch in den Preisen nachgelagerter Waren niederschlagen und beispielsweise Düngemittel, Nahrungsmittel und chemische Erzeugnisse verteuern.

Die wichtigsten umfragebasierten Vorlaufindikatoren weisen für das Frühjahr 2026 auf eine weitere moderate Erholung in der österreichischen Exportentwicklung hin. Allerdings sind in diesen die Auswirkungen des Nahost-Konflikts nur bedingt abgebildet. Die zuversichtlichen Einschätzungen zur aktuellen Auftragslage in der Industrie, die sich im Jahresverlauf stetig verbesserten, setzten sich laut der WIFO-Konjunkturumfrage vom März 2026 auch im 1. Quartal 2026 fort, wenngleich sie schon von den militärischen Auseinandersetzungen im Nahost-Konflikt überschattet werden (Abbildung 4.1). Rund 57% der Unternehmen – und damit noch weniger als im langfristigen Durchschnitt von 62% – berichteten im März 2026 von zumindest ausreichenden

Exportaufträgen. Auch die Zuversicht der Unternehmen bei den Erwartungen zur Entwicklung der Auslandsaufträge in den kommenden drei Monaten hat sich ab der Jahresmitte 2025 markant verbessert und erstmals erwartete im 1. Quartal 2026 wieder die Mehrheit der Unternehmen in den nächsten Monaten steigende Aufträge aus dem Ausland. Der positive Saldo bei den Erwartungen der Auslandsaufträge übertraf zum Jahresbeginn 2026 auch wieder den langfristigen Durchschnitt. Entscheidend für diesen positiven Trend war die Stimmung und Auftragslage in den Investitionsgüterbranchen, die sich bereits ab dem Frühjahr 2025 aufhellte. Sie sind die wichtigsten Träger der österreichischen Exportwirtschaft. Aber auch bei den industriellen Vorprodukten und dauerhaften Konsumgütern haben sich die Erwartungen der Unternehmen gegen Jahresende 2025 verbessert. Aufgrund des Kriegs im Iran trübten sich die Erwartungen der Unternehmen für die kommenden Monate in diesen Bereichen zuletzt wieder leicht ein (Hözl et al., 2026).

Abbildung 4.1: Beurteilung und Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung



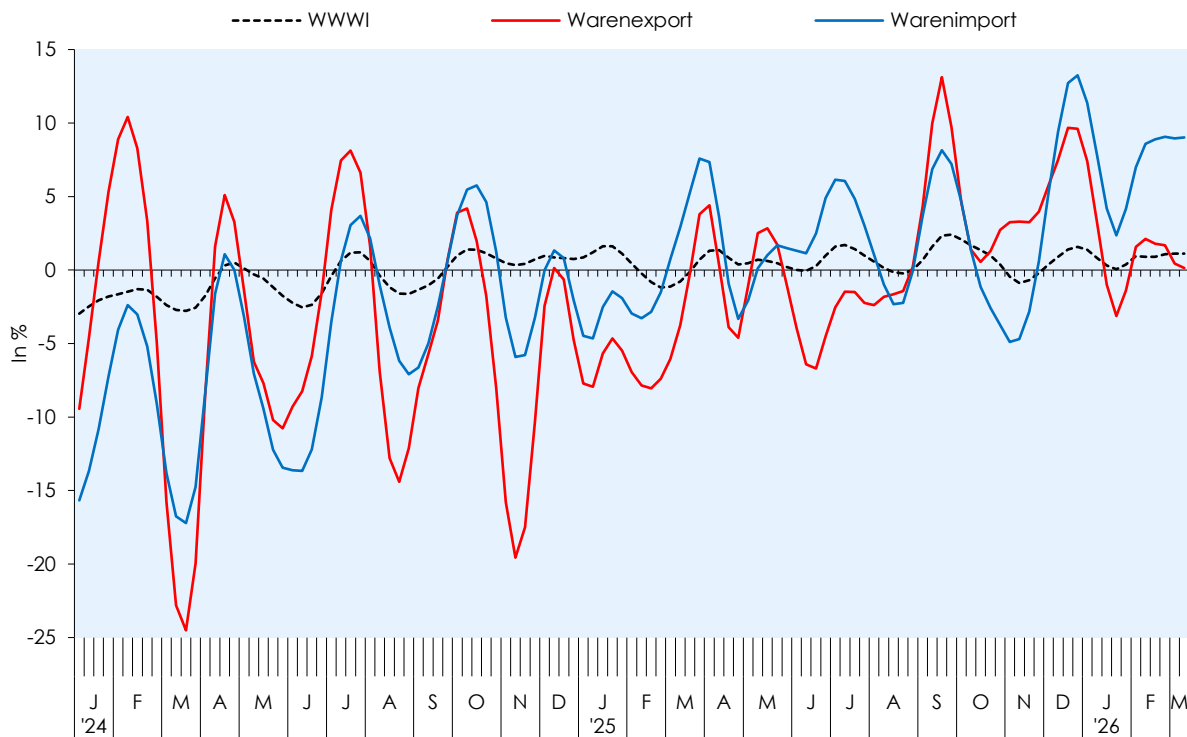
Quelle: WIFO-Konjunkturtest, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Anteil der Unternehmen, die ihre Aufträge bzw. Auslandsaufträge als "ausreichend" oder "mehr als ausreichend" beurteilen in %. – 2) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten steigende Aufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten sinkende Aufträge erwarten in Prozentpunkten.

Auch der wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI)²⁵⁾ für den Warenexport, mit Stand von Mitte März 2026, deutet nach dem Aufwärtstrend im Februar 2026 für die erste Märzhälfte 2026 wieder eine Verschlechterung der Exportentwicklung an (Abbildung 4.2). Auch diese Abschwächung ist eine Folge der hohen geopolitischen Unsicherheit infolge des Nahost-Konflikts. Derzeit ist die Erholung bei den Warenexporten stets nur von kurzer Dauer, eine deutliche

²⁵⁾ Der WWWI ist ein Maß für die realwirtschaftliche Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft auf wöchentlicher Basis. Er beruht auf wöchentlichen, monatlichen und vierteljährlichen Indikatoren. Der Index ist auf die Werte der Veränderungsrate des BIP bzw. der Teilindikatoren gegenüber einer entsprechenden Referenzperiode skaliert (https://www.wifo.ac.at/themen/konjunktur_und_prognosen/woechentlicher_wifo_wirtschaftsindex).

Trendwende und nachhaltige Erholung der Exportwirtschaft zeichnen sich auf Grundlage der Vorlaufindikatoren derzeit nicht ab.

Abbildung 4.2: Die Entwicklung des wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex



Quelle: WIFO-Berechnungen.

Aufgrund der schwachen Auslandsnachfrage und der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit kam es laut Außenhandelsstatistik der Statistik Austria im Gesamtjahr 2025 zu einem Rückgang der österreichischen Warenexporte um preisbereinigt (real) 1,1%. Die Konjunkturerholung auf wichtigen europäischen Absatzmärkten setzte nur zögerlich ein, zudem belasteten die erhöhte geopolitische Unsicherheit infolge der US-Zollpolitik (siehe Kapitel 2 und 3) und die schwache Nachfrage nach Investitionsgütern die heimische Exportdynamik. Besonders die fehlenden Impulse aus der exportorientierten Industrie in Deutschland und der kräftige Wachstumseinbruch der Ausfuhren in die USA aufgrund der protektionistischen Zollpolitik sowie der Abwertung des US-Dollar dämpften die österreichische Exportkonjunktur. Das positive Preisdifferenzial zu europäischen Mitbewerbern, die österreichische Wettbewerbsfähigkeit und der Wettbewerbsdruck der heimischen Industrie, vor allem durch chinesische Mitbewerber, belasten die österreichischen Exporte zusätzlich. Ersteres beeinträchtigt besonders die Kosten- und Preisposition der österreichischen Industrie. Aufgrund von Verlusten in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und eines negativen Warenstruktureffekts durch die schwache Investitionsnachfrage bei den Handelspartnern kam es im Jahr 2025 zu deutlichen Marktanteilsverlusten für die österreichische Exportwirtschaft (vgl. Kapitel 3).

Der Rückgang der österreichischen Exporte von real 1,1% stand im Jahr 2025 deutlich im Gegensatz zum Wachstum der österreichischen Exportmärkte auf Basis der Importprognosen der wichtigsten Handelspartner (Abbildung 4.3). Die negative Entwicklung der österreichischen Ausfuhren ist ein Spiegelbild der Investitionsgüterschwäche, wobei hier besonders die schwache Nachfrage Deutschlands negativ durchschlug (siehe Kapitel 3). Dagegen lag das

Wachstum der Exportmärkte auf Basis der internationalen Konjunkturdaten mit 3,8% über der Veränderung der österreichischen Warenausfuhren. Gleichzeitig nahm die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen nach der deutlichen Verschlechterung im Vorjahr auch 2025 weiter ab. Folglich gingen in der österreichischen Industrie daher im Jahr 2025 nicht nur die nominellen Marktanteile österreichischer Exporteure zurück, sondern auch die um Preis- und Wechselkurseffekte bereinigten realen Exportmarktanteile. Auch im Prognosejahr 2026 wird die österreichische Exportwirtschaft ihre Marktposition in den Partnerländern nicht auf dem aktuellen Niveau halten können. Der real-effektive Wechselkursindex für Industriewaren, auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex, dürfte auch im Prognosejahr 2026 mit einer Rate von 1,1% ansteigen, und sich erst 2027 wieder etwas stabilisieren (Übersicht 4.1).

Übersicht 4.1: Prognose des österreichischen Außenhandels und weiterer Kennzahlen

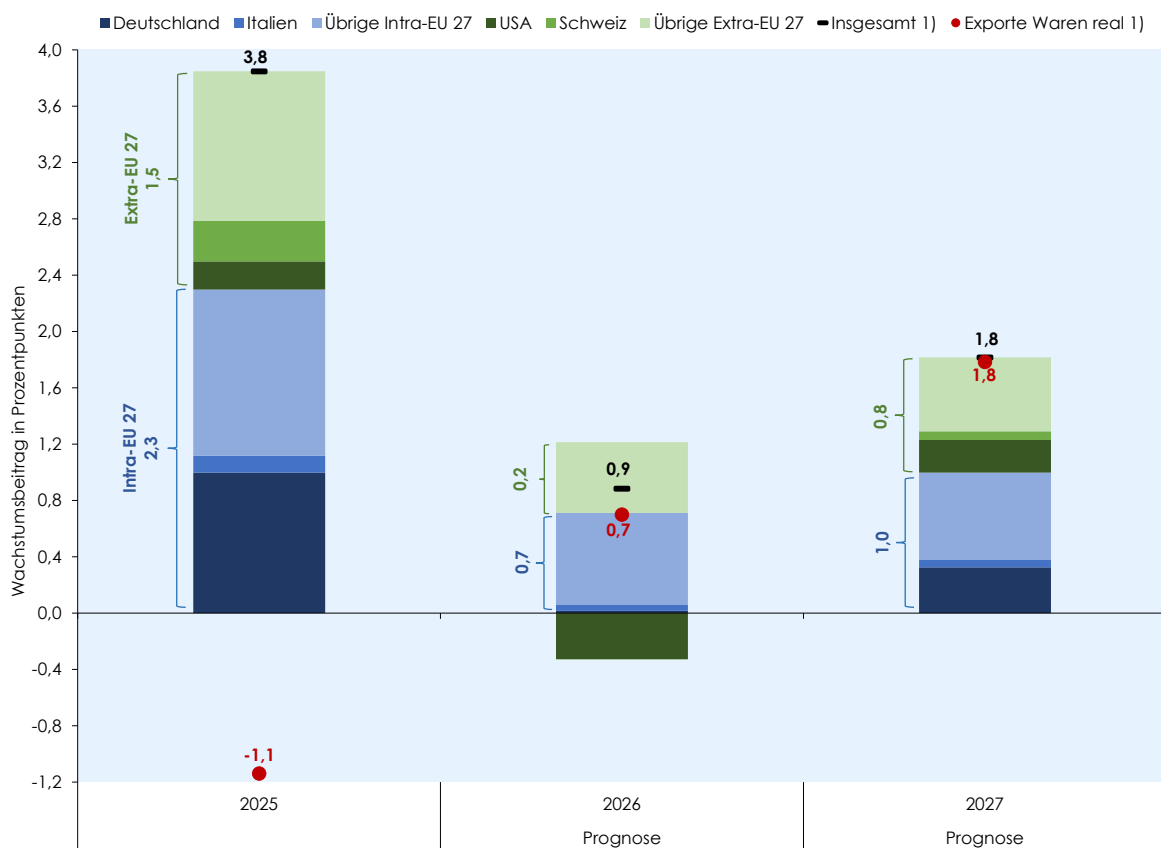
	2025	2026 Prognose	2027 Prognose
<i>Veränderung gegen das Vorjahr in %</i>			
Marktwachstum Österreich ¹⁾	3,8	0,9	1,8
Exporte real ²⁾ insgesamt	0,3	1,5	2,2
Waren lt. AH-Statistik	-1,1	0,7	1,8
Waren, fob	-0,2	0,7	1,8
Dienstleistungen	1,3	3,2	3,0
Importe real ²⁾ insgesamt	1,7	1,0	2,0
Waren lt. AH-Statistik	4,8	0,7	1,6
Waren, fob	1,7	0,7	1,6
Dienstleistungen	1,8	1,7	2,8
Terms-of-Trade (Waren)	1,3	-0,8	0,1
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren			
Nominell	1,3	0,8	0,3
Real	2,2	1,1	0,4
Erdölpreis, Brent, \$ je Barrel	-14,6	29,0	-13,6
Erdölpreis, Brent, € je Barrel	-18,1	25,6	-13,6
Mrd. €			
Handelsbilanz Waren lt. AH-Statistik, nominell	-6,6	-8,2	-7,9
In % des BIP	-1,3	-1,6	-1,4
Leistungsbilanz nominell	9,5	8,2	7,6
In % des BIP	1,9	1,5	1,4

Quelle: WIFO-Prognose vom Dezember 2024. – ¹⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen. – ²⁾ Referenzjahr 2015, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Mit dem anhaltenden moderaten Aufschwung der globalen Konjunktur und Industrieproduktion dürften 2026 positive Impulse aus der Weltwirtschaft wirksam werden. Aufgrund der schwachen Investitionsgüternachfrage werden sich die heimischen Exporte allerdings nur geringfügig erhöhen und lassen einen preisbereinigten Zuwachs von 0,7% erwarten. Mit der Belebung der Konjunktur in den Haupthandelspartnern dürfte der leichte Exportzuwachs im Jahr 2026 vorwiegend vom Intra-EU-Handel getragen werden (Abbildung 4.3). Begünstigend für die Entwicklung im Jahr 2026 dürfte dabei vor allem die steigende Importnachfrage aus den MOEL 5 sein, während von Deutschland kaum Wachstumsimpulse ausgehen werden. **Der Konjunkturaufschwung in Deutschland 2026 wird vor allem von der Erhöhung der Rüstungsausgaben und der Ausweitung des öffentlichen Konsums profitieren, wovon für Österreich kaum Impulse für die heimischen exportorientierten Unternehmen zu erwarten sind.** In Österreich ist daher auch 2026 noch keine deutliche Belebung der Industriekonjunktur abzusehen. Negative Impulse zeichnen sich 2026 auch hinsichtlich Österreichs zweitwichtigstem Handelspartner, den USA, ab. Die handelspolitischen Hürden und die Unsicherheit über die weitere US-Zollpolitik belasten

die transatlantischen Handelsbeziehungen. Wettbewerbsnachteile werden im Jahr 2026 weiterhin auch durch Umlenkungseffekte der Handelsströme aufgrund der industrie- und handelspolitischen Maßnahmen der USA gegenüber anderen Märkten wie China spürbar werden, wenn Unternehmen aus diesen Ländern ihre Verluste am US-Markt mit Exporten nach Europa zu kompensieren versuchen. Zusätzliche Unsicherheit geht auch von den militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten aus, deren Dauer, Intensität und Verlauf kaum abschätzbar sind (vgl. Kapitel 2 und Kasten 4.2). Dieses unsichere Umfeld wird der wichtigste Hemmschuh für eine starke Erholung der Investitionstätigkeit sein. Auch durch die schwache Nachfrage nach Investitionsgütern lassen sich 2026 kaum Impulse für die heimische Exportwirtschaft ableiten.

Abbildung 4.3: Wachstum der österreichischen Exportmärkte – 2025 und Prognose 2026 bis 2027 nach Regionen und den Top-Exportmärkten



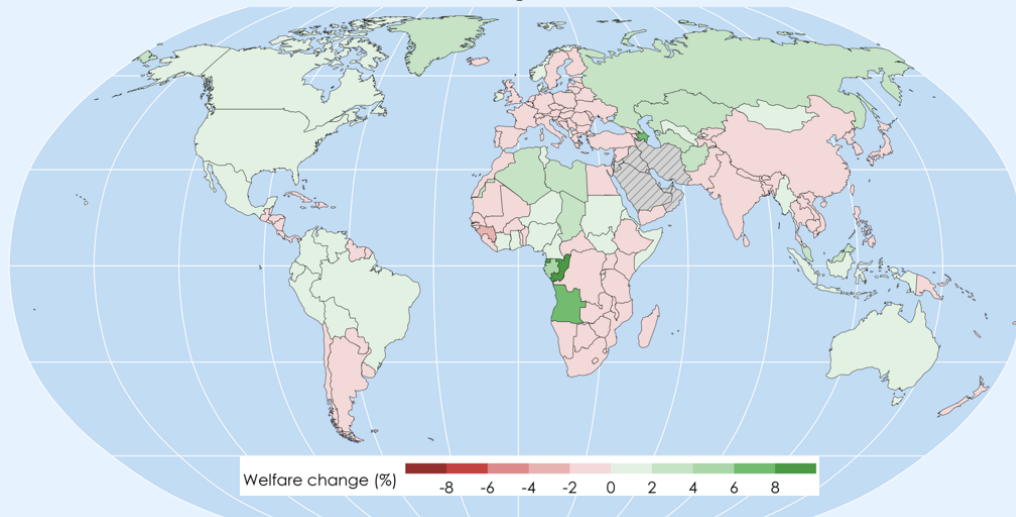
Quelle: WIFO-Prognose vom April 2026, WIFO-Berechnungen. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

Kasten 4.2: Effekte des militärischen Konflikts im Nahen Osten auf die österreichische Wirtschaft

Trotz der hohen handelspolitischen Unsicherheit und Belastungen expandierte der Welthandel im Jahr 2025 mit 4,6% deutlich stärker als erwartet, vor allem auch aufgrund von Vorzieheffekten infolge der protektionistischen US-Zollpolitik. Im jüngsten Ausblick geht die Welthandelsorganisation (WTO, 2026) davon aus, dass sich das Wachstum des weltweiten Warenhandels im Jahr 2026 auf 1,9% verlangsamen wird. In einem Szenario, in dem die Preise für Rohöl und verflüssigtes Erdgas (LNG) im gesamten Jahr 2026 hoch bleiben, würde sich die Prognose des Welthandels für dieses Jahr um 0,5 Prozentpunkte und für Regionen, die von Energieimporten stark abhängig sind, um bis zu 1,0 Prozentpunkt verringern. Folglich würde in diesem Szenario der weltweite Warenhandel lediglich um 1,4% wachsen.

Die Sperrung der Straße von Hormus, durch die rund ein Fünftel des weltweiten Erdöls und ein Viertel des Flüssiggases transportiert werden, bewirkt neben der unmittelbaren Verteuerung von fossilen Energieträgern (siehe Kasten 4.1) auch deutliche Wohlfahrtsverluste. Mit Hilfe des KITE-Modells²⁶⁾, ein allgemeines Gleichgewichtsmodell des internationalen Handels, können die Auswirkungen dieser anhaltenden Handelsstörung quantifiziert werden, indem der Energiepreisschock sowohl in einer kurzfristigen (geringe Substitution) als auch langfristigen Sicht (stärkere Marktanpassung) abgebildet wird. Österreich verzeichnet moderate, aber eindeutig negative kurzfristige makroökonomische Auswirkungen durch eine Schließung der Straße von Hormus. Die Wohlfahrt sinkt um 0,15% und die reale Gesamtproduktion sinkt um 0,14%. Aufgrund der Energiepreiserhöhungen steigt zudem der Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Referenzszenario um 0,15% (Pokhrel, 2026). Stärkere negative Effekte zeichnen sich für die EU ab, deren Wohlfahrt kurzfristig um 0,25% zurückgehen könnte. In einer ähnlichen Analyse (Hinz et al., 2026b) wird das KITE-Modell um einen Engpass-Effekt, der die asymmetrische Kostenweitergabe über kritische Inputs abbildet, erweitert. Unter diesen Annahmen fallen die realen Einkommensverluste für die EU stärker aus (-0,4%), während die sektoralen Preiseffekte ein sehr ähnliches Bild zeigen. Neben den direkten Energiepreissteigerungen zeichnen sich über die Weitergabe des Preisschocks auch in Downstream-Sektoren, allen voran bei chemischen Erzeugnissen wie Düngemittel und bei Nahrungsmitteln, eine deutliche Verteuerung ab.

Abbildung K4.2 Globale Wohlfandsverluste durch Schließung der Straße von Hormus in der kurzfristigen Sicht



Anmerkung: Betroffene Länder des Nahost-Konflikts aus der Darstellung ausgenommen.

Quelle: WIFO-Berechnungen mit Hilfe des KITE-Modells.

Die Auswirkungen geopolitischer Spannungen infolge des Nahost-Konflikts schlagen sich zunehmend auch in den globalen Lieferketten nieder. Zum ersten Mal seit Dezember 2024 erreicht der Austrian Supply Chain Pressure Index²⁷⁾ den gelben Bereich, was einen erhöhten Druck auf die Lieferketten österreichischer Industrieunternehmen signalisiert. Vor allem bei der Versorgung mit Kerosin könnte sich bei einer länger andauernden Blockade zunehmend ein Engpass abzeichnen, der auch europäische Flughäfen treffen könnte²⁸⁾.

²⁶⁾ <https://www.fiw.ac.at/kite-modell/>.

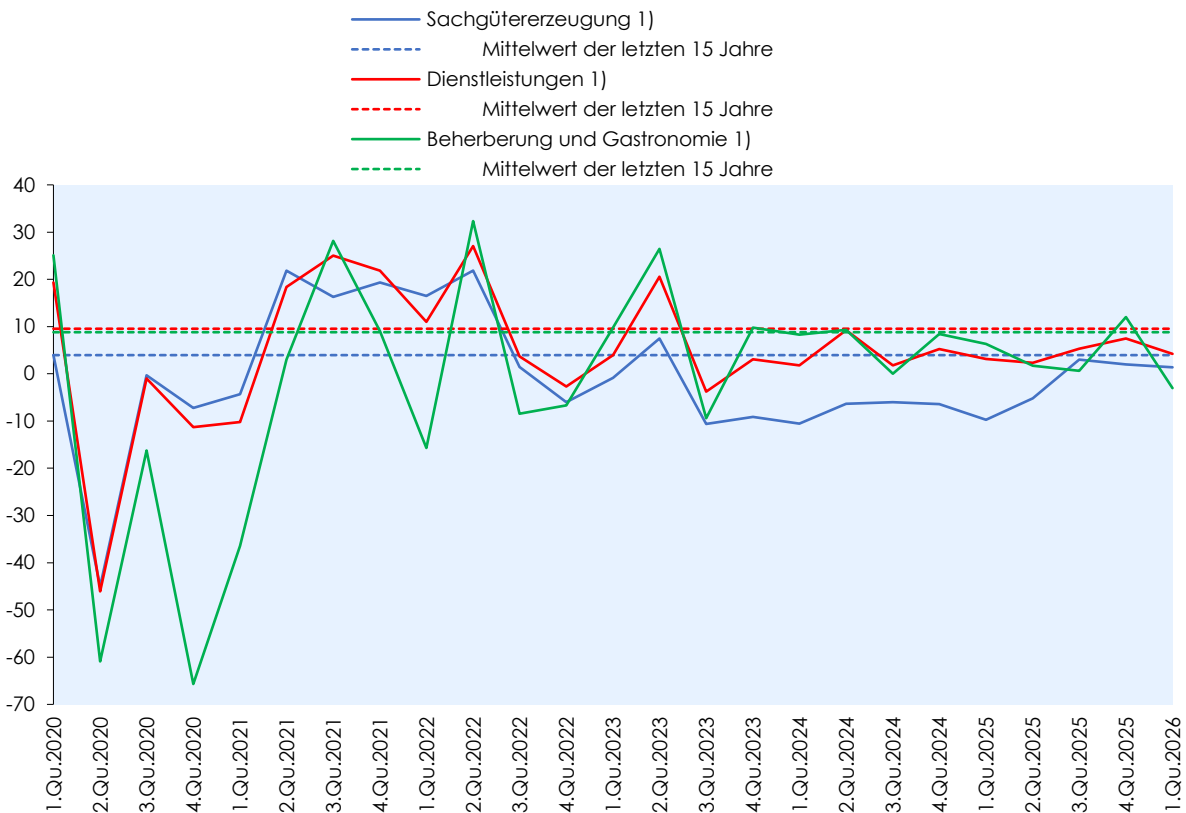
²⁷⁾ <https://ascii.ac.at/dashboard/>.

²⁸⁾ Oberösterreichische Nachrichten, 15. April 2026.

Die zunehmende Erholung der Industrie- und Investitionskonjunktur in den europäischen Hauptpartnerländern sowie ein Anziehen der Auslandsnachfrage könnten ein moderates Wachstum des österreichischen Warenexports einleiten. Im Lichte dieser Entwicklung könnten sich die österreichischen Warenexporte 2027 real um 1,8% erhöhen. Mit der weiteren Belebung der internationalen Konjunktur, die im Jahr 2027 auch die Investitionsgüternachfrage erfassen dürfte, werden die österreichischen Warenexporte stärker als 2026 zulegen. Die Marktanteilsverluste für österreichische Exporteure werden sich im Jahr 2027 zwar verringern, aber aufgrund der sinkenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit noch Positionsverluste mit sich bringen. Die wichtigsten Wachstumsbeiträge dürften 2027 aus den EU-Mitgliedsländern, und hier insbesondere aus Deutschland, zu erwarten sein. Aber auch von den Extra-EU-Ländern, allen voran den USA, dürften 2027 wieder positive Impulse ausgehen, sofern die EU in der weiteren Ausgestaltung der Zölle von niedrigeren handelsgewichteten Durchschnittszöllen auf Exporte in die USA im Vergleich zu Mitbewerbern profitiert und auch die Nachfrage nach Investitionsgütern in den USA zunimmt.

Abbildung 4.4: Erwartung von Aufträgen in der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungssektor

Saisonbereinigt



Quelle: WIFO-Konjunkturtest, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten steigende Aufträge erwarten, minus Anteil der Unternehmen, die in den kommenden drei Monaten sinkende Aufträge erwarten in Prozentpunkten.

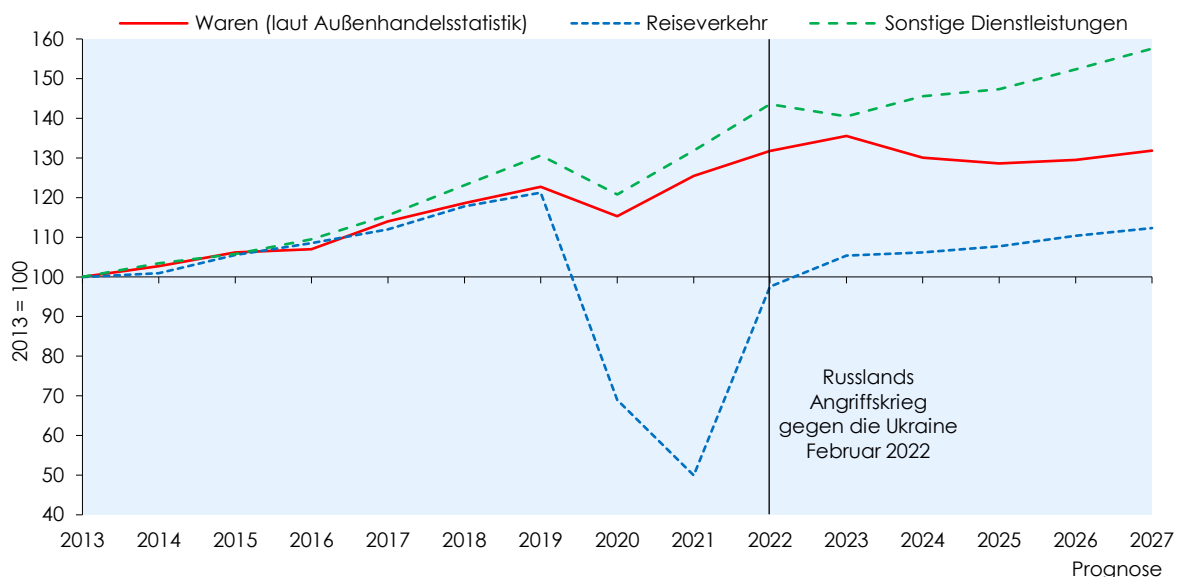
Getrieben durch die rege Nachfrage ausländischer Gäste im Frühjahrs- und Sommertourismus schritt die Erholung der Reiseverkehrsexporte im Jahr 2025 weiter voran. Gleichzeitig beeinträchtigt das positive Preisdifferential die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Dienstleistungssektors zunehmend. Laut vorläufigen Daten ergab sich im Dienstleistungsexport 2025 ein

Zuwachs von 1,3% (real). In den Jahren 2026 sowie auch 2027 könnten die Dienstleistungsexporte laut WIFO-Prognose vom April 2026 mit 3,2% bzw. 3,0% wieder kräftiger wachsen. Hinweise auf diese Belebung der Dienstleistungsexporte im Jahr 2026 zeichnen sich derzeit in der Stimmung der Unternehmen im Dienstleistungsbereich aus dem WIFO-Konjunkturtest noch nicht ab. Die im Jahresverlauf 2025 noch aufwärtsgerichtete Stimmung bei den Geschäftserwartungen des Dienstleistungssektors trübten sich aufgrund der geopolitischen Unsicherheit im 1. Quartal 2026 wieder ein. Die erwartete Auftragslage blieb im Jahresverlauf 2025 sowie auch zum Jahresbeginn 2026 weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt (Abbildung 4.4). Die Gesamteinschätzung der Dienstleistungsunternehmen zum Jahreswechsel 2025/2026 wird besonders von den Erwartungen der Tourismusbetriebe überzeichnet. Diese verbesserten sich mit der Erwartung einer guten Wintersaison im 4. Quartal 2025 deutlich und überstiegen den langfristigen Durchschnitt. Diese Zuversicht bei den Tourismusbetrieben brach allerdings im 1. Quartal 2026 markant ein, wobei erstmals seit Langem auch wieder die negativen Erwartungen der Unternehmen überwogen und somit die hohe geopolitische Unsicherheit für den internationalen Reiseverkehr widerspiegeln.

Im Gesamtjahr 2025 legten die Reiseverkehrsexporte um (preisbereinigt) 1,5% zu, wobei die überdurchschnittlich hohen Preissteigerungen in der Beherbergung und Gastronomie die Entwicklung belasteten (Fritz, 2025). In den Jahren 2026 (+2,4%) und 2027 (+1,8%) werden die Reiseverkehrsexporte wieder deutlich stärker wachsen (Abbildung 4.5).

Die grenzüberschreitende Erbringung sonstiger Dienstleistungen (ohne Reiseverkehr) dürfte im Prognosezeitraum um jeweils 3,4% zulegen. Im Zuge der Erholung der Industrie und des Auflebens der industriellen Vorleistungsnachfrage dürften auch diese Bereiche, nach einem moderaten Anstieg um real 1,3% im Jahr 2025, in den beiden nächsten Jahren wieder stärker wachsen. Der moderate Expansionskurs der heimischen Produktion und der Warenexporte sollte im Prognosezeitraum auch bei unternehmensnahen Dienstleistungen sowie Transportdienstleistungen positive Impulse nach sich ziehen.

Abbildung 4.5: Entwicklung und Prognose der realen Waren- und Dienstleistungsexporte Österreichs, 2013 bis 2027



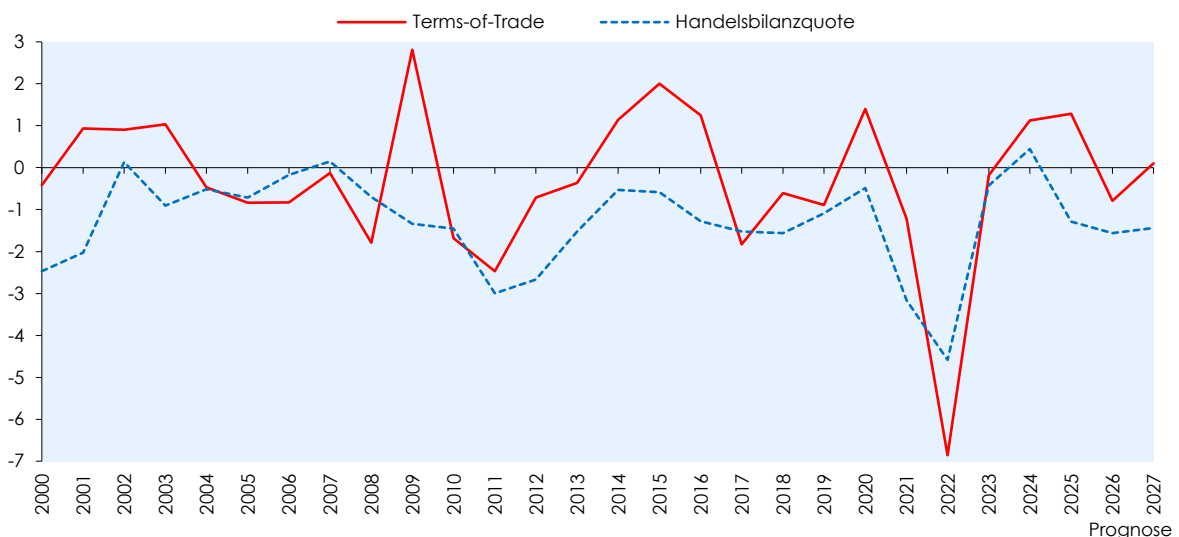
Quelle: Statistik Austria, OeNB, WIFO-Prognose vom April 2026, WIFO-Berechnungen.

Mit der prognostizierten Erholung des Warenhandels und der Belebung der Dienstleistungsexporte dürften die Gesamtexporte laut VGR (Exporte von Waren und Dienstleistungen) im Jahr 2026 preisbereinigt um 1,5% zulegen. Im Jahr 2027 wird ein Wachstum von 2,2% erwartet. Während der Warenexport sowie der sonstige Dienstleistungsexport (ohne Reiseverkehr) das Vorkrisenniveau von 2019 bereits 2021 wieder leicht übertrafen, werden laut diesen Prognosen die realen Reiseverkehrsexporte auch bis zum Jahr 2027 das Niveau von 2019 nicht erreichen (Abbildung 4.5).

Gestützt von der Expansion der Ausrüstungsinvestitionen expandierten die Gesamtimporte von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2025 mit 1,7% weitaus kräftiger als die Exporte. Besonders dynamisch entwickelten sich auch aufgrund eines Sondereffekts bei den Importen von Gold im Vorjahr die Warenimporte gemäß Außenhandelsstatistik (preisbereinigt +4,8%, siehe Kapitel 3). Im Einklang mit der prognostizierten Exportentwicklung – als Nachfragekomponente mit besonders hohem ausländischen Wertschöpfungsanteil – wird heuer mit einer deutlichen Abflachung der Warenimporte gerechnet. Mit der mäßigen Expansion der Exporte ist mit einem realen Wachstum der Wareneinfuhren von 0,7% 2026 und 1,6% 2027 zu rechnen (Übersicht 4.1). Die Belebung bleibt damit verhalten, weil die heimische Industrie nur langsam aus dem schwachen wirtschaftlichen Umfeld herauswächst und auch bei den Investitionen und beim Konsum dauerhafter Konsumgüter kein starker Nachfrageaufschwung zu erwarten ist. Nach einer deutlichen Verschlechterung der Handelsbilanz 2025 wird sich der Saldo aufgrund eines negativen Terms-of-Trade-Effekts infolge der kräftigen Verteuerung der fossilen Energieträger auch noch 2026 weiter verschlechtern und sich erst 2027 wieder mit einer positiven Terms-of-Trade-Entwicklung leicht verbessern.

Für die realen Gesamtimporte von Waren und Dienstleistungen laut VGR wird im Prognosehorizont ein Zuwachs von 1,0% 2026 und 2,0% 2027 erwartet (Übersicht 4.1). Vor allem die Reiseverkehrsimporte werden aufgrund der Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit infolge der relativen Preissteigerungen gegenüber anderen europäischen Ländern sowie der geopolitischen Unsicherheit zunehmend beeinträchtigt und in beiden Prognosejahren real mit je 0,1% nur schwach zulegen.

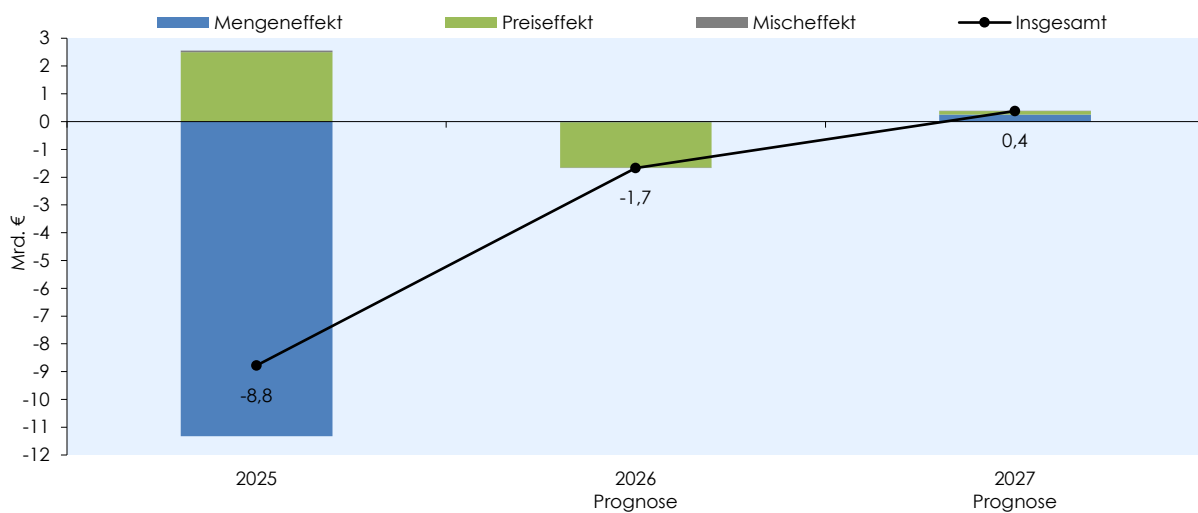
Abbildung 4.6: Veränderung der Terms-of-Trade und die Handelsbilanzquote, 1995 bis 2026



Anmerkung: Die Terms-of-Trade geben das Verhältnis der Exportpreise zu den Importpreisen wieder, die Veränderung wird im Vergleich zum Vorjahr in % dargestellt. Die Handelsbilanzquote gibt die Warenhandelsbilanz in % des BIP wieder.
Quelle: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, WIFO-Prognose vom April 2026.

Die Warenhandelsbilanz wird sich 2026 vor allem aufgrund der Energiepreissteigerungen um 1,7 Mrd. € verschlechtern. Die Handelsbilanz wird sich 2026 gegenüber dem Vorjahr nochmals verschlechtern und ein deutliches Defizit von 8,2 Mrd. €, rund 1,6% des BIP, erreichen (Übersicht 4.1). Diese Verschlechterung der Handelsbilanz im heurigen Jahr ist größtenteils auf einen negativen Preiseffekt von 1,6 Mrd. € zurückzuführen, der sich vorwiegend aus den gestiegenen Importpreisen, allen voran für Energieimporte, ergibt (Abbildung 4.7). Dies spiegelt sich auch in der Verschlechterung der Terms-of-Trade (Verhältnis der Export- zu Importpreisen) wider, von denen im Jahr 2026 ein negativer Beitrag ausgehen wird. Die Terms-of-Trade sollten sich im Zuge des Rückgangs der Energiepreise im Jahr 2027 mit +0,1% wieder leicht verbessern (Abbildung 4.6). Der positive Terms-of-Trade-Effekt wird im Jahr 2027 eine Senkung des Defizits der Warenhandelsbilanz von 0,4 Mrd. € bewirken. Dieser Rückgang ergibt sich aus einem positiven Preiseffekt aufgrund der rückläufigen Importpreise und einem positiven Mengeneffekt (Abbildung 4.7).

Abbildung 4.7: Beitrag der Mengen- und Preiskomponente des Warenaußenhandels zur Veränderung der Handelsbilanz 2025 bis 2027



Quelle: WIFO-Prognose vom April 2026, WIFO-Berechnungen.

Für die Jahre 2026 und 2027 ist aufgrund der schwächeren Entwicklung der Güterbilanz und trotz des positiven Beitrags der Reiseverkehrsbilanz mit einer Verschlechterung der Leistungsbilanz zu rechnen. Erreichte diese 2025 noch einen Überschuss von 9,6 Mrd. € (1,9% des BIP), wird sie sich im Prognosezeitraum bis 2027 auf rund 1,5% des BIP abschwächen. Der erwartete deutliche negative Saldo in der Warenhandelsbilanz wurde in der österreichischen Zahlungsbilanz im Jahr 2025 durch außerordentlich hohe Überschüsse im Transitverkehr und im nicht grenzüberschreitenden Warenverkehr²⁹⁾ im Zusammenhang mit der Lohnveredelung deutlich mehr als ausgeglichen³⁰⁾. Die Güterbilanz laut VGR saldierte 2025 mit +5,1 Mrd. € deutlich positiv

²⁹⁾ Die Zahlungsbilanz erfasst alle Rechtsgeschäfte zwischen einem In- und einem Ausländer unabhängig davon, ob die zugrunde liegenden Waren die österreichische Grenze passieren. Kauft demnach ein gebietsansässiges Unternehmen Waren im Ausland und führt diese nicht nach Österreich ein, sind diese zu erfassen. Dasselbe gilt für den Verkauf von Waren. Diese Transaktionen stehen hauptsächlich im Zusammenhang mit Lohnveredelung im Ausland (<https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=9.1.11>).

³⁰⁾ Laut VGR wird diese Komponente dem Güterhandel zugerechnet und stellt einen Teil der Abgrenzungsunterschiede zum Warenhandel laut Außenhandelsstatistik dar.

(Übersicht 4.2) und wird 2026 leicht auf +3,7 Mrd. € zurückgehen und 2027 mit +4,3 Mrd. € schließen. Deutlich entlastet wird die Leistungsbilanz auch durch den Überschuss im Reiseverkehr, der 2025 um rund 1,0 Mrd. € höher ausfiel als 2024. Der erzielte Reiseverkehrsüberschuss erreichte 2025 einen Wert von 10,6 Mrd. € und könnte sich bis 2027 auf 12,7 Mrd. € erhöhen und damit die Leistungsbilanz weiter maßgeblich entlasten (Übersicht 4.2).

Übersicht 4.2: Zahlungsbilanzprognose

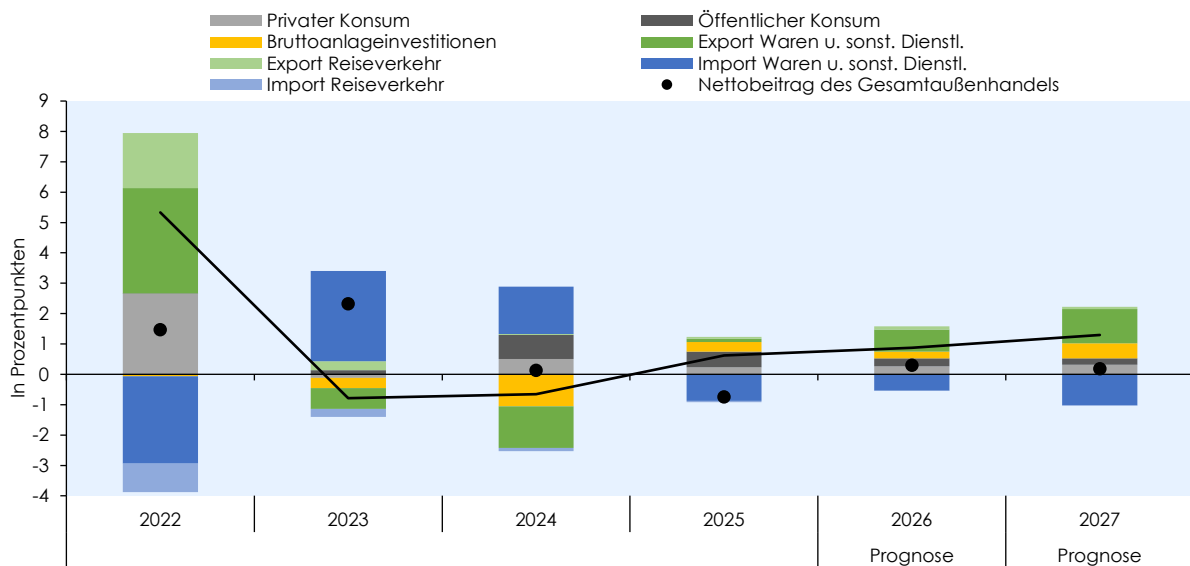
		2023	2024	2025	2026	2027
					Prognose	Prognose
Waren (laut Außenhandelsstatistik)	Mrd. €	-2,02	2,19	-6,58	-8,25	-7,87
Güter	Mrd. €	2,61	6,00	5,06	3,66	4,32
Reiseverkehr i.w.S.)	Mrd. €	9,34	9,64	10,59	11,83	12,65
Sonstige Dienstleistungen	Mrd. €	-4,06	-4,00	-3,90	-4,91	-6,45
Primäreinkommen	Mrd. €	3,26	-0,95	1,56	1,70	1,48
Sekundäreinkommen	Mrd. €	-3,48	-3,14	-3,76	-4,11	-4,43
Leistungsbilanz	Mrd. €	7,67	7,55	9,55	8,17	7,56
	In % des BIP	1,6	1,5	1,9	1,5	1,4

Quelle: WIFO-Prognose vom April 2026, WIFO-Berechnungen. – 1) Einschließlich internationaler Personentransporte.

Der Saldo der Primäreinkommen dürfte sich 2026 weiter moderat verbessern. Dies steht vor allem im Zusammenhang mit der Entwicklung der Erwerbseinkommen ausländischer Fachkräfte, hauptsächlich in den heimischen Hotel- und Beherbergungsbetrieben. Für 2027 wird allerdings eine Abschwächung auf +1,5 Mrd. € erwartet. Die Prognose der Sekundäreinkommen berücksichtigt auf der Aktivseite Transferzahlungen der EU an Österreich und auf der Passivseite BIP-bezogene EU-Beiträge Österreichs. Das Defizit der Sekundäreinkommen stieg im Jahr 2025 an und dürfte im Prognosezeitraum bis 2027 auf ein Defizit von 4,4 Mrd. € weiter anwachsen.

Österreich verzeichnet im Prognosehorizont eine mäßige BIP-Steigerung um real 0,9% 2026 und 1,3% 2027, die allerdings von allen Nachfragekomponenten gestützt wird. Nach dem negativen Beitrag der Nettoexporte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum im Jahr 2025 sollten sich im Prognosehorizont wieder positive Impulse ergeben (siehe Abbildung 4.8). Auch der private Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen werden in beiden Prognosejahren die heimische Konjunktur stützen und eine breit gestützte Konjunkturerholung in Österreich andeuten.

Abbildung 4.8: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real



Anmerkung: Ohne Lagerveränderung und Nettozugang an Wertsachen, ohne statistische Differenz.
Quelle: WIFO-Prognose vom April 2026, WIFO-Berechnungen. – 1) Veränderung gegen das Vorjahr in %.

4.2 Prognoserisiken

Die Abwärtsrisiken der vorgestellten Prognose überwiegen. Besonders die Unsicherheit über die Dauer und den weiteren Verlauf des Nahost-Konflikts sowie die Ausgestaltung der handelspolitischen Maßnahmen in den USA nach Ablauf der 150 Tage (mit 24. Juli 2026) stellen die wichtigsten Prognoserisiken dar. Angesichts des unsicheren Verlaufs der Energiepreisentwicklungen prognostizierte das WIFO die Schlüsselindikatoren der Prognose auch auf Grundlage eines weit- aus pessimistischeren Szenarios. Dieses Szenario unterstellt eine längere Dauer der militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, wodurch auch wichtige Infrastruktur im Energiebereich zerstört wird und die fossilen Energiepreise über einen längeren Zeitraum auf einem hohen Niveau bleiben.

Kasten 4.3: Risiko eines länger andauernden Nahost-Konflikts und Energiepreisschocks

Unter diesen Annahmen geht das pessimistische Szenario im Vergleich zum Hauptszenario der WIFO-Prognose vom April 2026 von einem Anstieg des Rohölpreises (Brent) auf 120 \$ je Barrel bis September 2026 aus, bevor erst Anfang 2027 wieder die Marke von 90 \$ erreicht werden dürfte. Für den Erdgaspreis (Dutch TTF) wird eine Erhöhung auf 70 € je MWh bis Februar 2027 angenommen, die sich erst bis Jahresende langsam zurückbildet, da wichtige Produktionsanlagen zerstört wurden (Scheiblecker & Ederer, 2026). Dieser prognostizierte stärkere Energiepreisschock im pessimistischen Szenario schlägt sich auch stärker auf die Konjunkturerholung in Österreich nieder. Insbesondere die hohe Unsicherheit trübt die Investitionsnachfrage der europäischen Industrie und dämpft somit den moderaten Expansionskurs der heimischen Exporte und Importe. Vor diesem Hintergrund wird im pessimistischen Szenario der Prognose ein schwacher Anstieg der Exporte von Waren und Dienstleistungen laut VGR um 0,3% (real) 2026 erwartet, während die Importe im Jahr 2026 aufgrund des Einbruchs der Investitionen und der schwachen Exportentwicklung um 0,3% sinken dürften. Mit einer Entspannung des Nahost-Konflikts könnten 2027 die Exporte wie auch Importe von Waren und Dienstleistungen um jeweils 1,1% zulegen.

Übersicht K4.1: Prognose Szenarien im Vergleich

		Hauptszenario		Pessimistisch	
		2026	2027	2026	2027
Exporte real ¹⁾	Veränd. g.d. Vorjahr in %	1,5	2,2	0,3	1,1
Importe real ¹⁾	Veränd. g.d. Vorjahr in %	1,0	2,0	-0,3	1,1
Rohöl, Brent	\$ je Barrel	88	76	106	80
Erdgas, Dutch TTF	€ je MWh	49	37	64	58

Quelle: WIFO-Prognose vom April 2026. - 1) Referenzjahr 2015, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

Ein länger anhaltender Nahost-Konflikt mit einer fortbestehenden Blockade der Straße von Hormus sowie einer Zerstörung von Produktions- und Transportkapazitäten für Öl und Gas würden nicht nur die Energiepreise länger hochhalten, sondern auch andere globale Lieferkettenprobleme, etwa bei Helium, Düngemitteln oder Kerosin, nach sich ziehen (siehe auch Kasten 4.2). Dies würde die Verbraucherpreise deutlich erhöhen und die wirtschaftliche Erholung der Industrieländer, wie auch Österreichs, spürbar dämpfen. Im pessimistischen Szenario könnte die heimische Wirtschaft 2026 lediglich um 0,2% wachsen und im Jahr 2027 ebenfalls noch sehr verhalten um 0,4% zulegen.

Zusätzliche Abwärtsrisiken für die Prognose stellen die weitere Verschlechterung der relativen Preis- und Kostenposition Österreichs und der zunehmende Wettbewerbsdruck aus China dar. Die Einschätzungen der heimischen Industrieunternehmen zur Wettbewerbsposition fallen im europäischen Vergleich sehr pessimistisch aus, und eine Überwälzung des Kostendifferenzials auf die Exportpreise ist nur bedingt möglich. Mittelfristig kann eine hohe relative Kostenposition auch zu einer Verschlechterung der Standortqualität beitragen und so die Investitions- und Innovationsbereitschaft der Unternehmen in Österreich schmälern.

Unsicherheiten bezüglich der gewählten Annahmen bestehen vor allem auch in Bezug auf die Entwicklung der transatlantischen und globalen Handelsbeziehungen mit den USA, Österreichs zweitwichtigstem Handelspartner. Das in der Prognose der internationalen Konjunktur übernommene Szenario der möglichen Ausgestaltung der Zollpolitik geht davon aus, dass die USA auch weiterhin über ausreichende Möglichkeiten verfügen werden, Zölle einzuheben und der effektiv angewandte Zollsatz auf Importe daher in etwa auf dem jetzigen Niveau verharren wird.

5. Monetäre Entwicklungen

Martin Ertl, Adrian Wende, Klaus Weyerstraß

5.1 Geldpolitik

Die Geldpolitik war im Jahr 2025 durch das Spannungsfeld zwischen anhaltender Disinflation und moderatem Wirtschaftswachstum sowie die Auswirkungen von geoökonomischen Unsicherheiten auf die Inflation geprägt. Im Mittelpunkt standen dabei die möglichen Folgen der protektionistischen Zollpolitik der USA auf die Inflationsraten. Nach den restriktiven geldpolitischen Maßnahmen der Vorjahre, insbesondere den deutlichen Leitzinserhöhungen zur Eindämmung der Inflation infolge des Energiepreisschocks, setzten viele Zentralbanken die im Jahr 2024 begonnene geldpolitische Lockerung fort. Die Geldpolitik verfolgte dabei einen vorsichtig abwägenden Kurs, der einerseits den Rückgang der Inflation nicht gefährden sollte und andererseits konjunkturelle Abwärtsrisiken berücksichtigte und der schrittweise zu einer neutraleren Ausrichtung der Geldpolitik führte (Übersicht 5.1).

Übersicht 5.1: Leitzinsen wichtiger Zentralbanken

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2023	4,00	5,25 – 5,50	5,25	1,75	–0,10
Ende 2024	3,00	4,25 – 4,50	4,75	0,50	0,25
Ende 2025	2,00	3,50 – 3,75	3,75	0,00	0,50
27. März 2026	2,00	3,50 – 3,75	3,75	0,00	0,50

Anmerkung: Für die Europäische Zentralbank wird der Einlagensatz dargestellt.

Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream.

Die **Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)** im Jahr 2025 lässt sich als Phase der geldpolitischen Lockerung mit anschließender Stabilisierung charakterisieren. Sie stand im Kontext eines Rückgangs der Inflation im Euro-Raum, die sich im Verlauf des Jahres dem mittelfristigen Zielwert von 2% annäherte, sowie einer moderaten konjunkturellen Entwicklung (Abbildung 5.1).

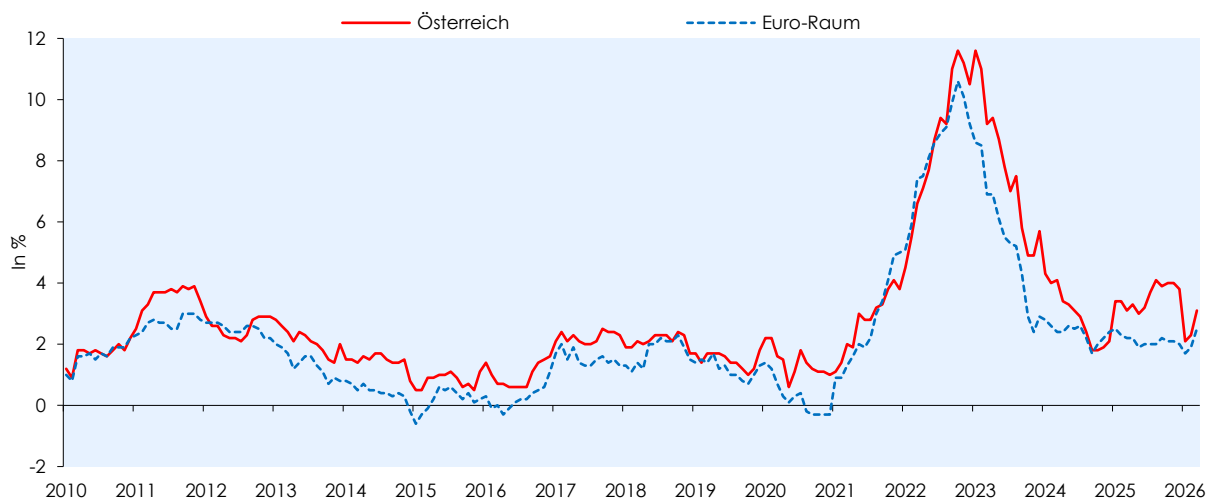
Es erfolgten mehrere Zinssenkungsschritte im ersten Halbjahr. Konkret senkte der EZB-Rat den für den geldpolitischen Kurs zentralen Einlagensatz im Jänner von 3,00% auf 2,75%, im März auf 2,50%, im April auf 2,25% und im Juni schließlich auf 2,00%. Der Hauptrefinanzierungssatz wurde in vier Schritten jeweils um 25 Basispunkte von 3,15% auf 2,15% reduziert. Der Spitzenrefinanzierungssatz wurde im Jänner von 3,40% auf 3,15%, im März auf 2,90%, im April auf 2,65% und im Juni auf 2,40% gesenkt. Diese Zinsschritte waren Teil eines bereits im Jahr 2024 eingeleiteten Zinssenkungszyklus und spiegelten die Einschätzung wider, dass die disinflationären Tendenzen hinreichend gefestigt seien und restriktive Zinsniveaus schrittweise zurückgeführt werden konnten.

Nach der Zinssenkung im Juni 2025 ging die EZB zu einer abwartenden Haltung über. In den folgenden Sitzungen im Juli, September, Oktober und Dezember 2025 wurden die Leitzinsen nicht verändert. Diese Zinspause reflektierte eine datenabhängige Strategie, bei der die Zentralbank die bisherigen geldpolitischen Impulse zunächst wirken ließ. Die Entscheidung wurde damit begründet, dass sich die Inflation in der Nähe des Zielwerts einpendelte. Laut dem Statement vom 24. Juli zeigte sich der EZB-Rat entschlossen, „dafür zu sorgen, dass sich die Inflation bei ihrem 2%-Ziel stabilisiert“ und dass er dabei „einen datenabhängigen und Sitzung-für-Sitzung-Ansatz bei der Bestimmung eines angemessenen geldpolitischen Kurses verfolgen wird,

angesichts dessen, dass „das Umfeld infolge der Handelskonflikte außerordentlich unsicher blieb“ (European Central Bank, 2025a).

Der Abbau der Wertpapierbestände aus den vergangenen Ankaufprogrammen (Asset Purchase Programme – APP, Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wurde im Jahr 2025 fortgeführt. Im April 2026 betragen die Bestände in den beiden Ankaufprogrammen rund 3,7 Bio. € und dürften bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit in rund 7,5 Jahren (APP) bzw. 8,5 Jahren (PEPP) vollständig abgebaut sein.

Abbildung 5.1: Inflation



Anmerkung: Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).
Quelle: Eurostat.

Die Geldpolitik der US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) war im Jahr 2025 entsprechend ihrem Doppelmandat (hoher Beschäftigungsstand und Preisniveaustabilität) durch einen Balanceakt zwischen Inflationsbekämpfung und Wachstumsstützung gekennzeichnet. Nach der restriktiven Geldpolitik der Vorjahre hatte die Fed die Leitzinsen im Jahr 2024 um 100 Basispunkte auf eine Bandbreite von 4,25% bis 4,50% gesenkt und hielt die Leitzinsen zunächst auf diesem hohen Niveau, um die weiterhin über dem Zielwert liegende Inflation nachhaltig zu dämpfen. Im Verlauf des Jahres läuteten jedoch rückläufige Inflationsraten und eine moderate Abschwächung der Arbeitsmarktdynamik eine graduelle Lockerung der Geldpolitik ein. Im 3. Quartal 2025 erfolgte die erste Zinssenkung des Jahres um 25 Basispunkte. Im weiteren Jahresverlauf kam es zu zwei weiteren Zinssenkungsschritten von jeweils 25 Basispunkten. Insgesamt bewegte sich der Zielkorridor am Jahresende im Bereich von 3,50% bis 3,75%.

Die Handelspolitik der USA spielte im geldpolitischen Entscheidungsprozess der Federal Reserve im Jahr 2025 eine indirekte, aber keineswegs zu vernachlässigende Rolle. Erstens wirkte die Handelspolitik auf die Inflationsdynamik. Neu eingeführte Zölle auf Importgüter erhöhten tendenziell die Produktionskosten für US-Unternehmen, insbesondere in global integrierten Lieferketten. Diese Kosten werden an die Verbraucher weitergegeben, was die Verbraucherpreisinflation erhöht. Hinz et al. (2026a) und Amity et al. (2025) finden eine fast vollständige Weitergabe der Kosten für die US-Zölle an US-Unternehmen und Konsumenten. Für die Fed bedeutete dies, dass der disinflationäre Prozess potenziell langsamer verlief als in einem Szenario ohne Zollerhöhungen. Entsprechend vorsichtig agierte sie bei Zinssenkungen, um einen erneuten Inflationsdruck zu vermeiden. Zweitens beeinflusste die Handelspolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Protektionistische Maßnahmen und handelspolitische Spannungen, insbesondere

im Verhältnis zu China, dämpften den internationalen Handel und erhöhten die Unsicherheit für exportorientierte Unternehmen. Dies wirkte investitionshemmend und bremste das Wirtschaftswachstum. In einem solchen Umfeld gewann die Lockerung der Geldpolitik an Bedeutung, um die Binnenkonjunktur zu stabilisieren. Drittens spielte Unsicherheit eine zentrale Rolle. Die erratische Zollpolitik erhöhte die Volatilität an den Finanzmärkten. Viertens beeinflusste die Handelspolitik auch den Wechselkurs des US-Dollar (siehe Kapitel 5.4).

Seit Beginn des Jahres 2026 hat die EZB ihre Leitzinsen weiter auf dem seit der letzten Senkung im Juni 2025 erreichten Niveau belassen. Der Einlagesatz im Euro-Raum liegt gegenwärtig bei 2,00% und das Zielband für Taggeld in den USA beträgt 3,50% bis 3,75% (Übersicht 5.1). Die Inflation im Euro-Raum, gemessen am Anstieg des HVPI, stieg im März infolge des Iran-Kriegs und des damit einhergehenden Ölpreisanstiegs von 1,9% auf 2,5% und lag damit wieder oberhalb der EZB-Zielmarke von 2%. Die Terminmärkte für Geldmarktzinsen preisen nunmehr Leitzinserhöhungen der EZB infolge eines Anstiegs der Inflationsrate im Euro-Raum im weiteren Jahresverlauf ein.

5.2 Geldmarktzinsen und Rentenmärkte

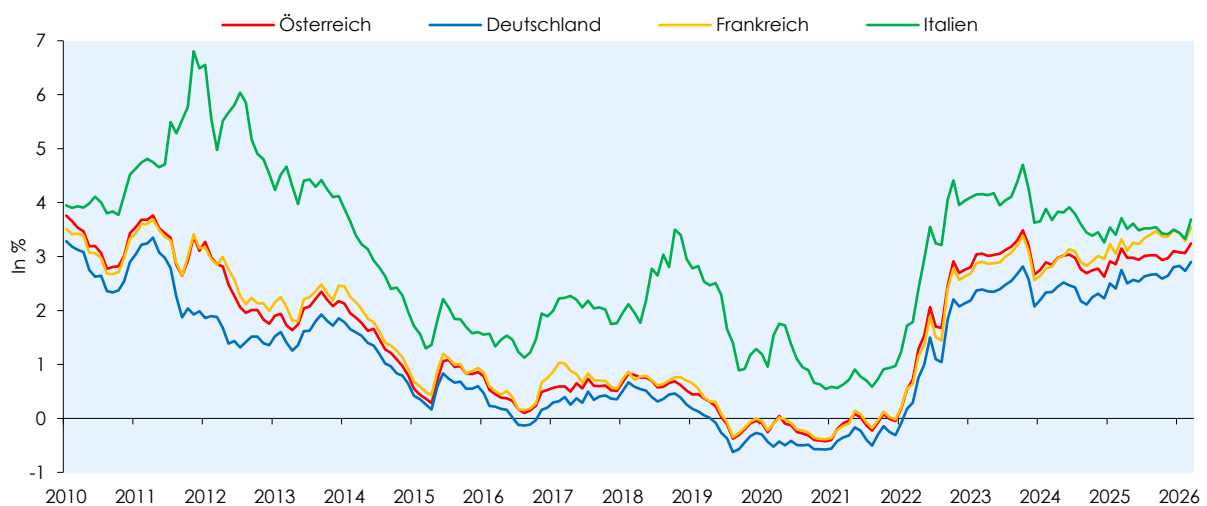
Die Entwicklung der Geldmarktzinsen im Euro-Raum im Jahr 2025 war maßgeblich durch die geldpolitische Lockerung der EZB geprägt. Zu Jahresbeginn 2025 bewegte sich der 3-Monats-Euribor noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau von rund 2,8%, was auf die restriktive geldpolitische Ausrichtung der Vorjahre zurückzuführen war. Im Zuge der ab Jänner einsetzenden Zinssenkungen der EZB setzte jedoch ein kontinuierlicher Abwärtstrend ein. Bereits im 1. Quartal reagierte der 3-Monats-Euribor deutlich und fiel schrittweise auf etwa 2,3%. Diese Entwicklung setzte sich im 2. Quartal fort, sodass der 3-Monats-Satz bis Juni 2025 auf etwa 2,0% zurückging. Die Dynamik dieser Anpassung verdeutlichte die hohe Sensitivität des Geldmarktes gegenüber der geldpolitischen Lockerung sowie die effiziente Transmission der Leitzinsänderungen auf kurzfristige Interbankenzinsen. In der zweiten Jahreshälfte 2025 flachte sich die Abwärtsdynamik des 3-Monats-Euribor merklich ab. Im Einklang mit der geldpolitischen Pause der EZB stabilisierte sich der Zinssatz auf dem Niveau von nahe 2%. Geringfügige Schwankungen innerhalb einer engen Bandbreite reflektierten vor allem kurzfristige Liquiditätsbedingungen sowie sich verändernde Markterwartungen hinsichtlich des zukünftigen geldpolitischen Kurses, ohne jedoch einen klaren Trendwechsel anzuzeigen. **In Folge des Energieschocks haben die Geldmarktzinsen im März 2026 leicht anzogen.** Der 3-Monats-Euribor notierte im Durchschnitt des 1. Quartals 2026 bei 2,1% und ist damit gegenüber der zweiten Jahreshälfte 2025 geringfügig gestiegen.

Die Entwicklung der Rentenmärkte im Euro-Raum im Jahr 2025 war neben der geldpolitischen Lockerung und rückläufigen Inflation durch die fiskalischen sowie geoökonomischen Rahmenbedingungen geprägt (Abbildung 5.2). Die Renditen 10-jähriger deutscher Bundesanleihen zeigten im Jahresverlauf insgesamt einen Aufwärtstrend. Zu Beginn des Jahres 2025 stiegen die Renditen deutlich. Nach einem Niveau von rund 2,5% im Februar erreichten sie im März einen Höchststand von etwa 2,8%. Nach einem Rückgang und einer vorläufigen Stabilisierung zogen die Renditen im 4. Quartal wieder an und lagen zum Jahresende bei etwa 2,9%. Von Bedeutung war die Fiskalpolitik. Sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene führten steigende Staatsausgaben, insbesondere für öffentliche Verteidigungs- und Infrastrukturprojekte, zu höheren Finanzierungserfordernissen des Staates. Die damit einhergehende Ausweitung der Emission von Staatsanleihen erzeugte einen Aufwärtsdruck auf die Renditen. Steigende

Haushaltsdefizite beeinflussten die Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Inflation und fiskalischer Tragfähigkeit.

Der Renditeabstand zwischen österreichischen und deutschen Staatsanleihen, gemessen am Spread zwischen 10-jährigen österreichischen Bundesanleihen und ihrem deutschen Pendant, zeigte eine schwankende, insgesamt im Jahresverlauf rückläufige Entwicklung. Zunächst dominierten die länger andauernde Regierungsbildung und die damit einhergehende Unsicherheit über das Budgetdefizit sowie das im Juli eingeleitete EU-Defizitverfahren. In der zweiten Jahreshälfte dürften die mit der neuen Bundesregierung abnehmende Unsicherheit sowie eine allgemeine Verbesserung der Risikostimmung im Euro-Raum und rückläufige Inflationsraten den Rückgang des Renditeaufschlags tendenziell unterstützt haben.

Abbildung 5.2: Renditen 10-jähriger Staatsanleihen



Quelle: LSEG Datastream.

Die Renditen von Staatsanleihen im Euro-Raum sind im März 2026 im Zuge des jüngsten Energiepreisschocks deutlich gestiegen. Die Renditen für Deutschland zogen um rund 40 Basispunkte an, jene für Österreich und Frankreich um rund 50 Basispunkte, und die Renditen für Italien stiegen um 80 Basispunkte. Im Durchschnitt des 1. Quartals 2026 notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren mit einem Zinssatz von 3,1% bzw. 2,8%.

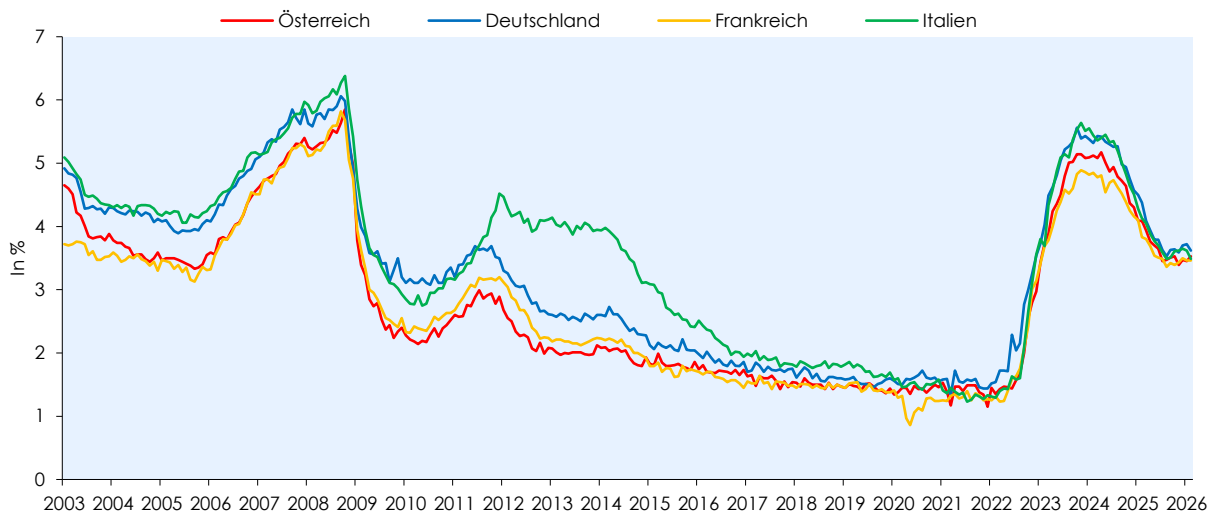
5.3 Kreditmarkt

Die Entwicklung der Finanzierungskosten von Unternehmen sowie der Kosten für Immobilienkredite in Österreich war im Jahr 2025 eng mit dem Kurs der geldpolitischen Lockerung der EZB und dessen Transmission über den Finanzsektor verknüpft. Im Zuge der im ersten Halbjahr vorgenommenen Zinssenkungen kam es zu einer schrittweisen Lockerung der Finanzierungsbedingungen, wenngleich die Weitergabe der geldpolitischen Impulse zeitlich verzögert und bei Unternehmenskrediten bzw. Immobilienkrediten für private Haushalte in unterschiedlichem Ausmaß erfolgte.

Zu Jahresbeginn 2025 lagen die Kreditkosten sowohl für Unternehmen als auch für private Haushalte noch auf einem hohen Niveau (Abbildung 5.3). Unternehmensfinanzierungen, wie Bankkredite oder kapitalmarktnahe Instrumente, reagierten relativ rasch auf die sinkenden

Geldmarktsätze. Infolgedessen gingen die Finanzierungskosten für Unternehmen, gemessen am Kreditzinssatz für Neugeschäft, bereits im ersten Halbjahr spürbar von 4,3% auf 3,7% zurück, was die Kreditnachfrage tendenziell stützte. Im zweiten Halbjahr haben sich die durchschnittlichen Kreditzinsen bei rund 3,5% stabilisiert. Insgesamt kam es somit im Jahresverlauf zu einer Reduktion der Zinskosten für Unternehmen von rund 80 Basispunkten.

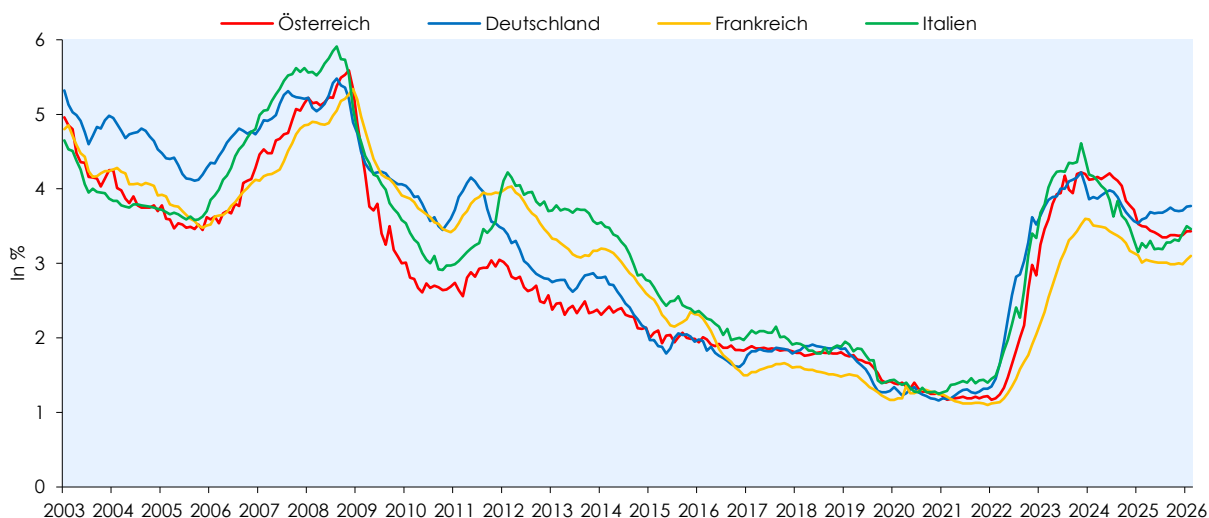
Abbildung 5.3: Finanzierungskosten für Unternehmenskredite



Anmerkung: Durchschnittlicher Bankkreditzinssatz für Neugeschäft von Unternehmen.
Quelle: EZB Data Portal.

Demgegenüber verlief die Anpassung bei Immobilienkrediten an private Haushalte deutlich träger (Abbildung 5.4). Zwar kam es auch hier im Jahresverlauf zu einem Rückgang der Zinssätze, jedoch war dieser weniger stark ausgeprägt.

Abbildung 5.4: Finanzierungskosten für Immobilienkredite



Quelle: EZB Data Portal.

Der durchschnittliche Zinssatz für Immobilienkredite privater Haushalte fiel von rund 3,7% gegen Ende 2024 auf 3,4% im Dezember 2025. Der Rückgang der Geldmarktsätze und in weiterer Folge die sinkenden Refinanzierungskosten der Banken wurden demzufolge zur Immobilienfinanzierung für private Haushalte in geringerem Ausmaß als an Unternehmen weitergegeben.

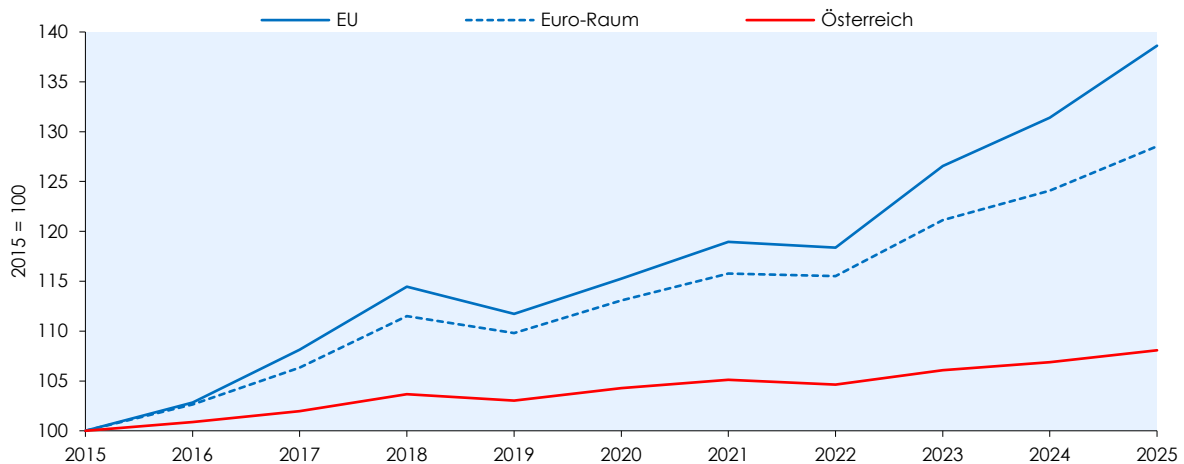
Allerdings war die Ausweitung der Kreditzinsen für private Immobilienkredite, die zuvor seit dem Jahr 2022 stattfand, auch geringer ausgeprägt als bei Unternehmensfinanzierungen. Die Zinsen für beide Finanzierungsinstrumente haben sich wieder auf Niveaus eingependelt, die wie vor der Energiekrise näher beieinander liegen.

5.4 Effektive Wechselkurse und ihre Determinanten

Im Jahresdurchschnitt 2025 hat der nominell-effektive Wechselkurs Österreichs um 1,1% aufgewertet (Abbildung 5.5). Damit hat der Wechselkurs Österreichs deutlich weniger aufgewertet als jener für den Euro-Raum insgesamt (3,6%) oder die EU (5,5%). Dies ist damit zu erklären, dass Österreich knapp 60% seines Warenaußenhandels mit den anderen 20 Mitgliedsländern des Euro-Raums abwickelt, während für den Euro-Raum-Durchschnitt der Anteil des Intra-Euro-Raum-Handels nur bei rund 48% liegt. Damit haben für Österreich die übrigen Währungen ein geringeres Gewicht als sie für den Euro-Raum insgesamt oder für die EU haben. Für die Berechnung effektiver Wechselkurse wird die gewichtete Entwicklung der bilateralen Wechselkurse gegenüber mehreren Handelspartnern addiert, wobei die Anteile der Partnerländer am Außenhandel als Gewichte verwendet werden. Real-effektive Wechselkurse berücksichtigen zusätzlich das Inflationsdifferenzial gegenüber den Handelspartnerländern.

Besonders stark fiel die Aufwertung des Euro im Jahr 2025 gegenüber der türkischen Lira aus, was hauptsächlich auf die hohe Inflation in der Türkei (rund 35% im Jahresdurchschnitt) zurückzuführen ist. Abgewertet hat der Euro im vergangenen Jahr unter den 17 wichtigsten Währungen gegenüber dem Schweizer Franken, der schwedischen Krone und dem polnischen Zloty.

Abbildung 5.5: Nominell-effektiver Wechselkurs gegenüber 37 Handelspartnern

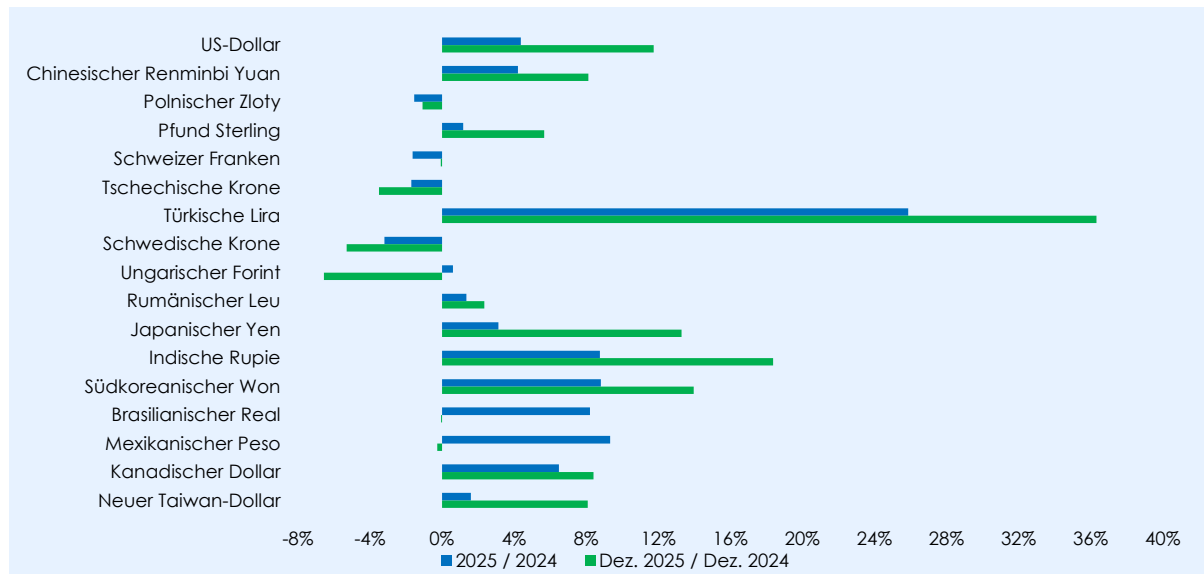


Quelle: Eurostat.

Gegenüber fast allen Währungen der wichtigsten Handelspartner außerhalb des Euro-Raums hat der Euro im vergangenen Jahr aufgewertet (Abbildung 5.6). So gewann der Euro im Jahresdurchschnitt gegenüber dem US-Dollar 4,4% an Wert, wobei die Aufwertung im 4. Quartal im Jahresabstand 11,7% erreichte. US-Zölle sollten theoretisch zu einer Aufwertung der amerikanischen Währung führen. Wenn in den USA aufgrund der Zölle Importe durch US-amerikanische Produkte substituiert werden, sinkt auf den Devisenmärkten das Angebot an US-Dollar, und infolgedessen wertet der US-Dollar auf. Die Wechselkursaufwertung durch Zölle konnte auch empirisch bestätigt werden. So kommen Matveev und Ruge-Murcia (2024) sogar zu dem Ergebnis, dass bereits die Ankündigung möglicher Zollerhöhungen auf kanadische und

mexikanische Waren durch Donald Trump auf Twitter zu Aufwertungen des US-Dollar geführt haben. Nach der Ankündigung reziproker Zölle am 2. April 2025 wertete der US-Dollar jedoch überraschend ab. Ostroy et al. (2025) zeigen, dass Wechselkurse abhängig von der Reaktion der Handelspartner systematisch unterschiedlich auf US-Zollschocks reagieren: Der US-Dollar wertet auf, wenn der Zoll einseitig verhängt wird, er wertet jedoch ab, wenn andere Länder Vergeltungsmaßnahmen ergreifen. Angesichts dieser Erkenntnisse war die Abwertung des US-Dollar nach der Ankündigung der US-Zölle am 2. April 2025 nicht überraschend.

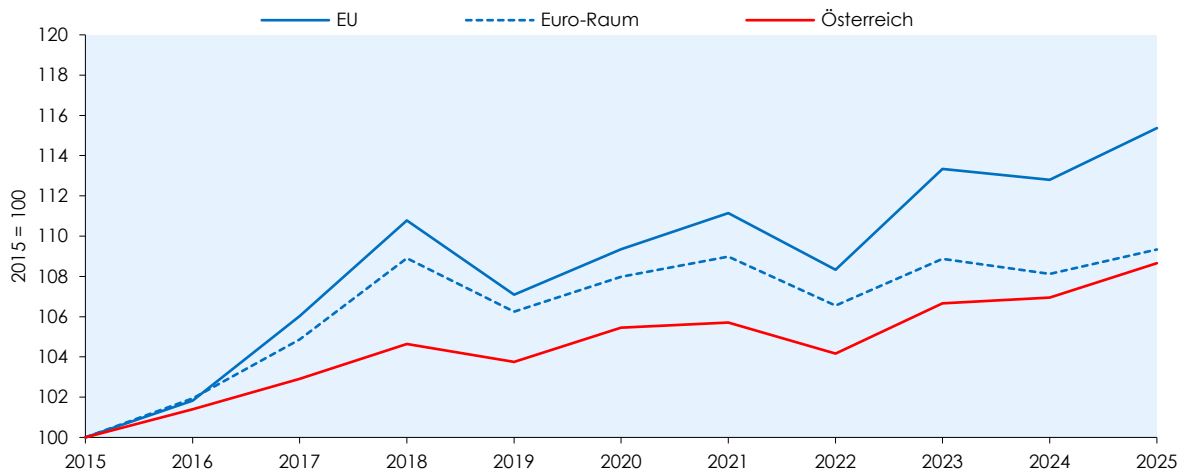
Abbildung 5.6: Veränderung des Euro-Wechselkurses gegenüber wichtigen Währungen



Quelle: Eurostat, ECB Data Portal.

Der US-Dollar verlor nicht nur gegenüber dem Euro, sondern auch effektiv an Wert. Im Dezember 2025 hatte der US-Dollar nominell-effektiv 5,6% an Wert verloren. Im Jahresdurchschnitt war der nominell-effektive Außenwert der US-Währung nahezu konstant. Den Aufwertungstendenzen durch die Zollpolitik wirkten andere Faktoren entgegen, etwa die anhaltenden Angriffe des US-Präsidenten auf die Unabhängigkeit der Zentralbank mit dem Ziel, diese zu Leitzinssenkungen zu bewegen.

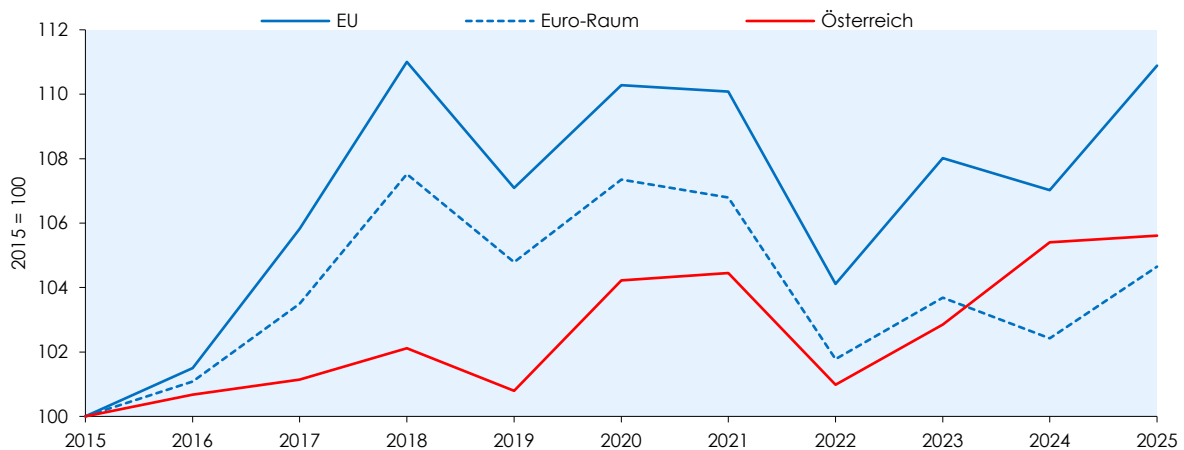
Abbildung 5.7: Real-effektiver Wechselkurs auf Basis der Verbraucherpreise



Quelle: Eurostat.

Anders als beim nominellen Wechselkurs, hat Österreichs realer Wechselkurs im Jahr 2025 stärker aufgewertet, wenn der reale Wechselkurs auf Basis der Verbraucherpreise berechnet wird (Abbildung 5.7). Wenn der reale Wechselkurs auf Basis der Lohnstückkosten berechnet wird, war die Aufwertung für Österreich im Jahr 2025 geringer als für den Euro-Raum-Durchschnitt, aber in den beiden vergangenen Jahren kumuliert stärker (Abbildung 5.8). Der reale Wechselkurs, insbesondere wenn er auf Basis der Lohnstückkosten berechnet wird, dient als Indikator für die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Da Österreich in den vergangenen Jahren, insbesondere seit der Energiepreiskrise im Gefolge des russischen Überfalls auf die Ukraine im Jahr 2022, eine deutlich höhere Inflation als die meisten anderen Länder im Euro-Raum und in der EU insgesamt hatte, hat sich Österreichs Wettbewerbsfähigkeit markant verschlechtert.

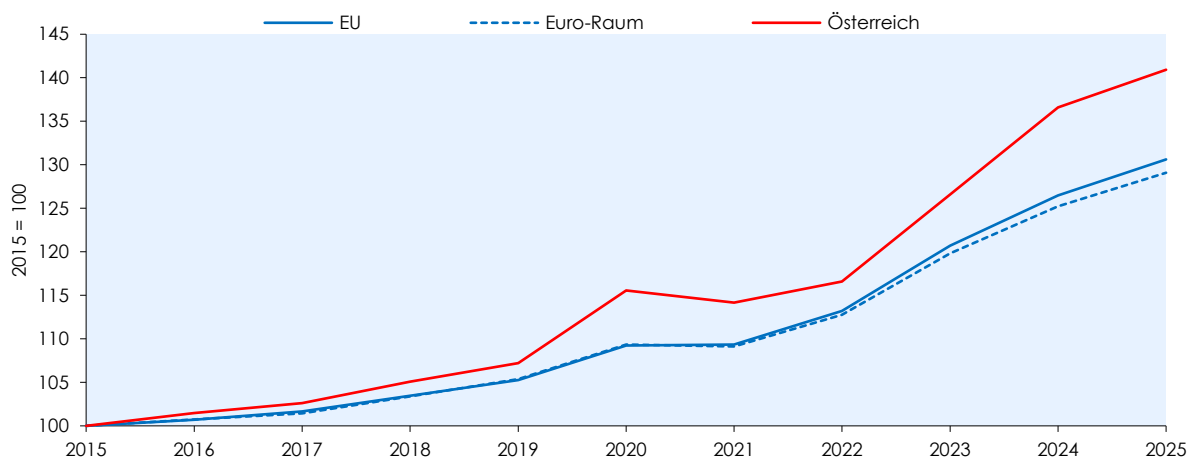
Abbildung 5.8: Real-effektiver Wechselkurs auf Basis der Lohnstückkosten



Quelle: Eurostat.

So waren die nominellen Lohnstückkosten je Arbeitsstunde in Österreich im Jahr 2025 um 23,4% höher als im Jahr 2021, verglichen mit einem kumulierten Anstieg um 18,3% im Durchschnitt des Euro-Raums bzw. 19,5% in der gesamten EU (Abbildung 5.9). Das ist neben den hohen Lohnsteigerungen auch darauf zurückzuführen, dass bereits seit der COVID-19-Pandemie die Produktivität in der österreichischen Industrie hinter jener in den wichtigsten Handelspartnern, aber auch Konkurrenten auf dem Weltmarkt, zurückgeblieben ist.

Abbildung 5.9: Entwicklung der Lohnstückkosten



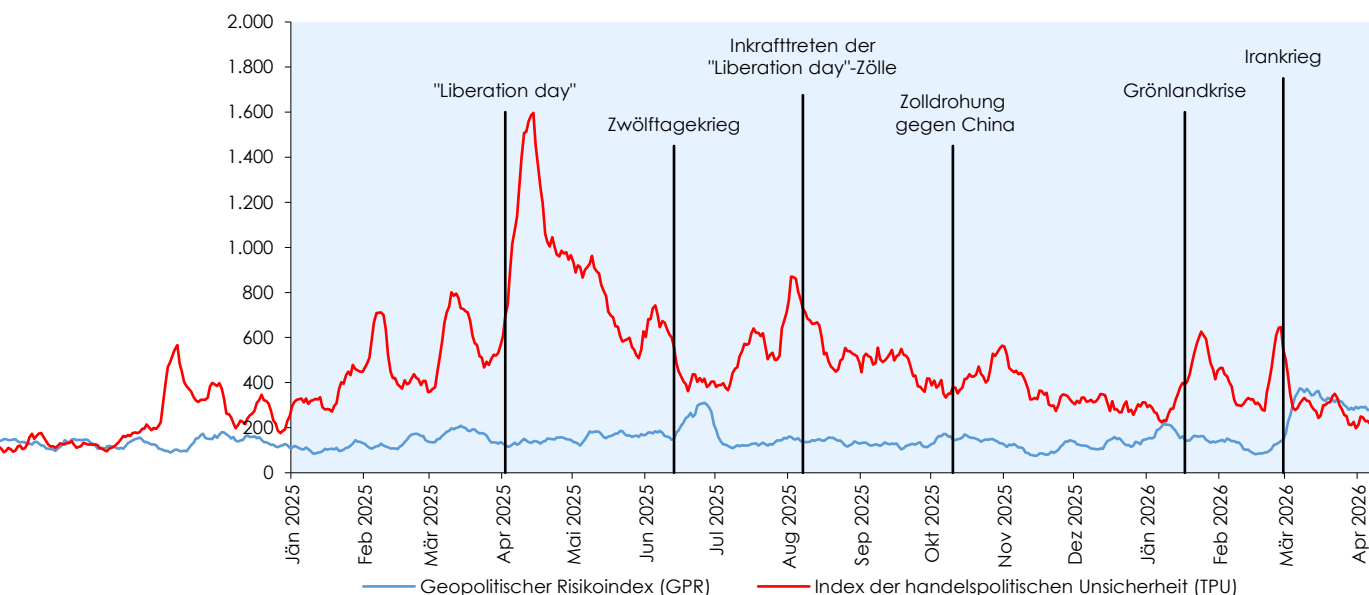
Quelle: Eurostat.

5.5 Globale Unsicherheit, Finanzmarktstress und Verschuldungspositionen

Globale Unsicherheit ist ein zentraler Einflussfaktor für internationale Finanzmärkte und kann die Anfälligkeit von Volkswirtschaften gegenüber externen Schocks erheblich erhöhen. Für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich ist dabei besonders relevant, in welchem Ausmaß geopolitische und wirtschaftspolitische Spannungen die Unsicherheit an den Finanzmärkten erhöhen und damit das Finanzierungsumfeld verschlechtern. Im Folgenden wird daher zunächst die Entwicklung zentraler Unsicherheitsindikatoren betrachtet. Daran anschließend wird untersucht, wie sich erhöhte Unsicherheit in den Finanzmärkten niederschlägt und auf welche Verschuldungspositionen sie in einem solchen Umfeld trifft.

Abbildung 5.10 zeigt die Entwicklung des geopolitischen Risikoindex (GPR) und des Index der handelspolitischen Unsicherheit (TPU) von Jänner 2025 bis April 2026. Der TPU basiert auf der Häufigkeit handelspolitikbezogener Unsicherheitsbegriffe in Zeitungsartikeln und geht auf Caldara et al. (2020) zurück. Der GPR nach Caldara und Iacoviello (2022) misst geopolitische Risiken anhand der Häufigkeit einschlägiger Berichte über geopolitische Spannungen, Konflikte und Kriegsrisiken in internationalen Medien. **Beide Indikatoren reagieren deutlich auf internationale politische Ereignisse, wobei die Ausschläge des TPU im betrachteten Zeitraum wesentlich stärker ausfallen als jene des GPR.** Besonders markant ist der sprunghafte Anstieg des TPU am 2. April 2025, dem von US-Präsident Trump so bezeichneten „Liberation Day“, an dem der größte Teil der US-Importzölle präsentiert wurde. Auch der GPR steigt in Phasen geopolitischer Eskalationen spürbar, insbesondere mit Beginn des Zwölfstagekriegs zwischen Israel und dem Iran am 13. Juni 2025 sowie des Iran-Kriegs am 28. Februar 2026. In diesen Fällen fällt der Anstieg jeweils unmittelbar mit dem Beginn des Ereignisses zusammen.

Abbildung 5.10: Geo- und handelspolitische Unsicherheit



Quelle: <https://www.matteoiacoviello.com/tpu.htm> (13. April 2026), <https://www.matteoiacoviello.com/gpr.htm> (10. April 2026).

Demgegenüber zeigt sich bei anderen Episoden, dass sich Unsicherheit bereits im Vorfeld konkreter Entscheidungen aufbauen kann. So stieg der TPU bereits vor dem Inkrafttreten der „Liberation Day“-Zölle am 7. August 2025 deutlich, da dem Termin Verhandlungen und Drohungen vorausgingen. Nach dem tatsächlichen Inkrafttreten ging der Index wieder zurück. Ähnlich

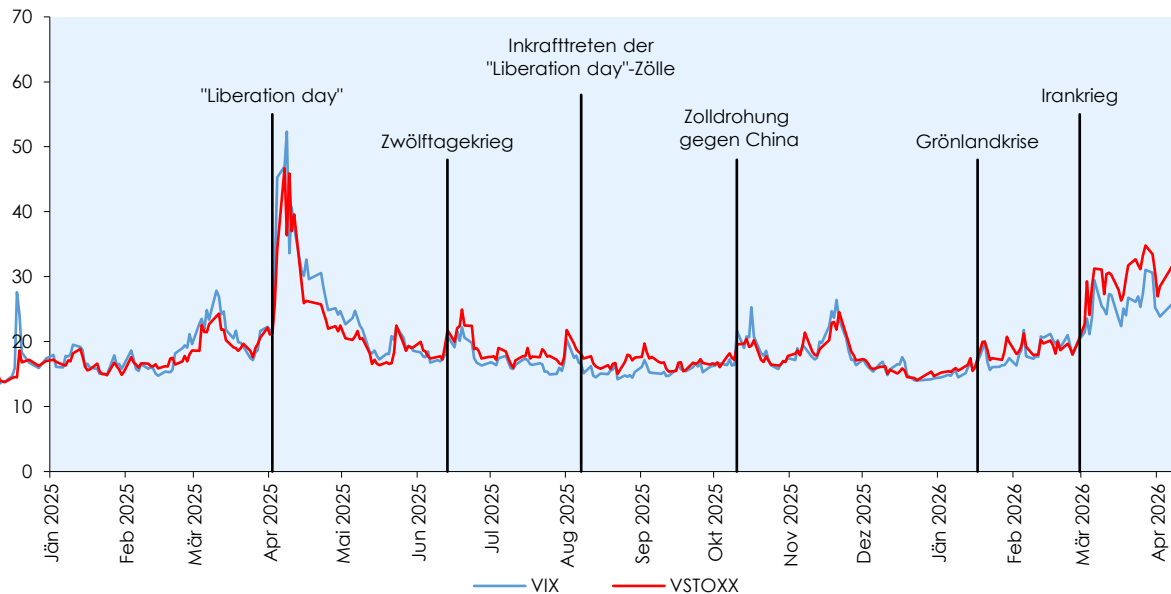
verlief die Reaktion rund um die neuerlichen US-Zolldrohungen gegen China vom 10. Oktober 2025. Hier ist kein abrupter, sondern ein schrittweiser Anstieg des TPU zu beobachten, was damit zusammenhängt, dass auf die Ankündigung weitere Drohungen und Gegendrohungen folgten und sich die handelspolitische Unsicherheit durch gegenseitige Ankündigungen aufschaukelte.

Ein etwas anderer Verlauf zeigt sich im Zusammenhang mit der Grönlandkrise. Diese hatte sich bereits vor dem 17. Jänner 2026 aufgebaut und zog sich auch danach noch hin. Entsprechend stieg der GPR schon im Vorfeld. Mit den am 17. Jänner ausgesprochenen Zolldrohungen gegenüber mehreren europäischen Ländern verlagerte sich die Unsicherheit jedoch teilweise von der geopolitischen auf die handelspolitische Dimension. Während der GPR in dieser Phase bereits erhöht war, nahm anschließend vor allem der TPU deutlich zu. Insgesamt verdeutlicht die Abbildung, dass handelspolitische und geopolitische Faktoren im betrachteten Zeitraum wichtige Treiber globaler Unsicherheit waren. Ein direkter Vergleich der Niveaus von GPR und TPU ist dabei nur eingeschränkt sinnvoll, da beide Indikatoren unterschiedliche Dimensionen von Unsicherheit messen. Die zeitliche Entwicklung legt jedoch nahe, dass handelspolitische Unsicherheit im Jahr 2025 eine besonders wichtige Rolle spielte, während seit dem Iran-Krieg Ende Februar 2026 geopolitische Risiken stärker in den Vordergrund gerückt sind. Für die Finanzstabilität ist dies insofern relevant, als ein Anstieg externer Unsicherheit typischerweise mit steigender Marktvolatilität und ungünstigeren Finanzierungsbedingungen einhergeht.

Abbildung 5.11 zeigt die Entwicklung des VIX und des VSTOXX von Jänner 2025 bis April 2026. Der VIX misst die aus Optionen auf den S&P 500 abgeleitete erwartete 30-Tage-Volatilität des US-Aktienmarkts. Der VSTOXX ist das europäische Pendant dazu und bildet die aus Optionen auf den EURO STOXX 50 abgeleitete erwartete 30-Tage-Volatilität ab. Beide Indikatoren sind damit in die Zukunft gerichtete Maße für die von den Finanzmärkten erwartete Unsicherheit.

Die Abbildung zeigt, dass Phasen erhöhter handelspolitischer und geopolitischer Unsicherheit regelmäßig mit einem Anstieg der erwarteten Aktienmarktvolatilität einhergingen. Besonders deutlich ist dies rund um den „Liberation Day“ am 2. April 2025 zu erkennen. Sowohl VIX als auch VSTOXX stiegen damals sprunghaft, wobei der Ausschlag in den USA stärker ausfiel. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei den Zolldrohungen gegenüber China im Oktober 2025. Eine plausible Erklärung dafür ist, dass diese handelspolitischen Schocks unmittelbar von den USA ausgingen und daher zunächst stärker auf die Gewinnerwartungen und die Unsicherheit am US-Aktienmarkt wirkten. Gleichzeitig blieb auch der europäische Aktienmarkt von handelspolitischen Spannungen nicht unberührt. Beim Inkrafttreten der „Liberation Day“-Zölle am 7. August 2025 reagierte der VSTOXX tendenziell stärker als der VIX, wenn auch ausgehend von einem deutlich niedrigeren Niveau. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass der Euro-Raum als sehr offene Volkswirtschaft besonders anfällig für handelspolitische Spannungen und Störungen globaler Wertschöpfungsketten ist. Die EZB verweist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Risiken von Handelskonflikten und handelspolitischer Unsicherheit für Wachstum und Finanzstabilität im Euro-Raum (European Central Bank, 2025b).

Abbildung 5.11: Finanzmarktstress in den USA und Europa



Quelle: Cboe Exchange, Inc., STOXX Ltd.

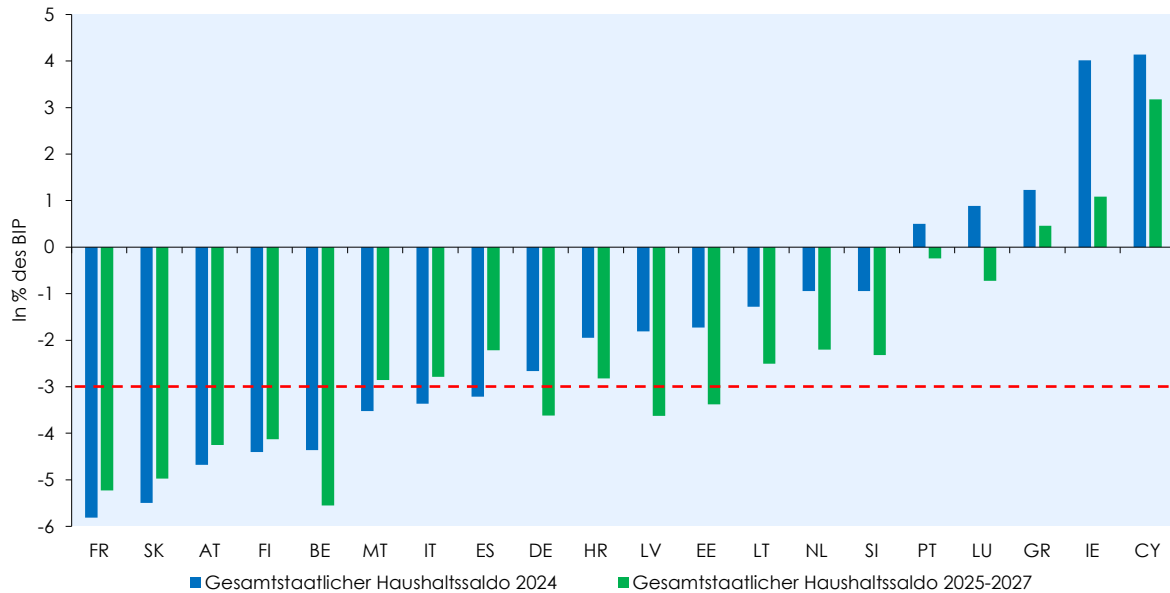
Ein anderes Bild ergibt sich während geopolitischen Krisen. Während der Zwölfstagekrieg nur einen begrenzten und kurzfristigen Effekt auf beide Indikatoren hatte, fiel der Anstieg des VSTOXX im Zuge des Iran-Kriegs Ende Februar 2026 deutlich stärker aus als jener des VIX. Eine naheliegende Erklärung ist, dass ein Krieg im Nahen Osten den Euro-Raum über Energiepreise, Handelsrouten und allgemeine Unsicherheit besonders stark trifft. Die EZB hebt in ihren Projektionen hervor, dass eine Eskalation im Nahen Osten über Störungen wichtiger Energie- und Transportwege die Konjunkturaussichten im Euro-Raum belasten kann (European Central Bank, 2025b).

Insgesamt spricht die Abbildung dafür, dass externe Unsicherheit die erwartete Volatilität an den Aktienmärkten spürbar erhöht, die regionalen Auswirkungen jedoch von der Art des Schocks und der jeweiligen wirtschaftlichen Exponierung abhängen. Handelspolitische Spannungen wirkten im betrachteten Zeitraum tendenziell stärker auf die erwartete Volatilität in den USA, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass die entsprechenden Schocks von den USA selbst ausgingen und damit die US-Wirtschaft unmittelbar betrafen. Geopolitische Risiken belasteten zuletzt dagegen den europäischen Aktienmarkt stärker. Hier dürfte insbesondere die höhere Anfälligkeit des Euro-Raums gegenüber Angebotschocks bei fossilen Energieträgern eine Rolle gespielt haben, während die USA als bedeutender Produzent und Nettoexporteur von Öl und Gas davon weniger stark negativ betroffen sind.

Wie stark sich externe Unsicherheit und Finanzmarktstress auf eine Volkswirtschaft auswirken, hängt nicht zuletzt davon ab, auf welches makroökonomische Umfeld die Schocks treffen. In diesem Zusammenhang spielen die Verschuldungspositionen von Staat und Privatsektor eine wichtige Rolle. Hohe Schuldenstände können die Verwundbarkeit gegenüber externen Schocks erhöhen, da sie die Anpassungsfähigkeit bei steigenden Finanzierungskosten, schwächerem Wachstum oder sinkenden Einkommen verringern. Zugleich beeinflussen externe Schocks die Verschuldungspositionen auch selbst, etwa wenn sie das Wachstum dämpfen, fiskalische Belastungen erhöhen oder eine stärkere staatliche Stabilisierung erfordern. Damit sind Verschuldungspositionen nicht nur mit Blick auf mögliche Risiken für die Finanzstabilität relevant, sondern auch deshalb, weil sie mit anderen strukturellen Herausforderungen, etwa dem

demografischen Wandel, interagieren. Hohe Staatsschulden können zudem den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum einengen und im Extremfall Zielkonflikte zwischen Preisstabilität und Finanzstabilität verschärfen.

Abbildung 5.12: Entwicklung der staatlichen Haushaltssalden in Europa



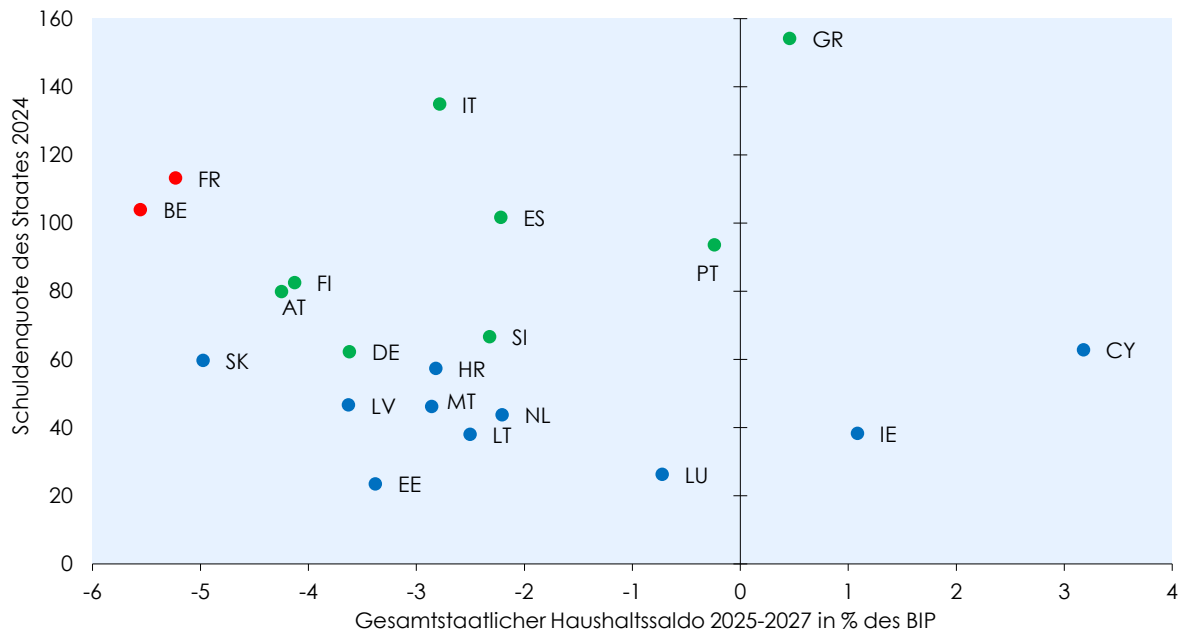
Quelle: European Central Bank (2025b), EZB Data Portal.

Abbildung 5.12 vergleicht den gesamtstaatlichen Haushaltssaldo im Jahr 2024 mit dem Durchschnitt der von der European Central Bank (2025b) prognostizierten Haushaltssalden für die Jahre 2025 bis 2027, jeweils in Prozent des BIP. Die rote gestrichelte Linie markiert die Maastricht-Defizitgrenze von 3% des BIP. Auffällig ist das klare zweigeteilte Muster. Mit Ausnahme Belgiens wird für alle Länder, deren Defizit 2024 über 3% des BIP lag, im Projektionszeitraum eine Verbesserung des Haushaltssaldos erwartet. Umgekehrt wird für alle Länder, deren Defizit 2024 unter 3% des BIP lag oder die einen Überschuss aufwiesen, eine Verschlechterung prognostiziert. **Dies spricht dafür, dass Länder mit vorhandenem fiskalischem Spielraum diesen derzeit etwa durch höhere öffentliche Ausgaben nutzen, um auf die veränderte wirtschaftliche und geopolitische Lage zu reagieren. Länder mit bereits hohen Defiziten stehen dagegen erkennbar stärker unter Konsolidierungsdruck.** Allerdings fällt selbst in dieser Gruppe die erwartete Anpassung meist begrenzt aus. Nur in wenigen Fällen sinkt das Defizit im Durchschnitt der Jahre 2025 bis 2027 wieder unter die 3%-Grenze. Insgesamt deutet die Abbildung darauf hin, dass die fiskalischen Reaktionsmöglichkeiten in Europa ungleich verteilt sind. Während einige Länder ihren Spielraum zur Stabilisierung nutzen können, bleibt er in Ländern mit bereits hohen Defiziten deutlich eingeschränkt.

Abbildung 5.13 setzt die von der EZB prognostizierten durchschnittlichen gesamtstaatlichen Haushaltssalden für die Jahre 2025 bis 2027 in Relation zur Schuldenquote im Jahr 2024. Auf der horizontalen Achse ist der durchschnittliche Haushaltssaldo für 2025 bis 2027 in Prozent des BIP aufgetragen, auf der vertikalen Achse die Schuldenquote des Jahres 2024. Die vertikale Linie bei 0 trennt Länder mit erwarteten Defiziten von Ländern mit prognostizierten Überschüssen. Rot markiert sind Belgien und Frankreich, die sowohl eine Schuldenquote von über 100% des BIP als auch ein prognostiziertes Defizit von über 3% aufweisen. Grün markiert sind jene Länder, die zwar das Maastricht-Kriterium einer Schuldenquote von höchstens 60% nicht einhalten,

deren Defizite jedoch unterhalb von 3% liegen oder sich in einem weniger kritischen Bereich bewegen.

Abbildung 5.13: Schuldenquote und erwartete Haushaltssalden



Quelle: European Central Bank (2025b), EZB Data Portal.

Die Abbildung zeigt, dass hohe Schuldenquoten und hohe laufende Defizite nicht zwangsläufig zusammenfallen, jedoch in einzelnen Fällen eine besonders problematische Kombination bilden. Dies gilt vor allem für Belgien und Frankreich. Beide Länder weisen bereits eine Schuldenquote von über 100% des BIP auf und verfehlen zugleich auch bei der Neuverschuldung deutlich das Maastricht-Kriterium. Diese Kombination schränkt den fiskalischen Spielraum in einem Umfeld erhöhter Unsicherheit besonders stark ein.

Daneben gibt es eine zweite Ländergruppe mit erhöhten, aber weniger kritischen fiskalischen Verwundbarkeiten. Dazu zählen etwa Italien, Spanien, Österreich, Finnland und Deutschland, die entweder eine Schuldenquote von über 60% oder ein weiterhin negatives Haushaltssaldo über der 3%-Marke aufweisen, ohne jedoch die besonders ungünstige Kombination aus sehr hoher Verschuldung und sehr hoher Neuverschuldung zu erreichen. Griechenland weist zwar weiterhin die mit Abstand höchste Schuldenquote auf, erzielt laut Prognose jedoch einen ausgeglichenen bis leicht positiven Haushaltssaldo. Ähnliches gilt, wenn auch auf niedrigerem Schuldenniveau, für Portugal und Zypern. Diese Länder zeigen, dass hohe Schuldenstände fiskalische Risiken zwar erhöhen, deren Bedeutung aber stark davon abhängt, ob sie mit anhaltend hohen Defiziten einhergehen.

Insgesamt verdeutlicht die Abbildung, dass fiskalische Verwundbarkeit nicht allein an der Höhe der Schuldenquote oder des laufenden Defizits festgemacht werden kann. Entscheidend ist vielmehr die Kombination aus beidem. Länder mit hoher Schuldenquote und gleichzeitig anhaltend hoher Neuverschuldung erscheinen in einem Umfeld erhöhter externer Unsicherheit und geopolitischer Konflikte besonders anfällig, da zusätzliche Schocks die Schuldentragfähigkeit weiter verschlechtern und den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum einengen können.

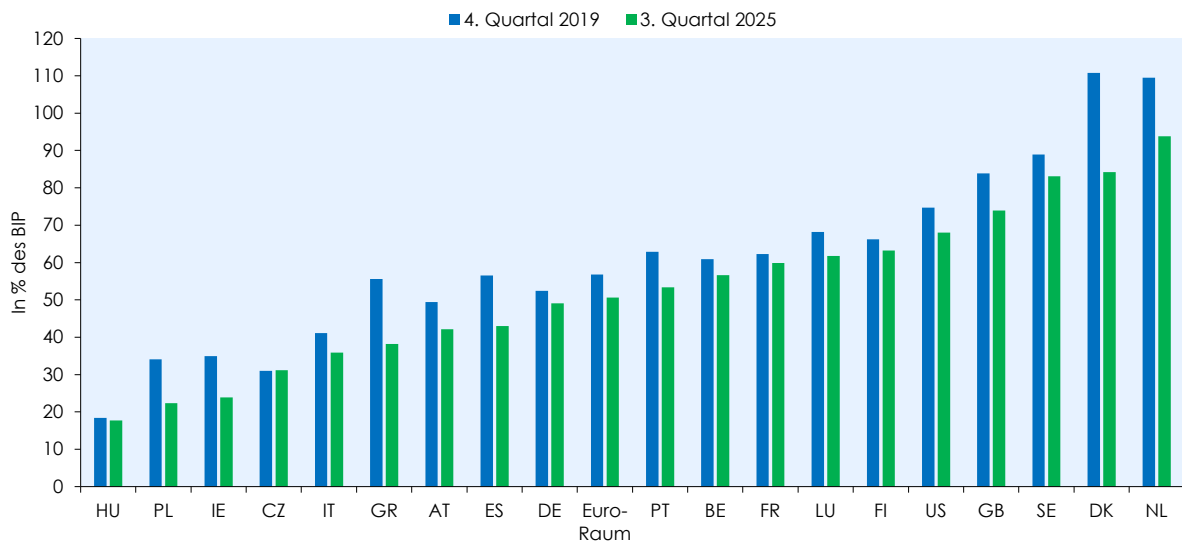
Abbildung 5.14 zeigt die Verschuldung privater Haushalte und Unternehmen in Europa und den USA im 4. Quartal 2019 sowie im 3. Quartal 2025, jeweils im Verhältnis zum BIP. **Bei den privaten Haushalten ist im betrachteten Zeitraum in allen ausgewiesenen Ländern mit Ausnahme Tschechiens ein Rückgang der Verschuldung zu beobachten.** In Tschechien nimmt die Verschuldung in Relation zum BIP lediglich geringfügig um 0,2 Prozentpunkte zu. Der Rückgang der Haushaltsverschuldung dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass die hohe Inflation nach der COVID-19-Pandemie das nominale BIP deutlich erhöhte und damit bestehende nominelle Schulden relativ entwertete (siehe auch Abbildung 5.1). Überraschende Inflation begünstigt Schuldner, da sich ihre Verbindlichkeiten gemessen an Einkommen und Wirtschaftsleistung verringern. Hinzu kommt, dass die erhöhte Unsicherheit sowie die höheren Zinsen und somit Finanzierungskosten (siehe Kapitel 5.3) in den vergangenen Jahren tendenziell zu einer höheren Sparneigung beigetragen haben. Zudem waren die Konsummöglichkeiten während der COVID-19-Pandemie zeitweise eingeschränkt, was den Aufbau von Ersparnissen zusätzlich begünstigt haben dürfte. Dass die Haushaltsverschuldung auch in den letzten Quartalen tendenziell weiter gesunken ist, spricht dafür, dass es sich nicht nur um einen einmaligen Niveaueffekt handelt, sondern zumindest teilweise auch um einen anhaltenden Schuldenabbau beziehungsweise eine zurückhaltendere Verschuldung der privaten Haushalte, zu der erhöhte Unsicherheit beigetragen haben könnte.

Bei den nichtfinanziellen Unternehmen zeigt sich ein deutlich heterogeneres Bild als bei den privaten Haushalten. In mehreren Ländern ist die Verschuldung in Relation zum BIP seit dem 4. Quartal 2019 zurückgegangen, darunter auch im Euro-Raum insgesamt. Zugleich bleibt das Niveau der Unternehmensverschuldung in vielen Ländern hoch. Anders als bei der Staatsverschuldung oder der Verschuldung privater Haushalte lässt sich daraus jedoch nicht ohne Weiteres auf eine erhöhte Verwundbarkeit der betreffenden Volkswirtschaft schließen. **Eine hohe Verschuldung nichtfinanzieller Unternehmen kann zwar mit Risiken verbunden sein, sie kann aber auch Ausdruck günstiger Finanzierungsbedingungen, guter Investitionsmöglichkeiten oder besonderer Unternehmensstrukturen sein.**

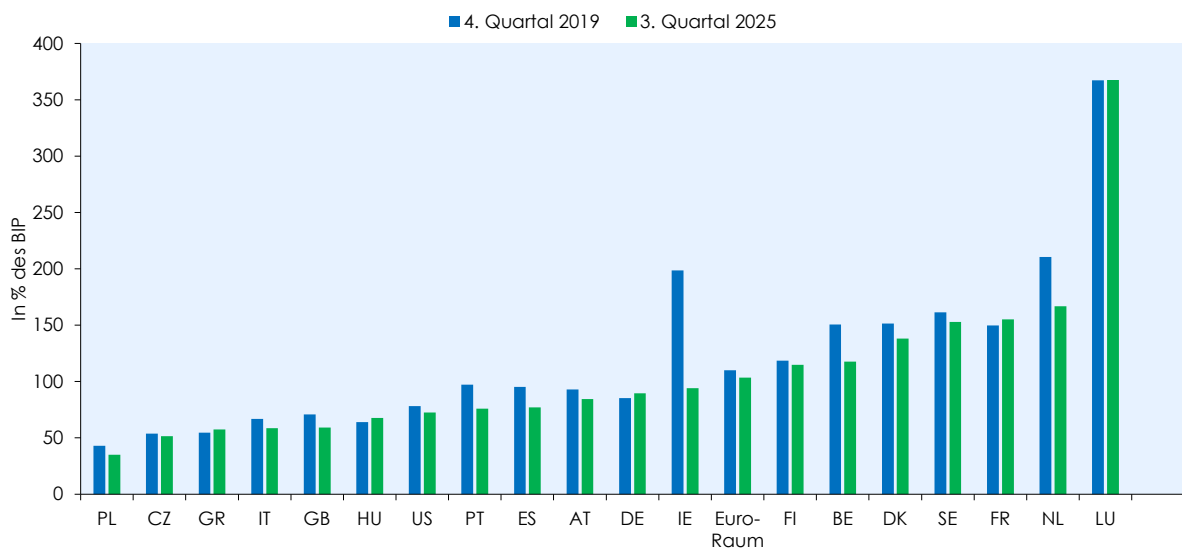
Dies gilt insbesondere für Luxemburg, wo die Verschuldung nichtfinanzieller Unternehmen mit Abstand am höchsten ausfällt. Wie Di Filippo (2020) ausführt, ist dies vor allem auf Luxemburgs Rolle als internationaler Finanzplatz zurückzuführen. Ein großer Teil der ausgewiesenen Verschuldung entfällt dort auf ausländisch kontrollierte Unternehmen sowie auf konzerninterne Finanzierungen multinationaler Unternehmensgruppen. Die hohe Quote ist daher nur bedingt als Ausdruck einer besonderen realwirtschaftlichen Verwundbarkeit zu interpretieren. Auch der starke Rückgang der Unternehmensverschuldung in Irland sollte mit Vorsicht interpretiert werden. Cussen und O'Leary (2013) weisen darauf hin, dass aggregierte Schuldquoten in Irland maßgeblich durch multinationale Unternehmen und konzerninterne Finanzierungsstrukturen geprägt werden und damit die Lage heimischer Unternehmen nur unvollständig abbilden.

Abbildung 5.14: Verschuldung privater Haushalte und Unternehmen in Europa und den USA

Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck



Nichtfinanzielle Unternehmen



Quelle: Bank for International Settlements (BIS).

Insgesamt spricht die Abbildung damit eher dafür, die Verschuldung nichtfinanzieller Unternehmen als Teil des makroökonomischen Gesamtbilds zu betrachten, ohne daraus unmittelbar auf das Ausmaß finanzieller Verwundbarkeiten zu schließen. Für eine solche Einordnung wären zusätzliche Informationen erforderlich, etwa zur Profitabilität, Zinsbindung, Fälligkeitsstruktur der Schulden und wirtschaftlichen Trägerschaft der Unternehmen.

Das Kapitel macht deutlich, dass geopolitische Krisen, externe Unsicherheit, Finanzmarktstress und Verschuldungspositionen eng zusammenhängen. Handelspolitische und geopolitische Spannungen haben im betrachteten Zeitraum spürbar auf die Finanzmärkte durchgeschlagen, wobei Ausmaß und regionale Verteilung der Effekte von der Art des jeweiligen Schocks abhängen. Wie belastend solche Entwicklungen letztlich wirken, hängt jedoch auch von den wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen ab. **Für Europa zeigt sich dabei ein differenziertes Bild.** Während einige Länder mit bislang größerem fiskalischem Spielraum diesen derzeit offenbar

nutzen, um auf die veränderte wirtschaftliche und geopolitische Lage zu reagieren, stehen hoch verschuldete Länder mit anhaltenden Defiziten unter Konsolidierungsdruck.

Österreich zählt eher zu letzterer Gruppe und gehört damit nicht zu den Ländern, die gegenwärtig zusätzliche fiskalische Spielräume in größerem Umfang nutzen können. Zugleich deutete das vorangegangene Kapitel darauf hin, dass Österreich gegenüber inflationären Schocks besonders anfällig sein könnte, möglicherweise auch aufgrund der vergleichsweise starken Inflationsindexierung. Bei der Verschuldung privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen liegt Österreich hingegen im Mittelfeld der Euroländer und ist in dieser Hinsicht derzeit nicht besonders auffällig. **Die relevanteren Verwundbarkeiten ergeben sich damit für Österreich weniger aus einer außergewöhnlich hohen privaten Verschuldung als aus dem Zusammenspiel externer Schocks, begrenzter fiskalischer Spielräume und einer potenziell erhöhten Sensitivität gegenüber inflationären Impulsen.**

6. Mittelfristige Entwicklungen im globalen Handel

Robert Stehrer

6.1 Geopolitik treibt die wirtschaftliche Entwicklung

6.1.1 Wachstumsaussichten für den Welthandel

Das Wachstum des Welthandels bleibt gering und ist mit wesentlichen Abwärtsrisiken behaftet.

Die WTO (2026) erwartet ein Wachstum des realen globalen Warenhandels von lediglich 1,9% für 2026 und 2,6% für 2027 im Vergleich zu 4,6% im Jahr 2025 und 2,7% im Jahr 2024. Für den globalen Dienstleistungshandel wird eine Wachstumsabschwächung von 5,3% im Jahr 2025 auf 4,8% im Jahr 2026 prognostiziert, gefolgt von einem Anstieg auf 5,1% im Jahr 2027. Das Wachstum des gesamten Handels für 2026 wird mit 2,7% daher etwa so hoch sein, wie das von der WTO prognostizierte BIP-Wachstum von 2,8%. Erhebliche Abwärtsrisiken bestehen jedoch im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt und den damit einhergehenden hohen Preisen für fossile Energieträger und allgemein den geopolitischen Unabwägbarkeiten. Es wird daher geschätzt, dass das Wachstum des Warenhandels im Jahr 2026 um bis zu 0,5 Prozentpunkte und das des Dienstleistungshandels um bis zu 0,7 Prozentpunkte geringer ausfallen könnte. Positive Wachstumseffekte könnten vom Handel mit KI-bezogenen Gütern³¹⁾ ausgehen, was mit bis zu plus 0,5 Prozentpunkten des Gesamtwachstums des Warenhandels beziffert wird. Insgesamt hängt jedoch sehr viel von der Dauer und den Auswirkungen des Nahost-Konflikts ab.

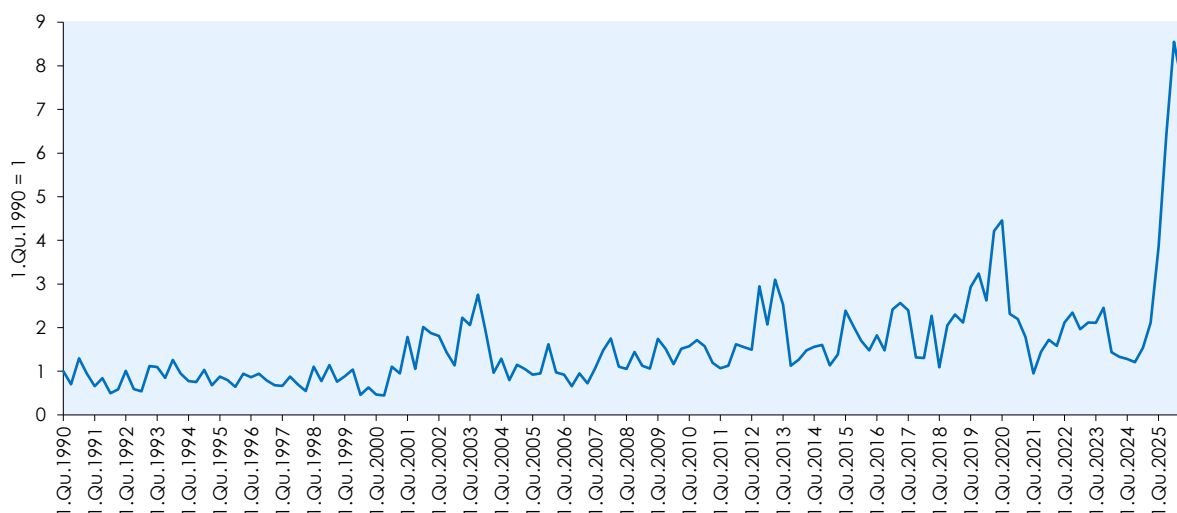
Weitere starke regionale Unterschiede und Fragmentierung des Welthandels. Es bestehen jedoch große regionale Unterschiede in den Wachstumsaussichten. So wird für Europa ein Exportwachstum im Güterhandel von lediglich 0,5% im Jahr 2026 und 1,9% für das Jahr 2027 erwartet. In einem Szenario mit hohen Ölpreisen sinkt die prognostizierte Veränderungsrate für 2026 auf -0,6%, würden jedoch für 2027 aufgrund von Rebound-Effekten auf +2,6% steigen. Die stärksten Wachstumsimpulse für den Güterhandel kommen aus Südamerika mit 3,5% bzw. 2,5% und Asien mit 3,5% und 3,2% für die Jahre 2026 und 2027. In einem Szenario der WTO mit höheren Energiepreisen würde sich diese nur wenig ändern, wobei weitere und länger andauernde Auswirkungen des Nahost-Konflikts schwer abzuschätzen sind. Wie schon letztes Jahr weist die WTO (2026) auf die sich nochmals verstärkende Fragmentierung des Welthandels zwischen hypothetischen Handelsblöcken (definiert nach UN-Abstimmungsverhalten, siehe Blanga-Gubbay & Rubinová, 2023) und eines fortschreitenden „Decouplings“ des Handels zwischen den USA und China hin. Eine darüberhinausgehende Fragmentierung des Welthandels kann aufgrund der US-Politik und geopolitischer Interessenskonflikte erwartet werden.

Der signifikante Anstieg der globalen Unsicherheit wird die zukünftigen Handlungsspielräume prägen. Die verschiedenen regionalen Konflikte und Kriege, die durchaus globale Auswirkungen haben, wie der Anstieg bzw. die Volatilität des Ölpreises zeigen, als auch die Verunsicherung durch die US-Wirtschafts- und Handelspolitik (bzw. auch Innen- und Außenpolitik), haben

³¹ WTO (2025, Annex A) definiert eine Liste von mehr als 100 HS-6-Steller-Produkten, die als KI-relevant bezeichnet werden.

zu einem ungeahnten Anstieg der globalen Unsicherheit geführt. Abbildung 6.1 zeigt den globalen World Uncertainty Index (WUI)³² der auf den Wert des 1. Quartals 1990 normiert wurde. Ende 2025 lag der Index bei 8,6. Im Vergleich dazu lag dieser bei etwa 2,8 während der Dot-com-Krise bzw. dem Irakkrieg Anfang der 2000er-Jahre, bei 3,1 während der globalen Finanzkrise und der Eurokrise um das Jahr 2010 und bei 4,5 am Höhepunkt der COVID-19-Pandemie. Dieser Index dürfte im Zuge der derzeitigen Konflikte im Nahen Osten noch wesentlich höher liegen. Ein ähnlicher Anstieg ist auch beim World Trade Uncertainty Index (WTUI) zu sehen, der im Vergleich zum 1. Quartal 1996 (dem ersten verfügbaren Jahr) sogar um den Faktor 250 höher liegt, was hauptsächlich auf die erratische Zollpolitik der US-Administration zurückzuführen ist.

Abbildung 6.1: World Uncertainty Index



Quelle: Ahir et al. (2022), wiiw-Berechnungen

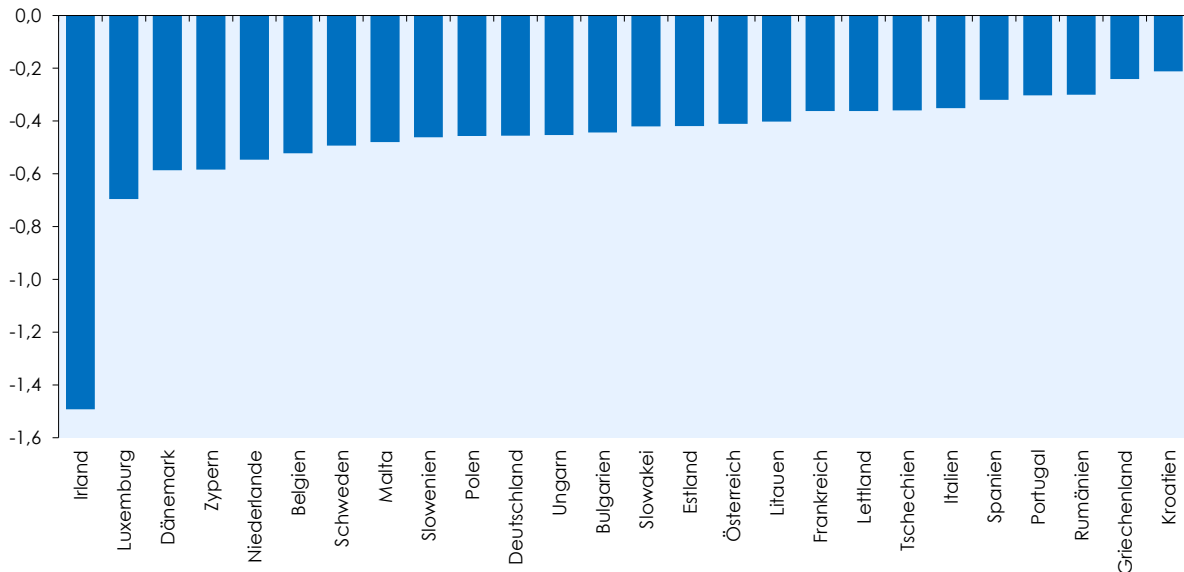
6.1.2 Globale handelspolitische Entwicklungen

Die erratische US-Handelspolitik war das prägende Momentum des letzten Jahres. Der Amtsantritt von Donald Trump als US-Präsident im Jänner 2025 markiert einen Einschnitt in das seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende und immer weiter vertiefte regelbasierte Handelssystem. Obwohl dieses nicht immer konfliktfrei und ohne Herausforderungen war, stellen die neue US-Politik zusammen mit den geopolitischen Verwerfungen eine signifikante Zäsur dar. Aus ökonomischer Sicht hat sich, wie in vielen Studien und Kommentaren ausgeführt, gezeigt, dass diese Zollmaßnahmen vor allem auch negative Konsequenzen für die ökonomische Entwicklung in den USA haben, während diese für Europa (und viele andere Länder) zwar negative, aber relativ kleine Auswirkungen haben, wenn man nur die Zollpolitik betrachtet. Abbildung 6.2 zeigt die Auswirkungen eines angenommenen Rückgangs der US-Importe im Güterhandel von 10% (siehe Bittó & Stehrer, 2026 für Details) auf die EU-Mitgliedsländer. Die Auswirkungen reichen

³² Der WUI wird berechnet, indem der prozentuale Anteil des Wortes „unsicher“ (bzw. seiner Varianten) in den Länderberichten der Economist Intelligence Unit ermittelt wird. Der WUI wird anschließend skaliert, indem er mit 1.000.000 multipliziert wird. Ein höherer Wert bedeutet höhere Unsicherheit und umgekehrt (siehe Ahir et al., 2022 für methodologische Details).

von mehr als 1% Rückgang des BSP (Bruttosozialprodukt) in Irland bis etwa 0,2% in Kroatien. Österreich liegt mit einem Rückgang von 0,4% im Mittelfeld.

Abbildung 6.2: Auswirkungen eines Rückgangs der US-Importe um 10% auf das BSP in %



Quelle: Eurostat/FIGARO (Release 2024), wiw-Berechnungen.

Handelsdiversifizierung als Antwort auf US-Zölle. Die US-Zolleskapaden gehen jedoch einher mit einer steigenden Unsicherheit, die wachstumshemmend wirkt, und in einer Phase allgemein schwächelnder Konjunktur einen zusätzlichen Dämpfer und ein Abwärtsrisiko darstellt. Der effektive Zollsatz, der von den USA derzeit auf die Importe eingehoben wird, betrug im Jänner 2026 noch ungefähr 16%, was einem Anstieg der US-Zölle von etwa 10 Prozentpunkten im Vergleich zu 2024 bedeutet³³). Nach dem Entscheid des Supreme Courts die länderspezifischen US-Zölle, die auf dem „International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) (1977)“ beruhen, als verfassungswidrig zu erklären, gingen diese auf etwa 11% zurück. Seit dem 24. Februar 2026 gelten auf Importe der USA statt der vorherigen 15% nun Zölle nach Section 122 of the Trade Act 1974, was zu einer zusätzlichen Belastung von 10% auf den MFN-Zollsatz führt. Neue US-Zölle auf Stahl, Aluminium und Kupfer traten am 6. April 2026 in Kraft, was erhebliche Auswirkungen auf den Maschinenbau hat. Die EU hat die Ratifizierung eines Handelsabkommens im Europäischen Parlament als Reaktion auf die neuen US-Zölle und die durch das Verfassungsgerichtsurteil ausgelöste Rechtsunsicherheit ausgesetzt.

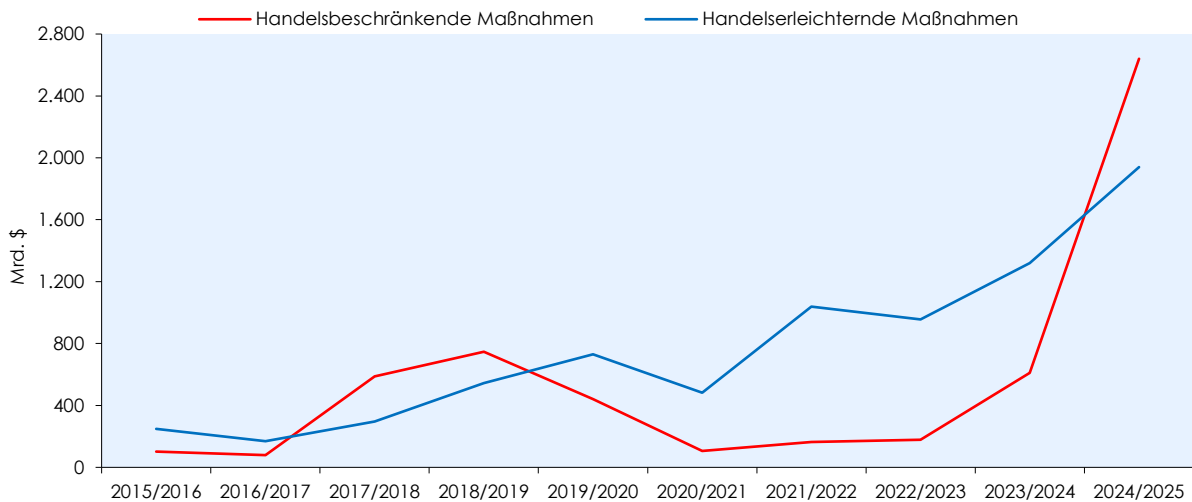
Die übergeordnete Strategie der EU sollte Diversifizierung sein. Simulationen (siehe z. B. Mahlkow et al., 2025) zeigen, dass bereits moderate Erleichterungen bei der Handelsdiversifizierung Wohlfahrtsverluste vollständig ausgleichen könnten, sollten die US-Zölle auf hohem Niveau bleiben.

Die US-Zollpolitik erhöhte die von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen globalen Importe massiv. Die WTO unterscheidet bei den Handelsmaßnahmen zwischen neuen handels-erleichternden und handelsbeschränkenden Maßnahmen innerhalb der WTO-Mitglieder. Letztere betreffen insbesondere Zollerhöhungen, Importverbote oder Exportsteuern. War schon von

³³) Financial Times Trump Tariff Tracker (<https://www.ft.com/trump-tariffs>).

2022/2023 bis 2023/2024 ein leichter Aufwärtstrend hinsichtlich der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe sichtbar, stiegen diese getrieben durch die US-Zollpolitik jedoch von 611 Mrd. \$ in 2023/2024 auf 2.640 Mrd. \$ und damit auf mehr als das Vierfache an (Abbildung 6.3).

Abbildung 6.3: Von neuen handelsrelevanten Maßnahmen erfasste Handelsvolumen (Importe), 2015/2016 – 2024/2025



Anmerkung: WTO-Mitglieder gesamt. Maßnahmen werden jeweils von Mitte Oktober eines Jahres bis Mitte Oktober des Vorjahres erfasst. Die gezeigten Maßnahmen sind ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19.
Quelle: Report of the TPRB on Trade-Related Developments (WTO, 2025; Chart 3.3, 3.5).

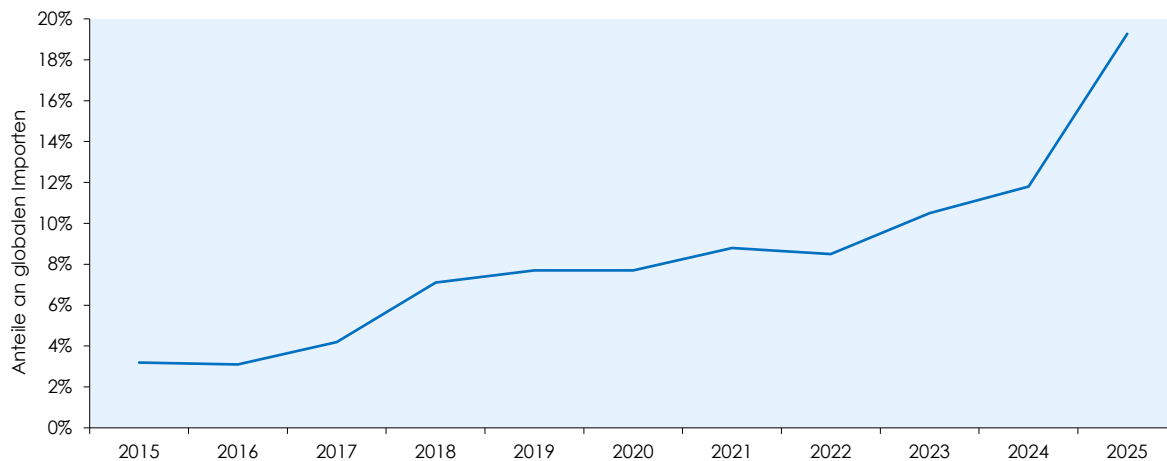
Die von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe liegen in einem nie zuvor gesehenen Ausmaß über den von handels erleichternden Maßnahmen betroffenen Importen.

Die von handels erleichternden Maßnahmen tangierten Importe stiegen jedoch ebenfalls von 1.320 Mrd. \$ im Jahr 2023/2024 auf 1.940 Mrd. \$ im Jahr 2024/2025 an, was in etwa einen Anteil von 8,1% der globalen Importe ausmacht. Zum ersten Mal seit langem sind daher die von neuen handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe wieder größer als die von handels erleichternden neuen Maßnahmen. Ein ähnliches Muster war bereits in der Periode 2017/2018 zu beobachten, allerdings auf einem wesentlich niedrigeren Niveau. Schließlich gab es auch wenige exporterleichternde Maßnahmen, die eingeführt wurden, die aber weniger als 1% der globalen Exporte ausmachten.

Der kumulative Anteil der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe steigt dadurch weiter an.

Abbildung 6.3 zeigt die neuen handelsbeschränkenden bzw. -erleichternden Maßnahmen. Verhängte handelsbeschränkende Maßnahmen bleiben jedoch meist längerfristig in Kraft, da jedes Jahr nur ein Bruchteil dieser Beschränkungen aufgehoben wird, jedoch neue hinzukommen, was dazu führt, dass ein wachsender Anteil der weltweiten Importe von derartigen Maßnahmen über die Zeit betroffen ist. Abbildung 6.4 zeigt daher den Anteil der insgesamt von bestehenden handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe, der demgemäß auf fast 20% im Jahr 2025 (ausgehend von etwa 12% im Jahr 2024) anstieg und somit über dem längerfristigen Trend liegt. Aufgrund der oftmals erratischen US-Zollpolitik ist schwer vorauszusagen, wie sich dieser Anteil in den nächsten Jahren entwickeln wird. Ein Rückgang kann aufgrund der rezenten Rücknahme einiger Zollanhebungen bzw. der Entscheidung des Supreme Courts vom 20. Februar 2026 auch nicht ausgeschlossen werden.

Abbildung 6.4: Von handelsrelevanten kumulativen Maßnahmen erfasste Handelsvolumen, 2015 – 2025



Anmerkung: WTO-Mitglieder gesamt. Die Maßnahmen in der Periode 2019/2020 ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19. Quelle: Report of the TPRB on Trade-Related Developments (WTO, 2025; Chart 3.6).

6.2 Unabsehbare Auswirkungen des Kriegs im Nahen Osten

Der Nahost-Konflikt wird weit über die unmittelbare Kriegsregion hinaus und längerfristig spürbare wirtschaftlich schwer absehbare Folgen haben. Der seit Oktober 2023 (dem Angriff der Hamas auf Israel und die massive Reaktion Israels und der Zerstörung des Gazastreifens) andauernde Konflikt hat mit dem Angriff der USA und Israels auf den Iran am 28. Februar 2026 eine neue Eskalationsstufe mit bislang unvorhersagbarem Ausgang erreicht. Die strategische Lage der Region, ihre Bedeutung für globale Energiemärkte und die dort verlaufenden wichtigsten Schifffahrtsrouten machen den Nahen Osten zu einem zentralen Knotenpunkt des Welt Handels. Der Nahe Osten ist Heimat einiger der größten Öl- und Flüssiggasproduzenten der Welt und beherbergt mit der Straße von Hormus eine der neuralgischsten Engstellen im globalen Energietransport. Rund 20% des weltweit gehandelten Öls und etwa ein Viertel des Flüssiggases (LNG) passieren diese Meerenge täglich. Mit nur etwa 5% der Öllieferungen durch die Straße von Hormus sind Europa (und die USA) von einer Sperre dieser Route (im Vergleich zum asiatischen Raum und Indien) kaum direkt betroffen, wobei jedoch die indirekten Auswirkungen über höhere und volatilere Ölpreise und Engpässe massiv sein können.

Allgemeine negative Auswirkungen entstehen durch die Einschränkungen des Seehandels.

Eine der gravierendsten mittelfristigen Folgen des Konflikts betrifft den Seehandel durch das Rote Meer. Die Route über den Suezkanal ist eine der meistbefahrenen Handelsachsen der Welt und befördert rund 12% bis 15% des globalen Warenhandels. Angriffe der Huthi-Miliz auf Handelsschiffe haben seit Ende 2023 dazu geführt, dass zahlreiche internationale Reedereien ihre Schiffe auf die deutlich längere Alternativroute um das Kap der Guten Hoffnung umleiten. Dies hat mehrere Konsequenzen. Damit verbunden sind die Erhöhung der Transportkosten um 20% bis 50% je nach Route und Ladung, eine Verlängerung der Lieferzeiten um 10 bis 14 Tage für Routen zwischen Asien und Europa und damit einhergehend auch ein deutlich gesteigener Treibstoffverbrauch und damit verbundene CO₂-Emissionen. Obwohl mittelfristig Investitionen in alternative Infrastruktur und eine beschleunigte Diversifizierung von Transportwegen zu erwarten sind, bleibt der Suezkanal auf absehbare Zeit schwer ersetzbar, was die strukturelle Verwundbarkeit des globalen Handels durch geopolitische Instabilität im Nahen Osten unterstreicht. Die gestiegene Unsicherheit im Nahen Osten hat sich unmittelbar in den

Versicherungsmärkten niedergeschlagen. Kriegsrisikoprämien für Schiffe, die das Rote Meer oder den Persischen Golf passieren, haben sich seit Ausbruch der Feindseligkeiten vervielfacht oder wurden staatlich übernommen³⁴). Dies verteuert den Handel für alle beteiligten Akteure, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie Exporteure aus Entwicklungsländern, die über geringere Risikopuffer verfügen. Mittelfristig könnte dies zu einer Konsolidierung im globalen Seehandel zugunsten großer, vertikal integrierter Logistikkonzerne führen.

Branchen- und regionspezifische Auswirkungen sind vielschichtig. Bestimmte Branchen könnten besonders stark von den Lieferkettenstörungen betroffen sein, wie die Elektronik- und Halbleiterindustrie, die auf präzise getaktete Zulieferungen aus Asien angewiesen ist, und die Automobilindustrie mit ihren komplexen, grenzüberschreitenden Produktionsnetzwerken. Der Nahe Osten und insbesondere das Rote Meer fungieren als Korridor für Nahrungsmittelimporte in Regionen des Globalen Südens, darunter Teile Ostafrikas, des Jemens und Südasiens. Die Störungen dieser Route treffen Länder mit ohnehin angespannter Ernährungssituation besonders hart. Steigende Importkosten für Grundnahrungsmittel können humanitäre Krisen verschärfen und soziale Instabilität befördern – mit mittelbaren Rückwirkungen auch auf europäische Migrationsbewegungen und Entwicklungszusammenarbeit.

Der Krieg im Nahen Osten verstärkt, wie schon der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die Notwendigkeit zur Diversifizierung und Reorganisation von Lieferketten. Die mittelfristigen Auswirkungen des Kriegs im Nahen Osten auf den Welthandel werden vielschichtig, langfristig und systemisch sein. Zusätzlich zur erratischen Handelspolitik der US-Administration betreffen sie wahrscheinlich nicht nur Logistik und Energiepreise, sondern werden auch Investitionsströme, Lieferkettenarchitekturen und die geopolitische Landkarte des globalen Handels nachhaltig verändern. Der Konflikt beschleunigt den bereits seit längerem beobachtbaren Trend zum sogenannten „Friendshoring“, d. h. der Verlagerung von Liefer- und Wertschöpfungsketten hin zu politisch nahestehenden oder geopolitisch stabilen Ländern und trägt somit zur Fragmentierung des Welthandels bei. Gleichzeitig verändert er die diplomatischen Gewichte. Russland und China nutzen die Distanzierung vieler Südländer von westlichen Positionen zum Nahost-Konflikt, um alternative Handelskorridore und Zahlungssysteme zu stärken. Länder des Globalen Südens agieren zunehmend als eigenständige geopolitische Akteure, die ihre Handelsbeziehungen strategisch diversifizieren. Für die Politik ergibt sich somit die Notwendigkeit, internationale Handelskorridore so weit wie möglich zu schützen und zu diversifizieren, die Widerstandsfähigkeit kritischer Lieferketten zu stärken sowie multilaterale Stabilisierungsbemühungen zu intensivieren.

6.3 EU-Handels- und Industriepolitik als Herausforderung

6.3.1 Die EU als wichtiger globaler Player

Die EU ist einer der größten globalen Akteure im Welthandelssystem. Etwa 30% der globalen Güter- und Dienstleistungsexporte (einschließlich Intra-EU-Handel) werden von EU-Mitgliedsländern getätigt. Ohne den Intra-EU-Handel zu berücksichtigen, hält die EU einen Anteil von etwa 18% an den globalen Güter- und Dienstleistungsexporten und rangiert damit vor China mit

³⁴) <https://www.weforum.org/stories/2026/04/how-middle-east-war-turning-governments-into-insurers-last-resort/>.

15,3% und den USA mit 11,5% auf dem ersten Platz. Dahinter folgen Japan und Großbritannien mit etwa 4%, was die Bedeutung der EU im Welthandel unterstreicht. Betrachtet man nur den Güterhandel, liegt China an der Spitze mit einem globalen Exportanteil von 20,5%, gefolgt von der EU mit 15% und den USA mit 8,9%. Die nächsten beiden Länder sind Südkorea und Japan mit je etwa 4%³⁵). Die Wichtigkeit einer starken und einheitlichen EU im geopolitischen Kontext sieht man auch daran, dass Deutschland als größtes EU-Land bei den globalen Exporten (ohne Intra-EU Handel) mit etwa 3,6% hinter Japan und Großbritannien liegt.

Die wichtigsten Handelspartner bleiben China und die USA. Ähnliche Werte ergeben sich auch aus der Güterhandelsstatistik (basierend auf UN COMTRADE) für 2024. China hat einen Anteil von 18,7%, die EU von 13,8% und die USA von 10,3%. Die beiden nächstgrößten Länder sind Japan und Südkorea mit etwas weniger als 4%. Die wichtigsten Exportdestinationen sind die USA, die 2024 mehr als 20% der EU-Exporte ausmachten, gefolgt von Großbritannien mit 12,7% und China mit 9%. Weitere wichtige Destinationen sind die Schweiz mit 7,4%, die Türkei mit 4,3% und Japan bzw. Südkorea mit weniger als 3%.

Der Handel mit den Ländern des Nahen Ostens ist nicht unbedeutend. Die Länder des Nahen Ostens machen zusammen 6,5% der EU-Güterexporte aus, wobei die Arabischen Emirate mit 1,7%, Saudi-Arabien mit 1,5% und Israel mit 1,1% die wichtigsten Destinationen sind. Bei den Importen spielen diese Länder mit insgesamt etwa 3,7% der gesamten EU-Importe eine geringere Rolle. Die EU ist für die Länder des Nahen Ostens mit 10,5% der Exporte (nach China mit 16,2% und Indien mit 13,2%) der drittgrößte Exportpartner. Umgekehrt spielt die EU mit einem Anteil der Importe dieser Länder mit 17,7% (nach China mit 20,6%) eine noch bedeutendere Rolle. Mit Abstand folgen hier die USA mit 7,8% und Indien mit 7,1%.

6.3.2 Die Handels- und Industriepolitik der EU werden sukzessive neu ausgerichtet

Geopolitische Entwicklungen haben und werden die Handels- und Industriepolitik der EU in den nächsten Jahren bestimmen. Etwa 40% der EU-Exporte bzw. EU-Importe werden mit Ländern und Regionen, die nunmehr als zumindest unverlässlich (USA), systemischer Rivale (China) oder Konfliktregionen (Naher Osten, Ukraine und Russland) eingestuft werden können, getätigt. Dementsprechend hat sich die Handelspolitik der letzten Jahre neben dem Abschluss verschiedener Freihandelsabkommen zu einem stärker defensiv-strategischen Ansatz gewandelt³⁶). Wichtige Beispiele für diesen strategischen Wandel sind das Ende 2021 beschlossene Instrument gegen wirtschaftlichen Zwang („Anti-Coercion Instrument“), verstärkte Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen oder Zusatzzölle auf chinesische Elektroautos (2024). Seit Jänner 2023 ergänzt die Verordnung zu drittstaatlichen Subventionen (DFS-VO) das handelspolitische Instrumentarium der EU, um unfaire Wettbewerbsvorteile durch staatliche Beihilfen aus Drittländern zu bekämpfen. Bereits 2020 wurde ein EU-Überprüfungsmechanismus für ausländische Direktinvestitionen eingeführt, der strategisch sensitive Übernahmen durch Drittstaaten kontrolliert.

Die EU-Handelspolitik verfolgt verstärkt das Ziel der „offenen strategischen Autonomie“. Dies beinhaltet einerseits eine aktive Diversifizierung weg von den USA durch neue Freihandelsabkommen und andererseits eine stärkere Durchsetzung eigener Interessen wie oben ausgeführt.

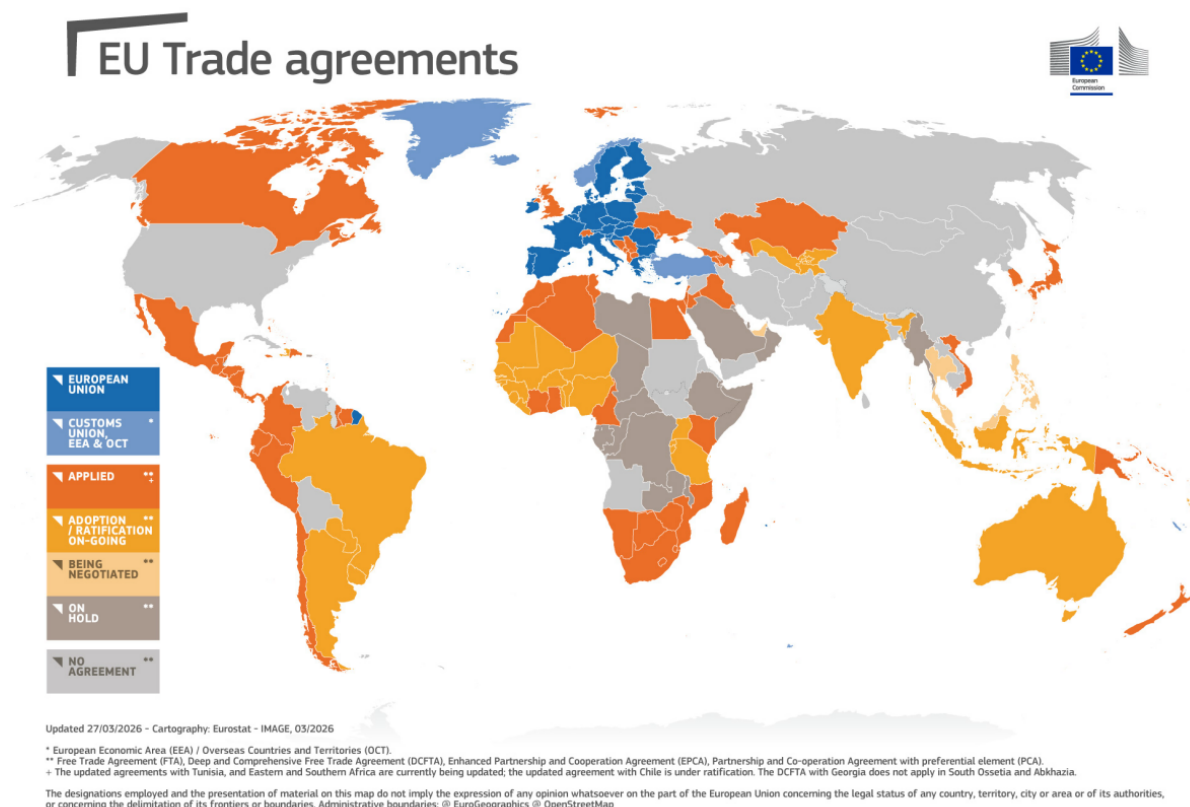
³⁵) Daten berechnet mit Eurostat/FIGARO Release 2025 für das Jahr 2023.

³⁶) Siehe dazu [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/775919/EPRS_BRI\(2025\)775919_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2025/775919/EPRS_BRI(2025)775919_EN.pdf)

Insbesondere wurde im Jänner 2026 das lang verhandelte Freihandelsabkommen mit dem Mercosur-Block vom Europäischen Rat angenommen. Ebenso wurde Anfang 2026 das Freihandelsabkommen mit Indien abgeschlossen, im Zuge dessen Zölle auf 96,6% des Wertes der EU-Warenexporte bis 2032 abgeschafft oder gesenkt werden sollten (siehe Landesmann et al., 2026). Die EU und Australien haben am 24. März 2026 nach langjährigen Verhandlungen auch den Abschluss eines umfassenden Freihandelsabkommens bekannt gegeben. Die nächsten naheliegenden Ziele beinhalten die Umsetzung des Mercosur-Abkommens, den Ausbau der Partnerschaften mit asiatischen und afrikanischen Ländern (unter anderem mit dem Ausbau der "Global Gateway"-Partnerschaften) und die weitere Schärfung von handelspolitischen Schutzinstrumenten.

Ein besonders wichtiger Punkt sind die Bemühungen zur Erhaltung, Stärkung und Reformierung der WTO. Dazu sollte die EU ihre strategischen, wirtschaftlichen und politischen Ressourcen nutzen, um gleichgesinnte Partner weltweit zusammenzubringen und gemeinsam für ein reformiertes und somit nachhaltiges multilaterales Handelssystem einzutreten. Die EU hat derzeit etwa 80 Handelsabkommen mit Drittstaaten, die aber teilweise noch ratifiziert werden müssen, bzw. nur provisorisch angewendet werden (siehe Abbildung 6.5 für den Verhandlungsstand). Mit fast 30 Ländern gibt es ausverhandelte Abkommen, die aber noch nicht in Kraft gesetzt wurden. Verhandlungen laufen mit 5 weiteren Ländern (Malaysia, Philippinen, Tadschikistan, Thailand, Vereinigte Arabische Emirate). Zusätzlich zu handelspolitischen Zielen werden durch die Abkommen auch ökologische und soziale Ziele unterstützt.

Abbildung 6.5: Status der EU-Handelsabkommen, 2026



Quelle: Europäische Kommission.

Drei große Herausforderungen prägen die EU-Industriepolitik. Die EU-Industriepolitik der letzten Jahre war und ist weiter geprägt von drei großen Herausforderungen: dem grünen Umbau der Wirtschaft, der digitalen Transformation sowie dem Aufbau größerer strategischer Souveränität gegenüber China und den USA, verschärft durch die Schocks der COVID-19-Pandemie und des Ukraine-Kriegs. Die EU hat ihre Industriepolitik seit 2022/2023 stark ausgeweitet, getrieben von der Konkurrenz durch den Inflation Reduction Act der USA, der chinesischen Industriepolitik sowie dem Ukraine-Krieg und den daraus folgenden Lieferketten- und Energieproblemen. Die wichtigsten industriepolitischen Maßnahmen dazu sind der „Green Deal Industrial Plan“ vom Februar 2023 mit den Gesetzesinitiativen „Net-Zero Industry Act“ (2024) und dem „Critical Raw Materials Act“ (2024), die Verordnung zu kritischen Rohstoffen (2024), der EU Chips Act (2023), die Europäische Verteidigungsindustriestrategie (März 2024), der Wettbewerbskompass (2025) oder der Clean Industrial Deal (2025). Mehrere im Jahr 2025 beschlossene „Omnibus-Pakete“ sollen den Verwaltungsaufwand reduzieren, darunter Vereinfachungen bei Nachhaltigkeitsberichtsspflichten und schnellere Genehmigungs- und Zulassungsverfahren für die Industrie. Der „Industrial Decarbonisation Accelerator Act“, ein geplantes Gesetz zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie, soll die gesetzliche Grundlage für grüne Leitmärkte bilden. Grüne Leitmärkte werden als marktnahe Instrumente verstanden, um eine verlässliche Nachfrage für klimafreundliche Grundstoffe zu schaffen, Skaleneffekte zu heben und Investitionsrisiken zu senken. Eine nachhaltige öffentliche Beschaffung (Green Public Procurement, GPP) nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein³⁷⁾.

Die kommenden Jahre sind industriepolitisch durch die Themen Umwelt, technologische Souveränität und Unabhängigkeit (Chips, Deep Tech, kritische Rohstoffe) sowie Verteidigung geprägt. Entsprechende Maßnahmen werden durch verschiedene sektorale Aktionspläne (2025) gesteuert. Beispielsweise veröffentlichte die Kommission im März 2025 einen Aktionsplan für Stahl und Metalle sowie einen Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie. Ende Mai 2025 hat die Kommission darüber hinaus eine neue EU-Start-up- und Scale-up-Strategie angekündigt. Ergänzend dazu bereitet die Kommission mit privaten Investoren den milliardenschweren Scale-up Europe Fund für Deep-Tech-Wachstumsunternehmen vor. Im Arbeitsprogramm 2026 („Moment der Unabhängigkeit Europas“) sind auch neue Regeln zur Förderung von Innovation und High-Tech-Unternehmen, Initiativen für nachhaltige Industriepolitik sowie Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen geplant. Im März 2025 veröffentlichte die Kommission das Weißbuch zur europäischen Verteidigung „Bereitschaft 2030“, das auf die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie und gemeinsame Beschaffung abzielt. Für 2026 plant die Kommission einen Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft sowie ein EU-Zentrum für kritische Rohstoffe, über das diese Materialien gemeinsam beschafft werden sollen.

6.3.3 Energiewende als strategische und umweltpolitische Notwendigkeit

Die langfristige Ausrichtung der EU-Energiepolitik auf erneuerbare Energie und Unabhängigkeit muss schneller vorangetrieben werden. Der anhaltende Konflikt hat strukturelle Unsicherheiten in den Öl- und Gasmärkten erzeugt, die sich in erhöhten Preisen und Kosten bzw. einer Preisvolatilität niederschlagen. Diese Volatilität trifft vorerst energieintensive Industrien weltweit und

³⁷⁾ Siehe z. B. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2026/Gr%C3%BCne-Leitm%C3%A4rkte-Potenziale-des-Sondervern%C3%B6gens.pdf.

befeuert inflationären Druck, insbesondere in importabhängigen Volkswirtschaften aus der Nahostregion wie Asien, aber auch Europa, das sich nach dem Ukraine-Krieg bereits in einer Phase der Umstellung der Energieversorgung befindet. Diese beinhaltet erstens eine konsequente Dekarbonisierung über den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen, verstärkte Energieeffizienz und CO₂-Bepreisung und zweitens die Diversifizierung von Energieimporten. Neben der umweltpolitischen Notwendigkeit ist das Ziel eine Stärkung der Energiesouveränität, um die Abhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe dauerhaft zu überwinden. Laut der aktuellen „Renewable Energy Directive“ (RED III, EU 2023/2413) wird ein Ziel des Gesamtenergieverbrauchs der EU von 42,5% aus erneuerbaren Energien genannt, wozu den Mitgliedsländern unterschiedliche Fördersysteme zur Verfügung stehen. Ein weiteres Beispiel ist die aktuelle Energieeffizienzrichtlinie (EED III, EU 2023/1791), die das Ziel festlegt, den Primär- und Endenergieverbrauch bis 2030 um 11,7% gegenüber dem Referenzszenario zu senken.

Maßnahmen zum Ausbau der Diversifizierung wirken bereits und werden erweitert. Im Mai 2022 präsentierte die Kommission den REPowerEU-Plan, um die Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen rasch zu reduzieren, den Übergang zur Klimaneutralität zu beschleunigen und ein widerstandsfähigeres Energiesystem aufzubauen. Tatsächlich konnten die Importe von russischem Gas von über 40% der gesamten EU-Importe im Jahr 2021 auf weniger als 19% im Jahr 2024 gesenkt werden, russisches Erdöl von 27% auf 3%. Ein vollständiges Importverbot soll bis Ende 2026 bzw. Herbst 2027 in Kraft treten (EU-Verordnung 2025/0180), wobei es derzeit aufgrund der Situation im Nahen Osten zu einer Verschiebung der Veröffentlichung dieses Vorschlags gekommen sein dürfte. EU-Länder müssen bis März 2026 nationale Pläne zur Diversifizierung der Gasversorgung ausarbeiten und potenzielle Herausforderungen ermitteln.

Auf EU-Ebene sind weitere vielschichtige Initiativen zur Energiewende geplant. Die EU hat mit der Reform des Strommarktdesigns (2023/2024) und dem Aktionsplan für erschwingliche Energie (Februar 2025) bereits wichtige Weichen gestellt, um Strompreise zu stabilisieren, Verbraucher zu schützen und über 100 Mrd. € für günstigere Energieversorgung zu mobilisieren. Ein neuer Klima-Sozialfonds mit rund 144 Mrd. € soll soziale Härten beim Übergang zur Klimaneutralität abfedern. In den kommenden Jahren liegt der Schwerpunkt auf dem Ausbau der Infrastruktur. Das für 2026 geplante Netze-Paket soll Genehmigungsverfahren beschleunigen und Netzanschlüsse effizienter gestalten, ein Aktionsplan zur Elektrifizierung des Wärme- und Kältesektors soll die noch weit verbreitete fossile Beheizung von Haushalten zurückdrängen, und entlang großer Verkehrsstraßen sind dichte Netze an Lade- und Wasserstoff-Tankstellen geplant. Abgerundet wird dies durch ein Energieunion-Paket, das eine CO₂-Infrastruktur sowie eine Vereinfachung des Energierechts vorsieht.

6.4 Zusammenfassung

Das Wachstum des Welthandels bleibt 2026 schwach und ist von erheblichen Abwärtsrisiken aufgrund des Nahost-Konflikts und dem damit verbundenen Energiepreisschock verbunden. Aufgrund der geopolitischen Entwicklung hat die globale Unsicherheit ein historisch beispielloses Niveau erreicht. So stieg der World Uncertainty Index bis Ende 2025 auf das neunfache seines Wertes von 1990 und liegt somit weit über den Werten während der globalen Finanzkrise oder der COVID-19-Pandemie. Die erratische US-Handelspolitik unter Donald Trump hat die regelbasierte Welthandelsordnung nachhaltig erschüttert. Dadurch stieg der Anteil der von handelsbeschränkenden Maßnahmen betroffenen Importe signifikant an. Der Krieg im Nahen Osten verschärft die Lage zusätzlich. Die Blockade der Straße von Hormus und Angriffe auf Schiffe im Roten Meer haben Transportkosten, Lieferzeiten und Kriegsrisikoprämien massiv erhöht und

die EU-Pläne für ein vollständiges Importverbot von russischem Öl vorerst zum Stillstand gebracht. Im Rahmen ihrer Strategie der offenen strategischen Autonomie reagiert die EU einerseits mit neuen Freihandelsabkommen wie Mercosur, Indien und Australien, die die Handelsabhängigkeit von den USA und China reduzieren sollten, andererseits werden verstärkt Schutzinstrumente eingesetzt und industriepolitisch eine beschleunigte Energiewende vorangetrieben, die die strukturelle Verwundbarkeit der EU verringern sollen.

7. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Harald Oberhofer

Das 7. FIW-Jahresgutachten „Die österreichische Außenwirtschaft“ analysiert die Entwicklung der globalen und österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen vor dem Hintergrund von handelspolitischen Unsicherheiten sowie geopolitischen Spannungen und Konflikten. Im Fokus steht der österreichische Waren- und Dienstleistungshandel in beiden Verkehrsrichtungen. Darüber hinaus werden monetäre Außenwirtschaftsindikatoren wie Inflation und real-effektive Wechselkurse untersucht sowie mittelfristige Trends in den globalen Handelsbeziehungen beleuchtet. Das Jahresgutachten steht unter dem Eindruck einer vor allem von den USA ausgehenden protektionistischen Handelspolitik sowie der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten. **Als Schwerpunktthema ziehen sich somit die Auswirkungen der geopolitischen Konflikte auf Österreichs Außenhandel, Energiepreise und Lieferketten durch das Jahresgutachten.**

Das Jahr 2025 war vor allem von handelspolitischer Unsicherheit und erhöhten Zollbarrieren der USA gegenüber allen maßgeblichen Handelspartnern geprägt. **Mit seinem Amtsantritt hat Donald Trump neue Zölle sowohl gegen ausgewählte Länder als auch spezifische Produkte, wie etwa Stahl und Aluminium, verhängt.** Mit Kanada und Mexiko gerieten zwei der wichtigsten Handelspartner in den Fokus von neuen Handelsbeschränkungen, obwohl die USA über ein Freihandelsabkommen (USMCA) mit diesen beiden Ländern verfügen. Am sogenannten „Liberation Day“ kündigte der US-Präsident im Rosengarten des Weißen Hauses unterschiedliche länderspezifische Zölle gegen alle US-Handelspartner an. Der Minimumzollsatz wurde mit 10% festgesetzt, Länder und Volkswirtschaften mit höheren Zöllen (z. B. die EU mit 20%) wurden eingeladen „Deals“ zu schließen, um die jeweilige Zollbelastung für Exporte in die USA durch (handelspolitische) Zugeständnisse zu reduzieren.

Die US-Zollpolitik hat die globalen Handelsströme im Jahr 2025 maßgeblich beeinflusst. Die handelspolitische Unsicherheit und die Erwartung von höheren Zöllen haben im 1. Quartal 2025 (vor allem im März) zu einer starken Zunahme der US-Importe geführt. Nach der Inkraftsetzung der länderspezifischen Zölle gingen die Importe im Laufe des 2. und 3. Quartals zurück, im 4. Quartal stiegen sie wieder an. Spiegelbildlich veränderte sich das US-Handelsbilanzdefizit, das sich nach einem Anstieg im 1. Quartal danach reduzierte und zu Jahresende wieder anstieg. Über das Gesamtjahr betrachtet wuchsen die US-Importe und US-Exporte dynamisch, was im Ergebnis zu einem kaum veränderten Handelsbilanzdefizit geführt hat. Die Zollpolitik von Donald Trump war in Hinsicht auf eines der formulierten Ziele, nämlich eine Reduktion dieses Defizits, jedenfalls im ersten Jahr der höheren Zölle, nicht erfolgreich.

Österreich konnte von der positiven Importdynamik der USA nicht profitieren. Über das Gesamtjahr betrachtet sanken die österreichischen Warenexporte in die USA laut vorläufigen Daten der Statistik Austria um 20,4%. Damit brach eine maßgebliche Wachstumsstütze für die heimische Exportwirtschaft weg, die USA rangieren nur noch knapp vor Italien auf dem zweiten Platz für österreichische Warenexporte. Der starke Rückgang der Exporte in die USA trug negativ zum Gesamtjahresergebnis bei. **So schrumpften die österreichischen Warenexporte 2025 nominell um 0,5% und real um 1,1%.** Im Gegensatz dazu entwickelten sich die österreichischen Warenimporte 2025 deutlich dynamischer. Nominell legten sie um 4,1% und real um 4,8% zu.

Als Folge der gegenläufigen Export- und Importdynamik verschlechterte sich die Handelsbilanz um 8,8 Mrd. € und brachte nach einem Überschuss im Jahr 2024 im Jahr 2025 ein Handelsbilanzdefizit von 6,6 Mrd. €. Der Saldo im Dienstleistungshandel verbesserte sich dagegen um 0,7 Mrd. €.

Zum Jahresende 2025 hellte sich die Konjunkturdynamik in den österreichischen Hauptexportmärkten auf, was auch zu einer Zunahme der Exporte im letzten Quartal führte. Die gute Dynamik setzte sich zum Jahreswechsel und bis zum militärischen Konflikt im Nahen Osten und dem Angriff der USA und Israels am 28. Februar 2026 fort. **Die militärische Auseinandersetzung im Nahen Osten verstärkt bestehende geopolitische Spannungen und führt durch die Sperre der Straße von Hormus zu einer Verknappung der global verfügbaren Mengen an fossilen Energieträgern.** Durch die Straße von Hormus gelangen rund 20% der weltweiten Öl- sowie 25% der Flüssiggasmengen auf den Weltmarkt. Auch Düngemittel, Kerosin, Helium und andere raffinierte Produkte aus dem Nahen Osten müssen diese Meerenge passieren. Zusätzlich wurden durch die kriegerischen Auseinandersetzungen relevante Produktionsanlagen für fossile Energieträger beschädigt, mit negativen Folgen auch für die mittelfristig verfügbaren Mengen am Weltmarkt.

Europa und Österreich sind von der Angebotsverknappung von Energieprodukten aus dem Nahen Osten bisher direkt nicht sehr stark betroffen, über die steigend Preise jedoch schon. Die Volkswirtschaften des Nahen Ostens liefern einen Großteil ihrer fossilen Energieträger in asiatische Märkte. In einer Vielzahl der direkt betroffenen Länder wurden relativ bald nach der vom Iran verhängten Sperre der Straße von Hormus erste Energielenkungsmaßnahmen notwendig. In Österreich ist die Versorgungssicherheit bisher gegeben, je länger sich die Blockade jedoch hinzieht, desto wahrscheinlicher könnten auch bei uns Verknappungen auftreten.

Das Jahresgutachten trägt der unsicheren weiteren Entwicklung im Nahen Osten Rechnung, indem es der Prognose der österreichischen Außenwirtschaftsentwicklung für das laufende und das kommende Jahr unterschiedliche Szenarien hinsichtlich der Dauer des Konflikts sowie der daraus resultierenden Energiepreise zugrunde legt. Das Hauptszenario geht von einem baldigen Ende des Konflikts und einer Öffnung der Straße von Hormus aus. Im pessimistischen Szenario wird von einer längeren Sperre der Straße von Hormus ausgegangen und folglich werden hierdurch ausgelöste länger anhaltende deutlich höheren Preise für Öl und Erdgas angenommen.

Im Hauptszenario wird für die Warenexporte 2026 und 2027 ein Zuwachs von 0,7% bzw. 1,8% prognostiziert. Der Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen könnte im selben Zeitraum um 1,5% bzw. 2,2% wachsen. Die Importe steigen in der Hauptprognose um 0,7% (real) im Jahr 2026 und um 1,6% im Jahr 2027. Die Importdynamik bleibt verhalten, unter anderem auch deshalb, weil die heimische Industrie nur langsam aus dem schwachen wirtschaftlichen Umfeld herauswächst. **Im pessimistischen Szenario reduziert sich das reale Exportwachstum im Jahr 2026 auf lediglich 0,3%, während die preisbereinigten Importe sogar um 0,3% schrumpfen.** Die Prognoserisiken sind mehrheitlich nach unten gerichtet und beruhen im Wesentlichen auf der handelspolitischen Unsicherheit in den USA und dem Nahost-Konflikt. Die aktuell in Kraft befindlichen 10%-Zusatzzölle der USA laufen ohne Zustimmung des Kongresses nach 150 Tagen im Sommer aus. Welche Nachfolgeregelung in Kraft treten könnte, lässt sich bisher nicht abschätzen. Der Nahost-Konflikt drückt auf die globale Konjunktur. Aktuell scheint auch ein langer eingefrorener Konflikt ohne große militärische Auseinandersetzungen, aber mit einer aufrechten Blockade der Straße von Hormus als nicht gänzlich ausschließbares Szenario möglich zu sein.

Geopolitische Unsicherheiten und Spannungen werden auch mittelfristig die globale Wirtschaftsentwicklung maßgeblich bestimmen. Das Denken in Großmacht-kategorien und Einfluss-sphären determiniert politische Entscheidungsprozesse zunehmend, ein regelbasiertes und ko-operatives Verhalten wird von den großen ökonomischen Spielern auf der Weltbühne untermi-niert. Die handelspolitischen Maßnahmen der US-Administration sind mit dem internationalen Handelsregelwerk der WTO unvereinbar. Großangelegte Subventionsprogramme über die ge-samte Wertschöpfungskette sowie Exportkontrollen für strategisch relevante Vorleistungen, wie z. B. seltene Erden und Mineralen, wie von China praktiziert, widersprechen ebenfalls dem Grundgedanken eines offenen und transparenten Handelssystems, welches für den globalen Wettbewerb ein „Level-Playing Field“ herstellen würde. Die EU als dritter global bedeutsamer Wirtschaftsakteur ist mit diesen neuen Rahmenbedingungen konfrontiert. Sie reagiert zum ei-nem mit der Entwicklung neuer handelspolitischer Defensivmaßnahmen sowie zum anderen mit einer Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zu Volkswirtschaften, welche in ihren geopoliti-schen Ansprüchen zurückhaltender sind.

Zu den aktuellen neuen Defensivmaßnahmen der EU zählen etwa das Anti-Coercion-Instru-ment, verstärkte Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen oder Zusatzzölle auf chinesi-sche Elektroautos. Gleichzeitig hat die EU am 27. Juli 2025 die politische Einigung über ein Ab-kommen mit den USA verkündet, welches die US-Importzölle für Exporte der EU auf 15% redu-ziert. Die weiteren Elemente des Vertrages sind asymmetrisch (z. B. einseitige Abschaffung der EU-Zölle auf US-Exporte von Industrieprodukten in die EU). Insgesamt widerspricht die Vereinba-rung zwischen der EU und den USA den Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO) für die Ausgestaltung von Handelsabkommen. Die EU hat hierdurch indirekt, indem sie sich dem Druck von Donald Trump gebeugt hat, jedoch auch zu einer Unterminierung des regelbasierten Han-delssystems beigetragen. Dies erschwert einen zukünftigen Verweis auf das regelbasierte Han-delssystem in den Handelsbeziehungen mit anderen Handelspartnern wie etwa China. Darüber hinaus hat sich die europäische Politik verpflichtet, dass EU-Unternehmen vermehrt Investitio-nen in den USA tätigen und Europa die Importe von fossilen Energieträgern aus den USA erhö-hen. Die Erfüllung dieser beiden Vertragsbestandteile kann die Politik jedoch nicht garantieren, da hierfür unternehmerische Entscheidungen ausschlaggebend sind.

Parallel hierzu hat die EU jedoch auch ihre regelbasierte Agenda für die Weiterentwicklung von Handelsbeziehungen durch die Schaffung von Handelsabkommen mit relevanten Partnern wie den Mercosur-Staaten, Indonesien, Indien und Australien vorangetrieben. Diese Initiativen sind aus einer handelspolitischen Perspektive zu begrüßen. Zum einen schaffen solche Abkommen eine Allianz von Ländern und Volkswirtschaften, die ein regelbasiertes internationales Handels-system aufrechterhalten wollen, zum anderen erlauben diese Abkommen den ökonomischen Schaden für die europäische Wirtschaft, der durch die US-Zollpolitik entsteht, zu begrenzen o-der sogar vollständig zu kompensieren (Holzner, 2025; Felbermayr et al., 2026). Aus diesem Grund und zur Verringerung der Abhängigkeit von China bei Importen von strategisch relevan-ten Rohstoffen sollte die EU die noch offenen Verhandlungen zu neuen Handelsabkommen wie etwa mit Malaysia, den Philippinen und den Vereinigten Arabischen Emiraten zügig ab-schließen.

Der Energiepreisanstieg in Folge des Konflikts im Nahen Osten zeigt, dass sich die EU und Ös-terreich einem globalen Preisschock bei fossilen Energieträgern nicht entziehen können. Die starke Importabhängigkeit erzeugt einen schwer aufzulösenden Zielkonflikt zwischen Versor-gungssicherheit und Preisstabilität. Ein aktueller Policy Brief des Complexity Science Hub sowie des Supply Chain Intelligence Institute Austria dokumentiert darüber hinaus die starke

Konzentration der österreichischen Ölimporte auf wenige Lieferwege. So bezieht Österreich 94% seiner Ölimporte durch eine Pipeline und 52% über einen Hafen (Devetak et al., 2026). Eine stärkere Diversifizierung der Lieferwege für österreichische Energieimporte erscheint vor diesem Hintergrund dringend notwendig. Sollte die aktuell verwendete Infrastruktur, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr zur Verfügung stehen, ist sehr rasch mit massiven Knappheiten zu rechnen. Parallel zu Maßnahmen zur Diversifizierung sollten energiepolitische Maßnahmen gesetzt werden, die die Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern etwa durch den Netzausbau und den Ausbau von erneuerbaren Energieträgern, wie auch von der EU gefordert und gefördert, reduzieren.

Der Energiepreisschock treibt bereits in den ersten beiden Monaten nach dem Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzung im Nahen Osten die Inflation. So betrug die österreichische Inflation auf Basis der Verbraucherpreise im März 2026 3,2% und im April 3,3%. Der letzte Energiepreisschock in Folge des russischen Angriffs gegen die Ukraine hat in Österreich zu einem positiven Inflationsdifferenzial und in Folge zu einer realen Aufwertung geführt. Diese Aufwertung reduzierte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft und trug maßgeblich zu Marktanteilsverlusten in den Hauptzielmärkten bei. Beim aktuellen Energiepreisschock droht sich die skizzierte Entwicklung zu wiederholen. Das hohe Ausmaß an inflationsindizierten Preisen sowie die österreichische Tradition der Lohnsetzungspolitik könnten dazu führen, dass Österreich über Zweitrundeneffekte stärkeren Preis- und Kostensteigerungen ausgesetzt sein könnte. Aus der Erfahrung vom letzten Energiepreisschock gilt es diese Dynamik zu verhindern. Hierbei ist auch zu bedenken, dass die österreichische Budgetlage es nicht erlaubt, fiskalische Maßnahmen zu setzen, um die Folgen einer höheren Inflation abfedern zu können.

Auf europäischer Ebene ergeben sich nach wie vor nicht unbedeutende Abhängigkeiten beim Bezug von anderen strategisch relevanten Produkten, Dienstleistungen und Vorleistungen. China dominiert als Exportpartner für kritische Rohstoffe für eine moderne Industrie und Technologie. Von den USA ist die europäische Wirtschaft von digitalen Dienstleistungen, Betriebssystemen oder den neuesten Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz maßgeblich abhängig. Diese Abhängigkeiten können in einer Zeit von geopolitischen Spannungen und Konflikten als Werkzeug verwendet werden, um der europäischen Wirtschaft zu schaden und politische Ergebnisse zu erzwingen. In einer solchen Zeit gilt es das Risiko in Bezug auf diese Abhängigkeiten abzubauen.

„Friendshoring“ sowie eine Industriestrategie können unter anderem hilfreiche Instrumente bilden, die zu einer Steigerung der Resilienz aber auch der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und österreichischen Wirtschaft beitragen können. „Friendshoring“, also das Ausrichten von Handelsbeziehungen auf befreundete, weltanschaulich kompatible Länder mittlerer Größe, verringert das Risiko, dass Abhängigkeiten aus geopolitischen Motiven missbraucht werden können. Auf der anderen Seite sollte sich eine Industriestrategie in das regelbasierte Handelssystem einbetten, Liefer- und Wertschöpfungsketten vollumfänglich in ihrer Komplexität erfassen und mögliche Reaktionen der globalen Konkurrenz antizipieren. Neben der Erhöhung der Resilienz sollte eine Industriestrategie breit gedacht werden und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Volkswirtschaft im Sinne der Draghi- und Letta-Berichte in den Fokus nehmen.

8. Literatur

- Ahir, H., Bloom, N., & Furceri, D. (2022). World Uncertainty Index. NBER Working Paper, (29763).
- Amiti, M., Flanagan, C., Heise, S., & Weinstein, D. E. (2026). Who Is Paying for the 2025 U.S. Tariffs? *Liberty Street Economics*, (12). Februar. Federal Reserve Bank of New York. <https://doi.org/10.59576/lse.20260212>
- Bittó, V., & Stehrer, R. (2026). The era of trade wars: Background and impacts of the US tariff escalations. in: Farkas, B. (2026). *From green transition to rearmament: the industrial policy of the European Union in a perfect storm*. Chapter 2. Palgrave Macmillan, im Erscheinen.
- Blanga-Gubbay, M., & Rubínová, St. (2023). Is the global economy fragmenting? *WTO Staff Working Paper*, (2023-10).
- Caldara, D., & Iacoviello, M. (2022). Measuring Geopolitical Risk. *American Economic Review*, 112(4), 1194-1225.
- Caldara, D., Iacoviello, M., Molligo P., Prestipino, A., & Raffo, A. (2020). The Economic Effects of Trade Policy Uncertainty. *Journal of Monetary Economics*, (109), 38-59.
- Cussen, M., & O'Leary, B. (2013). Why are Irish Non-Financial Corporations so Indebted? *Central Bank of Ireland Quarterly Bulletin*, (1), 104-118. Central Bank of Ireland.
- Devetak, M., van Driel, K., Klimek, P., & Thurner, S. (2026). Exposure of Austrian Oil Supplies and Potential Consequences in Three Crisis Scenarios. *CSH-ACII Policy Briefs*. <https://csh.ac.at/wp-content/uploads/2026/04/PB-Exposure-of-Austrian-Oil-Supplies.pdf>
- Di Filippo, G. (2020). Why is the Ratio of Debt-to-GDP so Large for Non-Financial Companies in Luxembourg? *BCL Working Paper*. (145).
- Ederer, St., & Schiman-Yukan, St. (2025). Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027. *WIFO-Konjunkturprognose*, (4). https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-6792/kp_2025_04.pdf
- European Central Bank (2025a). *Monetary Policy Decisions*. Juli. Frankfurt am Main. <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2025/html/ecb.mp250724~50bc70e13f.en.html>
- European Central Bank (2025b). *Financial Stability Review*. November. Frankfurt am Main. <https://www.ecb.europa.eu/press/financial-stability-publications/fsr/pdf/ecb.fsr202511~263b5810d4.en.pdf>
- Felbermayr, G., Mahlkow, H., & Oberhofer, H. (2026). The Trade and Welfare Effects of a Single Market for Like-minded Partners. *FIW Policy Briefs*, im Erscheinen.
- Fritz, O. (2025). Heimischer Tourismus zieht immer mehr Gäste an. *WIFO-Monatsberichte*, 98(11), 619–630.
- Grjebine, T., Lefebvre, P., & Torres, M. (2026). *The Chinese Steamroller: Quantifying the Systemic Threat to Europe's Industrial Base*. HAUT-COMMISSARIAT À LA STRATÉGIE ET AU PLAN, Februar.
- Hinz, J., Lohmann, A., Mahlkow, H., & Vorwig, A. (2026a). America's Own Goal: Who Pays the Tariffs? *Kiel Policy Brief*, (201).
- Hinz, J., Mahlkow, H., Sogalla, R., & Willmann, G. (2026b). The Cost of Closing the Strait of Hormuz: Energy Bottlenecks and Global Food Security. *Kiel Policy Brief*, (206).
- Hözl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2026). Iran-Krieg drückt auf Konjunkturstimung. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom März 2026. *WIFO-Konjunkturtest*, (3). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67802817>
- Holzner, M. (2025). (Customs) unity as strength: How the EU and its partners can respond to tariff threats. *FIW Policy Briefs*, (67).
- IMF (2026a). *Global Economy: Steady amid Divergent Forces*. *World Economic Outlook – Update*. Jänner.
- IMF (2026b). *Global Economy in the Shadow of War*. *World Economic Outlook*. April.
- Klimek, P., Baum, S., Devetak, M., Heß, M., Thurner, St., & Verschuur, J. (2026). When the Strait Closes: Trade Dependencies and Shipping Disruption Scenarios for the Strait of Hormuz. *ASCI Research Brief*. März.
- Landesmann, M., Mendoza Flórez, J., & Stehrer, R. (2026). The EU-India Free Trade Agreement. *FIW Policy Brief*, im Erscheinen.
- Le Roux, J., & Spital, T. (2026). Global trade redirection : tracking the role of trade diversion from US tariffs in Chinese Export developments. In: European Central Bank. *ECB Economic Bulletin*, (1). https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/focus/2026/html/ecb.eb-box202601_01~fde39c8d00.en.html
- Mahlkow, H., Chowdhry, S., & Hinz, J. (2025). Diversifizieren, nicht reagieren: Europas neuer Weg in der Handelspolitik, *WIFO Research Briefs*, (5).

- Matveev, D., & Ruge-Murcia, F. (2024). Tariffs and the exchange rate: Evidence from Twitter. *IMF Economic Review*, 72(3), 1185-1211.
- Oberhofer, H. (2026). One Year of America First 2.0: Assessing the Effects of Trump's Trade Policies. *FIW Policy Briefs*, (72).
- OECD (2026a). *Testing resilience*. *OECD Economic Outlook. Interim Report*. März.
- OECD (2026b). *OECD Services Trade Restrictiveness Index 2026: Policy Trends*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/db87d74e-en>
- Ostry, D., Lloyd, S., & Corsetti, G. (2025). Trading blows: The exchange-rate response to tariffs and retaliations. *Bank of England Staff Working Paper*, (1139).
- Pokhrel, S. (2026). How a Strait of Hormuz Closure Would Affect Austria: Evidence from the KITE-Model. *WIFO Research Brief*, mimeo.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose. (2026). *Gemeinschaftsdiagnose #1-2026: Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen*. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67833047>
- Scheiblecker, M., & Ederer, St. (2026). Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung. Prognose für 2026 und 2027. *WIFO-Konjunkturprognose*, (1). https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-9277/kp_2026_01.pdf
- Schulte, P., Enders, A., Esser, A., & Strobel, F. (2026). *From tariffs to trade flows: Diversion effects and China's exports to the EU*. *VoxEU*. 27. Februar. <https://cepr.org/voxeu/columns/tariffs-trade-flows-diversion-effects-and-chinas-exports-eu>
- Sultan, S. (2026). Dienstleistungshandel: Wo ist die EU stark, wo bestehen Abhängigkeiten? Eine empirische Analyse des globalen Dienstleistungshandel. *IW-Report*, (2).
- UNCTAD (2025). *World Investment Report*. Juni.
- UNCTAD (2026). *Global Investment Trends Monitor*, (50). Jänner.
- van 't Riet, M., & Ligthart, M. (2026). *CPB World Trade Monitor Jänner 2026*. März.
- wiiw (2026). From convergence to adaptation: CESEE in an era of permanent shocks. Economic forecasts for Eastern Europe for 2026-28. *Forecast Report*. Spring.
- WTO (2025). *Overview of Developments in the International Trading Environment. Annual Report*. Director-General. November.
- WTO (2026). *Global Trade Outlook and Statistics*. März. Genf.